



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Aktuelle soziolinguistische Entwicklungen
auf Martinique“

Verfasserin

Eva Johanna Hanschitz

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, Jänner 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 236 346

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Romanistik Französisch

Betreuer:

emer. o. Univ.-Prof. Dr. Georg Kremnitz

Eidesstattliche Erklärung

„Ich versichere, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst und in der Bearbeitung und Abfassung keine anderen als die angegebenen Quellen oder Hilfsmittel benutzt, sowie wörtliche und sinngemäße Zitate als solche gekennzeichnet habe. Dieses Diplomarbeitsthema wurde bisher weder im In- noch Ausland in irgendeiner Form für Prüfungszwecke vorgelegt.

Datum: 30.Jänner 2013

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Eva Hanschitz', with a stylized, flowing script.

Eva Johanna Hanschitz

« La langue officielle, le français, n'est pas la langue du peuple. [...]
La langue du peuple, le créole, n'est pas la langue de la collectivité. »

(Edouard Glissant, *Le discours antillais*)

Mes remerciements sincères à tous qui me soutiennent.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	1
1.1 Problemstellung.....	3
1.2 Forschungsfrage und Untersuchungsziele.....	5
2 Martinique in Fakten und Zahlen.....	6
3 Theoretische Grundlagen der Linguistik.....	9
3.1 Begriffsbestimmungen.....	9
3.2 Pidgin und Pidginisierung.....	10
3.3 Kreol und Kreolisierung.....	12
3.3.1 Kreolistik als neue Disziplin der Sprachwissenschaft.....	13
3.3.2 Entstehungstheorien von Kreolsprachen.....	13
3.3.3 Klassifizierung von Kreolsprachen.....	15
3.3.4 Linguistische Charakteristika französischer Kreolsprachen.....	17
3.3.5 <i>Kréyol martinik</i>	17
3.4 Dekreolisierung und Hyperkreolisierung.....	18
3.5 Aspekte der Mehrsprachigkeit: Diglossie und Sprachkonflikt.....	18
4 Historischer Kontext als Ausgangspunkt.....	22
4.1 Eroberung von Martinique und Beginn der Kolonialisierung.....	22
4.1.1 Besiedelung der Blumeninsel.....	22
4.1.2 Von der spanischen an die französische Krone.....	23
4.1.3 <i>Code Noir</i> von 1685.....	24
4.1.4 <i>Société d'habitation</i>	25
4.2 Entstehung der Plantagengesellschaft – <i>société de plantation</i>	26
4.3 Französische Revolution 1789 und Auswirkungen auf die Antillen.....	28
4.4 Abschaffung der Sklaverei und Umstrukturierung der Kolonien.....	29
5 Martinique im 20. Jahrhundert: eine Insel zwischen Autonomie und Assimilation.....	32
5.1 Dekolonialisierung durch Assimilation.....	32
5.1.1 Politische und verfassungsrechtliche Ebene - <i>Loi de départementalisation</i> ...	32
5.1.2 Sprach- und kulturpolitische Ebene - „ <i>le malaise antillais</i> “.....	34
5.2 Dezentralisierung: <i>Lois Defferre</i>	36
5.3 Bestandsaufnahme der Parteienlandschaft Martiniques.....	38
5.3.1 <i>Situation politique complexe</i>	38
5.3.2 Kategorisierung des politischen Feldes.....	39
5.3.2.1 Assimilationistische Gruppierungen: Departementalisten.....	40
5.3.2.2 Autonomistische Gruppierungen.....	41
5.3.2.3 Independentistische Bewegungen: Separatisten.....	42
5.4 Jüngste Entwicklungen des rechtlichen Status Martiniques.....	43
5.4.1 Massenunruhen im Februar 2009.....	43
5.4.2 Zwei Referenden im Jänner 2010.....	44
5.4.3 Kantonalwahlen im März 2011.....	46
5.4.4 Zukunftsmusik im Jahr 2014 – <i>collectivité territoriale unique</i>	46

6	Geschichte der französischen Gesetzgebung bezüglich Regionalsprachen und Konsequenzen in den Kolonien.....	47
6.1	Verfassungsrechtlicher Status quo.....	47
6.2	Sprach- und Kulturpolitik Frankreichs: 16. bis 19. Jahrhundert.....	49
6.2.1	Von Ablehnung zu erster Toleranz: <i>Ordonnance de Villers-Cotterêts</i> (1539) .	49
6.2.2	<i>Rapport du Comité de salut public sur les idiomes</i> (1794).....	49
6.2.3	<i>Rapport de l'Abbé Grégoire</i> (1794)	50
6.2.4	Erziehungswesen in der Kolonialzeit.....	51
6.3	Regionalsprachgesetzgebung Frankreichs im 20. Jahrhundert mit Fokus auf dem Schulwesen	53
6.3.1	<i>Loi Deixonne</i> (1951) [außer Kraft]	55
6.3.2	<i>Loi Haby</i> (1975) [außer Kraft].....	56
6.3.3	<i>Loi Bas-Lauriol</i> (1975) [außer Kraft]	57
6.3.4	<i>Circulaires Savary</i> (1982 – 1984).....	57
6.3.5	<i>Loi n°84-747 du 2 août 1984</i>	59
6.3.6	<i>Loi Toubon</i> (1995)	59
6.3.7	Bericht : <i>Les Langues de France</i> (1999).....	60
7	<i>Fin de millénaire : le tournant de la politique linguistique</i> – Entwicklungen im Bildungsbereich mit Fokus auf Kreolisch.....	61
7.1	<i>Code de l'éducation</i> (2000)	61
7.2	<i>Loi d'Orientation pour l'outre-mer</i> (2000).....	62
7.3	Adaption der Curricula Geschichte und Geographie.....	63
7.4	Einführung des CAPES im Jahr 2001	64
7.5	<i>BO n°33 du 13 septembre 2001 « Langues et cultures régionales »</i>	65
7.6	Verfassungsänderung 2008	66
7.7	<i>Proposition de Loi n°3008</i> (2010).....	68
8	Suche der eigenen Identität: <i>Négritude, Antillanité, Créolité</i>	70
8.1	<i>Négritude</i>	70
8.2	<i>Antillanité</i>	72
8.3	<i>Créolité</i>	74
8.4	« <i>Tous Créoles !</i> »	75
9	Französisch und Kreolisch im öffentlichen Leben	76
9.1	Kreolisch in den schriftlichen Medien und der Literatur.....	76
9.2	Kreolisch in den audiovisuellen Medien	78
9.3	Kreolisch in der Kirche und auf dem Markt	80
10	Conclusio.....	81
	Résumé en français	84
	Abkürzungsverzeichnis	97
	Bibliographie.....	98
	Appendix	104

1 Einleitung

Als Teildisziplin der Sprachwissenschaft steht die Soziolinguistik in enger Beziehung zur Allgemeinen Linguistik sowie zur Angewandten Linguistik und wird je nach Definition einer dieser beiden sprachwissenschaftlichen Hauptdisziplinen zugeteilt. Werden sprachliche Phänomene wie in der vorliegenden Arbeit aus diachroner Sicht untersucht, besteht auch ein Bezug zwischen Soziolinguistik und Historischer Linguistik. Disziplinübergreifende Schnittpunkte ergeben sich je nach Forschungsschwerpunkt mit der Sozialpsychologie, der Anthropologie sowie der Pädagogik; im konkreten Fall überschneiden sich hier Soziolinguistik und Bildungswissenschaft.

Gegenstand soziolinguistischer Untersuchungen sind einerseits die soziale, politische und kulturelle Bedeutung sprachlicher Systeme und der Variationen des Sprachgebrauchs sowie andererseits die kulturell und gesellschaftlich bedingten Einflüsse auf die Sprache selbst.

Auf einer Makroebene wird der soziale Status und die gesellschaftliche Funktion von Sprache(n) untersucht; gemäß der von Joshua Aaron Fishman¹, einem zeitgenössischen amerikanischen Sprachwissenschaftler, Forschungsfrage: *Wer spricht welche Sprache wie und wann mit wem unter welchen sozialen Umständen und mit welchen Absichten und Konsequenzen?* Diese Frage wurde zum Leitmotiv für sprachsoziologische Untersuchungen.

Die Mikroebene der Soziolinguistik gliedert sich zum einen in die Interaktionale Soziolinguistik, die die soziale Bedeutung sprachlichen Handelns in der Interaktion untersucht, zum anderen in die Varietätenlinguistik. Die vorliegende Arbeit fällt in den Mikrobereich der Varietätenlinguistik, die Variation und Wandel des Sprachgebrauchs beschreibt und die Funktion sowie den Gebrauch u.a. von Soziolekten, Dialekten, Regiolekten, die Entstehung von Pidgin- und Kreolsprachen sowie das Phänomen des Sprachkontakts zu erklären versucht.

¹ Soweit nicht anders ausgewiesen wurden sämtliche theoretische Grundlagen der Soziolinguistik folgenden Werken entnommen:

Fishman, Joshua Aaron (1971): *Sociolinguistics: a brief introduction*. Rowley/Mass.: Newbury House Publications

Fishman, Joshua Aaron (1989): *Language and ethnicity in minority sociolinguistic perspective*. Clevedon: Multilingual Matters

Sprachkontakt (in der Forschungsliteratur findet sich auch der Begriff Sprachenkontakt) als ein Fachausdruck der Linguistik bezeichnet das Aufeinandertreffen von zwei oder mehreren Einzelsprachen oder sprachlichen Varietäten entweder auf individueller Ebene (einzelner Sprachbenutzer²) oder auf der hier relevanten Ebene eines Kollektivs (Sprechergemeinschaft).

Sprachkontakt auf der kollektiven Ebene beschreibt unter soziolinguistischen Aspekten das Aufeinandertreffen zweier oder mehrerer Sprachen innerhalb einer Sprechergemeinschaft. Da Menschen stets in Bewegung sind, ist anzunehmen, dass Sprachkontakt zu allen Zeiten und in allen geographischen Räumen stattfindet. Der prototypische Fall von Sprachkontakt ist der, welcher bei geographischer Nähe zwischen zwei Sprachgemeinschaften entsteht. Aber auch Migration, Handel, Tourismus und Fremdsprachenunterricht sind Bedingungen, die Sprachkontakt fördern und auf die Vielschichtigkeit dieses Bereiches hindeuten.

Als eine mögliche Folge von Sprachkontakt auf Ebene der Sprechergemeinschaft gilt die Entstehung eines Pidgins, der sich innerhalb einiger Generationen zu einer Kreolsprache weiterentwickeln kann.

Die Soziolinguistik beschäftigt sich neben der Varietätenlinguistik u.a. auch mit dem Sprachgebrauch in der Öffentlichkeit. Darunter fallen Forschungen zum Sprachprestige sowie zur Sprache in der Politik, in den Medien und in der Werbung und zur Sprachpolitik, einem zentralen Thema der vorliegenden Arbeit.

Die Sprachpolitik bezeichnet alle Maßnahmen und Regeln, mit denen der Gebrauch bestimmter Sprachen verankert wird (Sprachstatusplanung auf politischer Ebene des Staates) und ist in modernen Staaten unvermeidlich, da wichtige Funktionen des Staatssystems (wie Justiz-, Verwaltungs- und Bildungswesen) auf Sprache zurückgreifen. In mehrsprachigen Staaten und auch angesichts des wachsenden anderssprachigen Bevölkerungsanteils in vielen Ländern birgt Sprachpolitik aber auch Probleme. Gründe hierfür sind die enge Bindung jedes Menschen und Kulturkreises an seine Sprache; eine Einmischung von außen in diese Beziehung kann sich negativ für das Individuum, aber auch für die gesamte Gruppe von Sprechern einer untergeordneten Sprache auswirken.

² Sämtliche Personen- und Funktionsbezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

Die Sprachpolitik kann alle Aspekte einer Sprache (Wortschatz, Rechtschreibung und Grammatik) beeinflussen; sie legt zum Beispiel die Regeln für die Verschriftlichung fest. In vielen Ländern sind Sprachverwendung und Sprachgebrauch gesetzlich geregelt, so auch in Frankreich, wo die französische Sprache in der Verfassung als Sprache der Nation ausgewiesen wird, andere Varietäten bzw. Regional- und Minderheitensprachen nur Teil des kulturellen Erbguts Frankreichs darstellen.

Da die Muttersprache eines der wichtigsten Elemente von Identitätsstiftung ist, individuell und kulturell, kann Sprachpolitik auch einen unmittelbaren Einfluss auf die Psyche des Einzelnen ausüben; wird die eigene Sprache nicht akzeptiert bzw. deren Prestige als sozial niedrig statuiert, kann dies zu möglichen Minderwertigkeitskomplexen führen.

Wenn ganze Kulturkreise in ihrem Sprachgebrauch von staatlicher Seite bevorzugt werden und sich andere, ihnen entgegengesetzte Sprechergruppen benachteiligt fühlen, drohen reale Sprachkonflikte, die sich meist auf politischer Ebene manifestieren und zu Autonomiebewegungen führen können.

1.1 Problemstellung

In der vorliegenden Arbeit wird der Sprachkontakt auf kollektiver Ebene beschrieben, der sich als Folge der Kolonialisierung von Martinique durch den französischen Staat zwangsläufig aus der Eroberung der Antilleninsel im 16. Jahrhundert, der Implementierung einer Plantagengesellschaft sowie infolge des Sklavenimports vom afrikanischen Kontinent ergab. Aus dieser speziellen Sprachkontaktsituation auf Martinique zwischen den weißen Siedlern sowie den afrikanischen Sklaven entwickelte sich eine neue Sprache, das *kréyol martinik*; als französisch basierte Kreolsprache musste sie sich im Laufe der beinahe 400-jährigen gemeinsamen Geschichte von Frankreich und Martinique den sprachpolitischen Entscheidungen des französischen Zentralstaates beugen.

Ohne die rigorosen Machtansprüche des französischen Hegemons hätte sich eine kreolische Identität in dieser Form auf den Antillen gar nicht erst herausbilden können; Vertreibung und Genozid an der autochthonen Bevölkerung beeinflussten die Ausgangssituation moderner Zivilisierung der Inseln maßgeblich. Erst die französischen Kolonialherren brachten verschiedenstämmige Schwarzafrikaner auf die Inseln und veranlassten somit die Entstehung einer martinikanischen Gesellschaft, welche im Laufe der Jahrzehnte des Sklaventums eine eigenständige Kultur hervorbrachte.

Die *Identité martiniquaise*, als solche erst im 20. Jahrhundert wahrgenommen, resultierte aus den Lebensumständen innerhalb der Plantagengesellschaft; entfremdet von den ursprünglich afrikanischen Wurzeln bildeten sich eigene Traditionen und Werte. Als zentrale Determinante der Identitätsstiftung gilt die Entwicklung des Kreolischen als eigenständige Sprache.

Auslösender Faktor der Bildung einer neuen Sprache war das französische Kalkül, den sozialen Zusammenhalt der Leibeigenen frühestmöglich zu unterbinden, weshalb Sklaven gemeinsamer Herkunft bereits am Wege nach Martinique getrennt wurden. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, eine neue Ausdrucksform für die Kommunikation sowohl zwischen Kolonialherren und Sklaven, als auch unter den Sklaven selbst zu finden. Dies verstärkte zudem die Vormachtstellung der Kolonialisten und ihrer Sprache, die als Basis des Kreolischen auf den Antillen diente. Damit ging bereits seit der Entstehung auch eine Stigmatisierung des Kreolischen als minderwertig einher.

Es stellt sich die Frage, wie das Schicksal der *société martiniquaise* und ihrer Sprache von der Kolonialzeit bis in die Gegenwart durch politische Maßnahmen der französischen Zentralmacht gelenkt wurde und immer noch wird.

Der Forschungsarbeit zugrundeliegende Methodik ist eine Literaturrecherche aus soziolinguistischen Studien der letzten Jahrzehnte, welche sich mit dem Aufkommen der Kreolsprachen infolge eines Sprachkontaktes, zumeist unter besonderer Berücksichtigung der Sprachpolitik, befassen. Eine eingehende Betrachtung der französischen Gesetzestexte, insbesondere der aktuellsten Beschlüsse, komplettiert die Arbeit.

1.2 Forschungsfrage und Untersuchungsziele

Angelehnt an Fishmans Leitsatz „*Wer spricht welche Sprache wie und wann mit wem unter welchen sozialen Umständen und mit welchen Absichten und Konsequenzen?*“ ergibt sich folgende Forschungsfrage: Wie und in welchem Ausmaß beeinflusste Frankreich soziolinguistische Entwicklungen auf Martinique?

Folgende Punkte sind die konkreten Untersuchungsziele der zugrundeliegenden Arbeit, die in den nachstehenden Kapiteln näher erläutert und analysiert werden:

- Historischer Kontext von Beginn der Kolonialisierung zur Dekolonialisierung und Departementalisierung bis hin zur Vereinigung der regionalen Gebietskörperschaften zu einem territorialen Kollektiv
- Geschichte der französischen Sprachgesetzgebung bezüglich seiner Regional- und Minderheitensprachen unter Berücksichtigung der Konsequenzen der Sprachpolitik in den (ehemaligen) Kolonien
- Konzepte zur Identität einer *société martiniquaise*
- Verwendung des *kréyol matinik* in der Öffentlichkeit

Sinngemäß nach Aimé Césaire lässt sich folgende Frage formulieren: Wie geht Frankreich mit dem Kinde, welches es geboren hat, gegenwärtig um?

Seitens der Kolonialmacht fand ein Sinneswandel der Sprachpolitik von einer anfänglichen Ignoranz und Nichtbeschäftigung mit den Regionalsprachen hin zu einer Akzeptanz und Valorisierung als schützenswertes kulturelles Erbgut der *Grande Nation* statt; das Französische auf Martinique befindet sich hier „in einem postkolonialen Kontext der Frankophonie und gleichzeitig in einem Frankreich, dessen Vielsprachigkeit heut vor (fast...) aller Augen liegt“ (Seiler, 2009, 2).

Seitens der martinikanischen Gesellschaft kam es aufgrund soziokultureller Entwicklungen und strategischer Überlegungen zu einer allmählichen Assimilierung und Annahme des Französischen; das Kreolische wird seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Identitätsmerkmal in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht und gewinnt dadurch an Prestige.

2 Martinique in Fakten und Zahlen³

Martinique ist eine Insel in der Karibik und zählt zu den Kleinen Antillen, genauer zu den „Inseln über dem Winde“. In der Sprache der Ureinwohner wurde sie *Madinina* (Blumeninsel) genannt, eine Bezeichnung, die auch heute noch unter den Einheimischen gebräuchlich ist.

Martinique ist seit 1946 ein Überseedepartement (*Département d'outre-mer*, kurz DOM) sowie seit 1982 eine Überseeregion (*Région d'outre-mer*, kurz ROM) Frankreichs⁴ und als vollintegrierter Teil des französischen Staates auch Teil der Europäischen Union in der Bezeichnung als *Région ultrapériphérique de l'Europe*. Als Vertreter der Zentralregierung fungiert der Präfekt mit Sitz in Fort-de-France, der größten Stadt auf Martinique. Das DROM entsendet vier Vertreter in die französische Nationalversammlung und zwei in den Senat. Wie im französischen Kernland ist auch auf Martinique der Euro die gesetzliche Währung.

Geographisch liegt Martinique zwischen dem karibischen Meer und dem Atlantischen Ozean, 25km südlich von Dominica und 37km nördlich von St. Lucia entfernt. Die Distanz zur Metropole Paris beträgt etwa 6.850km oder acht Flugstunden bei einer Zeitverschiebung von minus fünf Stunden zur Mitteleuropäischen Zeitzone im Winter, minus sechs Stunden im Sommer.

Die Insel hat eine Länge von 73km und eine Breite von 39km, die Küstenlinie umfasst rund 350km. Das Profil der Insel ist bergig, im Norden liegt der Vulkan *Montagne Pelée*, mit einer Höhe von knapp 1.400 Metern der höchste Berg Martiniques. Von der Gesamtfläche der Insel sind 9,5% verstädtert, 11,3% fallen auf den landwirtschaftlichen Bereich.

³ Soweit nicht anders angegeben wurden sämtlich Basisdaten bezüglich Bevölkerung und Religion, Politik, Wirtschaft und Infrastruktur sowie Geographie und Klima in der gesamten Arbeit größtenteils folgenden Quellen entnommen:

Le Petit Futé Martinique, 2007-2008, XII^e édition, Nouvelle édition de l'université, Paris
Université Laval Quebec unter <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/amsudant/martinique.htm>

⁴ In der Forschungsliteratur (z.B. bei Ursula Reuter) finden sich auch die Bezeichnungen *Département Français d'Amérique* (DFA) und *Département Français des Antilles* (DFAn).

Das Klima ist tropisch, die Regenzeit dauert von Juni bis Oktober. Der Norden ist feucht mit einer üppigen Vegetation. Im Süden ist das Klima trockener, hier befinden sich auch die meisten touristischen Ziele.

Die mittleren Lufttemperaturen liegen im Januar und Februar zwischen min. 21 °C und max. 27 °C, im August und September zwischen min. 24 °C und max. 30 °C. Die Wassertemperatur kann im Juli bis Oktober 28 °C überschreiten und liegt auch im Februar nicht unter 26 °C. Zwischen Juni und November können Wirbelstürme auftreten.

Die Bevölkerung ist zu ca. 80 % afrikanischer Abstammung. 15% der Bewohner sind indischer oder afro-indischer Herkunft (auch *coolies* genannt). Etwa 5% der Einwohner Martiniques stammen aus Europa. Zu dieser Gruppe gehören die auf Martinique geborenen Weißen, die von der kolonialen Oberschicht abstammen und *Békés* genannt werden. Alle auf Martinique geborenen Menschen, sowohl Weiße als auch Schwarze, subsumiert man als Kreolen. Daneben leben europäische Zuwanderer aus der Metropole und nach Martinique entsandte französische Staatsbeamte (als „Durchgangsstadium“ ihrer politischen Karriere in Kontinentalfrankreich) auf der Insel.

Die wichtigste Konfession auf Martinique ist der Katholizismus; 85 % der Bevölkerung sind römisch-katholisch, 10,5 % protestantisch und je 0,5 % bekennen sich zum Islam und zum Hinduismus.

Die offizielle Sprache ist Französisch. Die Muttersprache der Mehrheit der Bevölkerung ist *kréyol martinik*, eine französisch basierte Kreolsprache.

Für das Jahr 2005 weist EUROSTAT 397.500 Einwohner (Schätzungen zufolge waren es im Jahr 2012 bereits über 400.000) und ein Bruttoinlandsprodukt von 7,336 Mrd. € für Martinique aus; dies entspricht einem BIP/Kopf von 18.455 €. Verglichen mit dem Durchschnitt Frankreichs fällt das BIP geringer aus, verglichen mit den anderen vier DOM sowie den karibischen Nachbarstaaten hat Martinique das höchste BIP.

Auf den primären Sektor entfallen 7,6% der Beschäftigten, auf den sekundären 17,5% und auf den tertiären 74,9% der arbeitenden Bevölkerung.

Bananen tragen zu 40 % der Exporterlöse bei und sind damit das wichtigste Exportgut. 80 % der in der Landwirtschaft Beschäftigten sind im Anbau von Bananen tätig. Weitere wichtige landwirtschaftliche Exportprodukte sind Rohrzucker, Rum und Ananas.

Der sekundäre Bereich wird hauptsächlich durch zwei Unternehmen abgedeckt, den französischen Stromkonzern *Electricité de France* und die *Société Anonyme de la Raffinerie des Antilles*.

Der tertiäre Bereich besteht hauptsächlich aus Handel und Tourismusindustrie. Der Tourismus trägt rund 7 % zum BIP bei. Circa 80,1 % der Touristen kommen aus Frankreich, 5,0 % aus Europa (ohne Frankreich), 10,4 % aus der Karibik, 3,1 % aus den USA und 1,4 % aus dem Rest der Welt.

Auf der Insel gibt es den *Aéroport International Martinique Aimé Césaire* in Lamentin (in der Bucht von Fort-de-France gelegen), das Straßennetz ist hervorragend und zum Teil vierspurig ausgebaut. Einige Nebenstraßen sind sehr kurvig mit teilweise starken Steigungen, so dass die erreichbaren Durchschnittsgeschwindigkeiten relativ niedrig sind. Auf Martinique gibt es keine Eisenbahn; regelmäßige Fähren verbinden Martinique mit St. Lucia, Dominica und Guadeloupe (ebenfalls ein DROM Frankreichs).

3 Theoretische Grundlagen der Linguistik

3.1 Begriffsbestimmungen⁵

Um sich wissenschaftlich dem Forschungsfeld der Soziolinguistik annähern zu können, müssen zuerst grundlegende Begrifflichkeiten wie Pidgin und Pidginisierung, Kreol und Kreolisierung sowie Diglossie und Sprachkonflikt definiert werden. Die Forschung auf diesem Gebiet ist aber eine noch sehr junge. Etwa ab 1965 geriet die Kreolistik mehr in den Fokus der Linguisten; zum einen durch eine Umorientierung bzw. ein Umdenken innerhalb der Sprachwissenschaften selbst, zum anderen durch äußere Faktoren wie das steigende Interesse an der Afro-Amerikanischen Kultur und die kulturelle Emanzipation gewisser Gebiete in der Karibik.

Allgemein kann man sagen, dass sowohl Pidgin als auch Kreolsprachen Kommunikationssysteme zwischen Menschen darstellen, die miteinander in Kontakt treten wollen (oder müssen), aber auf keine gemeinsame Sprache zurückgreifen können. In der Literatur findet man hier auch öfters die Bezeichnung „Behelfssprachen“. Man ist sich in der Linguistik zumindest soweit einig, als dass Pidgin- und Kreolsprachen eine eigene Gruppe von Sprachen darstellen – und diese Sprachen auch eine große Anzahl an Sprechern haben – es existiert jedoch keine einheitliche Definition beider Begriffe. All diesen Definitionen ist gemeinsam, dass sie Pidgin und Kreol als neue, eigenständige Sprachen ansehen und nicht als falsche Versionen bereits bestehender bzw. als Dialekt oder Jargon. Wichtigste Charakteristika von Pidgin und Kreol sind ein begrenzter Wortschatz, eine reduzierte grammatikalische Struktur und ein deutlich eingeschränkter Funktionsbereich.

⁵ Soweit nicht anders ausgewiesen wurden sämtliche Begriffsbestimmungen folgenden Werken entnommen:

Kremnitz, 1983, S.68-102

Reidl in *Quo vadis, Romania?*, 1998/99, S.8-28

Stein, 1984, S.5-15

3.2 Pidgin und Pidginisierung

Ein Pidgin entsteht mit dem Kontakt zwischen Mitgliedern zweier oder mehrerer unterschiedlicher Sprachgruppen. Solche Kontaktsituationen ergaben sich seit jeher im internationalen Handel und in bestimmten Extremsituationen wie Krieg, Kolonialisierung oder Sklaverei.

Da die Notwendigkeit der Verständigung zwischen Sprechern verschiedener Sprachen gegeben sein muss, existieren Pidgins meist nur wenige Jahre, selten länger als ein Jahrhundert. Nach Beendigung der bi- oder multilateralen Kontaktsituation verschwindet auch der Pidgin wieder.

Der deutsche Linguist Peter Stein verweist in seinem Werk *Kreolisch und Französisch* auf eine Definition des US-amerikanischen Soziolinguisten und Anthropologen Dell Hymes aus dem Jahr 1971:

„A pidgin is defined as a stable form of speech that is not learned as a first language (mother tongue) by any of its users, but as an auxiliary language by all; whose functions are sharply restricted (e.g. to trade, supervision of work, administration, communication with visitors), and whose vocabulary and overt structure are sharply reduced, in comparison with those languages from which they are derived.“ (Hymes zitiert in Stein, 1984, 8)

Eine weitere Definition stammt von Loreto Todd:

„A pidgin is a marginal language which arises to fulfil certain restricted communication needs among people who have no common language. In the initial stages of contact the communication is often limited to transactions where a detailed exchange of ideas is not required and where a small vocabulary, drawn almost exclusively from one language, suffices.“ (Todd, 1990, 1f.)

Der Begriff Pidginisierung beschreibt den Prozess der Entstehung eines Pidgin und kann als komplexer Vorgang soziolinguistischer Veränderungen betrachtet werden. Pidginisierung meint sowohl die Reduktion sprachlicher Mittel, wie die Vereinfachung von grammatikalischen Strukturen und der Syntax sowie die Verminderung des Vokabulars der Ausgangssprachen, als auch eine Einschränkung der Sprache auf bestimmte Kommunikationssituationen, beispielsweise zwischen mehrsprachigen Gemeinschaften und Handelspartnern.

Nach der Entdeckung des amerikanischen Kontinents im 15. Jahrhundert begannen die Europäer mit der Eroberung fremder Gebiete, deren Besiedelung und Ausbeutung. Aufgrund der enormen Migrationsbewegungen infolge des Sklavenhandels und den daraus resultierenden Arbeitsverpflichtungen in den tropischen Plantagen erfuhren Pidginsprachen in der Neuzeit großen Aufschwung. Dies erklärt auch, warum die meisten Pidgins auf europäischen Sprachen basieren (Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch und Niederländisch), daneben existieren bzw. existierten aber auch nichteuropäische Pidginsprachen.

Aufgrund des sozialen Gefälles innerhalb der Plantagen- und Kolonialgesellschaften verband sich mit Pidgin- und Kreolsprachen von vornherein das Vorurteil einer minderwertigen, rückständigen, ungebildeten, zerrütteten und gebrochenen Sprechweise; man benutzte sie nur, wenn unbedingt notwendig. Pidgin- und Kreolsprachen genießen daher wenig Prestige.

Wegen der fehlenden Komplexität in Morphologie, Phonologie und Syntax werden Pidgins oft als Reduktionssprachen betitelt; die Verminderung der Morphologie zeigt sich im Fehlen morphologischer Flexionen wie Plural- oder Zeitmarker, Substantive und Verben sind unveränderlich, zwischen Subjekt und Prädikat gibt es keine Übereinstimmung und Pronomina unterscheiden nicht zwischen Fall, Zahl und Geschlecht. Verglichen mit den Herkunftssprachen ist das Lautsystem der Pidginsprachen meist vereinfacht, das Vokalsystem reduziert und Verbindungen von Konsonanten häufig der Muttersprache der Sprecher angepasst. Lücken im Wortschatz von Pidgins werden durch Entlehnungen gefüllt oder durch Umschreibungen geschlossen.

Pidgins unterliegen einer relativen Instabilität in Bezug auf das linguistische System und in Bezug auf ihre Funktion. Gehören sie nicht zu der kleinen Gruppe von Pidgins, die standardisiert und/oder zur Muttersprache von Sprechern werden, können sie mit dem Ende der Kontaktsituation vollkommen verschwinden. Führt die Kontaktsituation unterschiedlicher ethnischer Gruppen ohne gemeinsame Sprache aber zur Bildung einer neuen, anfangs nur als Zweitsprache zur gegenseitigen Verständigung gebrauchten Sprache, einem Pidgin, und wurde diese erlernte Zweitsprache zur Muttersprache und häufig auch zur einzigen Sprache einer neuen Generation, so kann man von einer Kreolsprache reden.

3.3 Kreol und Kreolisierung

Der Begriff Kreolisierung meint den Prozess der Entstehung von Kreolsprachen. Kreolsprachen sind Sprachen, die in einer Sprachkontaktsituation aus mehreren Sprachen entstanden sind, wobei ein Großteil des Wortschatzes der neuen Sprache oft auf eine der beteiligten Kontaktsprachen zurückgeht. Der Prozess der Kreolisierung führt zu einer Bereicherung des Wortschatzes und zu einer viel größeren Komplexität des morphologischen und syntaktischen Systems im Vergleich zu Pidginsprachen. Nach dem Prozess der Kreolisierung ist dann vor allem die Grammatik, oft auch das Lautsystem der neuen Sprachen von jenen der beteiligten Ausgangssprachen deutlich zu unterscheiden. Wurde vorher die Pidginsprachen als Reduktionssprachen bezeichnet, so kann man die Kreolsprachen aufgrund ihrer höheren Komplexität als Ausbausprachen klassifizieren. In der Forschungsliteratur findet sich häufig die These, dass Kreolsprachen im Gegensatz zu Pidgins Hauptkommunikationsmittel bzw. Muttersprache zumindest eines Teils ihrer Sprecher darstellen. Hymes liefert uns folgende Definition:

„A creole is defined as an ordinary language that is derived from a pidgin and that through one or another set of circumstances has become the first language of a community, has been adapted to the full range of functions of community life, and has become notably richer in lexicon and structure than the pidgin from which it arose. In most circumstances in which creoles are found they are considered socially inferior, even though sometimes thought superior in expressiveness.“ (Hymes zitiert in Stein, 1984, 7)

Eine ergänzende Definition findet sich bei der deutschen Sprachwissenschaftlerin (mit Forschungsschwerpunkt Kreolsprachen) Annegret Bollée:

„Akzeptabel erscheint mir jedoch lediglich eine soziolinguistische Definition: als Kreolisch bezeichnet man eine Sprache, die in einem geographisch und/oder kulturell isolierten Gebiet, in einer multilingualen Gesellschaft mit sozialem Gefälle – wie der Plantagengesellschaft in den Kolonien – durch unvollkommenes Erlernen, Fehlinterpretation und Vereinfachung der Sprache der sozial höheren Schicht durch die sozial niedrigere Schicht entstanden ist.“ (Bollée zitiert in Stein, 1984, 7)

Dieser weit verbreiteten Auffassung, Kreolsprachen seien Pidgins, die von einer Bevölkerungsgruppe als Muttersprache angenommen wurden, stehen aber auch kritische Stimmen entgegen, die behaupten, dass es auch Kreolsprachen gäbe, die kein Pidgin als Ursprung hätten; der französische Linguist Robert Chaudenson etwa geht davon aus, dass der Entstehung des Kreolischen auf den Antillen kein Pidgin vorangeht, Bollée stellte selbiges für die Kreolsprachen im Gebiet des Indischen Ozean (vor allem anhand des französisch basierten Kreols auf Réunion und den Seychellen) fest (vgl. Reutner, 2005, 7).

3.3.1 Kreolistik als neue Disziplin der Sprachwissenschaft

Die Frage nach der Entstehung von Kreolsprachen ließ im 20. Jahrhundert eine neue Disziplin innerhalb der Linguistik aufkommen, die Kreolistik. Pidgin- und Kreolsprachen bieten nämlich die einzigartige Gelegenheit, die Existenz von Sprachen von ihrem Beginn an beobachten und untersuchen zu können.

Da es keine eindeutige, allgemein gültige Definition von Pidgin- und Kreolsprachen gibt, sind auch die Entstehungstheorien in der Kreolforschung vielfältig und uneins. Heute existieren verschiedene Thesen über die Genese der Kreolsprachen und ihre Kategorisierung, verschiedene Forscher haben diese Frage in den Mittelpunkt ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit gestellt, eine definitive Lösung der Entstehungsfrage bisweilen aber noch nicht gefunden. Vielleicht wäre es aber auch zu kurzfristig, auf eine absolute Theorie zu bestehen, berücksichtigt man trotz vieler Ähnlichkeiten von Pidgin- und Kreolsprachen die Vielfältigkeit ihres historischen Ursprungs sowie den konkreten Sprachkontaktsituationen. Todd lässt keine Zweifel daran, dass Lernende von Pidgin- und Kreolsprachen von den in ihren eigenen Sprachen vorherrschenden Strukturen beeinflusst waren, dass eine Relexifizierung stattfand und dass gleichermaßen universell gültige Prozesse der Vereinfachung abliefen. Die exakten Details hinsichtlich des Ursprungs und der Genese von Pidgin und Kreol könnten jedoch nur erraten, nie aber mit absoluter Gewissheit konstatiert werden (vgl. Todd, 1990, 46).

3.3.2 Entstehungstheorien von Kreolsprachen

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick der verschiedenen Entstehungstheorien gegeben (vgl. Reidl in *Quo vadis, Romania?*, 1998/99, 22-26):

- Die monogenetische Theorie geht von der Vermutung aus, dass alle Kreolsprachen eine einzige Quelle, einen afro-portugiesischen Pidgin, als gemeinsamen Ursprung haben; die Ähnlichkeiten zwischen Pidgin- und Kreolsprachen würden aus einem gemeinsamen Prototypen eines Pidgins resultieren, die Unterschiede erklärte man sich aufgrund von Relexifizierung.
- Die polygenetische Theorie ist eng verbunden mit dem Namen Robert Hall. Sie bestätigt zwar eine ähnliche Entwicklung aller Kreolsprachen in einem Gebiet, jedoch nur, weil diese unter ähnlichen sozialen Bedingungen wie Plantagensgesellschaften, der mangelnden Möglichkeit des Erlernens europäischer Sprachen und daraus resultierender Notlösungen entstanden seien

bzw. auf ähnliches sprachliches Material (indoeuropäische und westafrikanische Sprachen) zurückgegriffen werden konnte.

- Die Bioprogrammhypothese von Derek Bickerton besagt als universalistische Theorie, dass die Genese der Kreolsprachen nach universell gültigen Prinzipien erfolgt sei, die Ähnlichkeiten ergäben sich aus der Natur des Menschen und ihrer biologischen Programmierung, eine Sprache zu lernen. *„Ein Kind lernt die Sprache seiner Umgebung unabhängig von der Kultur oder der Gesellschaft, in die es hineingeboren wurde, da die Fähigkeit Sprache zu lernen, angeboren ist. Weiters geht Bickerton davon aus, dass sich alle Einzelsprachen auf ein gemeinsames sprachliches Prinzip zurückführen lassen, da alle menschlichen Sprachen auf phonologischen, semantischen und syntaktischen Prinzipien basieren.“* (Reidl in *Quo vadis, Romania?*, 1998/99, 24)

Die Verschiedenheit der menschlichen Sprachen resultiere aus der Veränderung des Bioprogramms durch historische Entwicklungen, sodass sich ein gemeinsamer Ursprung der Sprache nicht mehr erkennen ließe. *„Doch dort wo neue Sprachen in Kontaktsituationen und unter minimalen kulturellen und linguistischen Interferenzen entstehen, kommt die Realisierung des Bioprogramms rein zur Geltung.“* (Reidl in *Quo vadis, Romania?*, 1998/99, 24)

Bickertons universalistische Theorie stand lange im Zentrum der wissenschaftlichen Diskussion, war Anlass für viele Kontroversen und Anregung für die Entwicklung von Gegenpositionen.

- Zu den Gegenpositionen zählen Substrat- und Superstrattheorie.
Die Substrattheorie geht davon aus, dass die eigentlichen Schöpfer der Kreolsprachen die Sklaven gewesen seien; strukturelle Entsprechungen zwischen kreolischen und afrikanischen Sprachen resultieren aus dem enormen Einfluss der afrikanischen Substratsprachen, sodass gemeinsame phonologische, semantische und lexikalische Merkmale beinahe in allen Pidgin- und Kreolsprachen gefunden werden können. Die Vertreter der Superstrattheorie (darunter Robert Chaudenson) sehen in den Kreolsprachen *„weitgehend Weiterentwicklungen der jeweiligen europäischen Sprachen, wie sie unter den Bedingungen der Plantagenwirtschaft gegeben waren.“* (Reidl in *Quo vadis, Romania?*, 1998/99, 25)

So unterschiedlich die verschiedenen Ansätze auch sein mögen, ihnen allen ist eines gemeinsam: die Position ihrer Hauptvertreter ist jeweils von ihren speziellen, persönlichen Erfahrungen in einem bestimmten Gebiet geprägt, sodass das soziale Umfeld der Forscher zu einer wichtigen Determinante seiner Arbeit wird. Hall forschte im Pazifischen Ozean, Bickerton auf Hawaii, Chaudenson auf Réunion und Vertreter der Substrattheorie untersuchten das *Haitien* und die portugiesischen Kreolsprachen. Dies veranlasste Stein zu einer Relativierung aller Entstehungstheorien, *„indem er darauf hinweist, dass – obwohl die Analysen für die jeweiligen Gebiete ihre Gültigkeit haben – eine Verallgemeinerung, wie sie von ihren Vertretern vertreten wird, problematisch zu sein scheint. Bei den Versuchen der Verallgemeinerung auf andere Gebiete bekommt man den Eindruck, dass jeweils das hervorgehoben und in das eigene Modell eingepasst wird, was zur eigenen Theorie passt, während man das übersieht, was die eigenen Überlegungen stören könnte.“* (vgl. Stein zitiert von Reidl in *Quo vadis, Romania?*, 1998/99, 26).

3.3.3 Klassifizierung von Kreolsprachen

Gemäß der Herkunft ihres Wortschatzes klassifiziert man Pidgin- und Kreolsprachen nach ihrer lexikalischen Basis und unterscheidet traditionell zwischen englischem, französischem, spanischem, portugiesischem und niederländisch basiertem Kreolisch. Im Jahre 1984 schreibt Stein über die Kreolsprachen und ihre Verbreitung:

„Die französischen Kreolsprachen (FKS) stellen mit ca. 9 Millionen Sprechern in rund einem Dutzend verschiedener Gebiete die homogenste und wohl auch wichtigste Gruppe dar. Portugiesische KS [für Kreolsprache, Anmerkung der Autorin], die einmal in vielen Gebieten entlang der afrikanischen und asiatischen Küsten gesprochen wurden, haben aufgrund der historischen Entwicklung viel von ihrer Bedeutung verloren, soweit sie heute überhaupt noch existieren; aus dem Spanischen und aus dem Niederländischen sind nur wenige KS entstanden; und die englischen KS bilden zwar zahlenmäßig die größte Gruppe, sie sind jedoch sehr heterogen, und einige von ihnen beginnen erst jetzt, sich fest zu etablieren.“ (Stein, 1984, 10)

Weiters versucht der deutsche Linguist eine Gruppierung und Charakterisierung der franko-kreolophonen Gebiete zu erstellen (vgl. Stein, 1984, 14f.):

- Die erste Gruppe bilden die vier Überseedepartements Martinique, Guadeloupe, Französisch-Guyana und Réunion; sie sind französisches Staatsgebiet, juristisch und politisch vollkommen integriert, folglich spielt neben dem Kreolischen das Französische als einzige offizielle Staatssprache eine wichtige Rolle.
- Die zweite Gruppe stellt ein einzelner Staat, der unter allen kreolischsprachigen Gebieten einen Sonderstatus einnimmt: Haiti, das sich bereits 1804 die Unabhängigkeit von Frankreich erkämpfte und damit zum ersten befreiten Sklavenstaat wurde; hier sind Französisch und Haitianisch (seit 1961) offizielle Amtssprachen; Haitianisch gilt heute mit rund 8 Millionen Sprechern als stärkste französische Kreolsprache.
- Die dritte Gruppe setzt sich aus Gebieten zusammen, die zu Ende des Siebenjährigen Krieges 1763 für Frankreich verloren gingen und unter britische Herrschaft kamen: Dominica und Grenada, wo das Französische verschwand und durch Englisch als Standard- und offizielle Sprache ersetzt wurde. Saint-Lucie blieb zwar bis 1803 französisch, hatte zuvor aber mehrmals zwischen England und Frankreich den Besitzer gewechselt, bevor es endgültig britisch wurde, die französische Sprache war hier jedoch nie heimisch. Louisiana ging 1763 ebenfalls verloren, war von 1800 bis 1803 nochmals kurz in französischem Besitz und wurde 1812 als Bundesstaat in die Vereinigten Staaten aufgenommen – Stein spricht Louisiana eher der nächsten Gruppe zu.
- Die vierte Gruppe stellen die Gebiete, die während der Napoleonischen Kriege für Frankreich verloren gingen: das bereits erwähnte Saint-Lucie (das Stein jedoch mehr der dritten Gruppe zugehörig sieht) und Louisiana sowie Mauritius, Rodrigues und die Seychellen im Indischen Ozean; kennzeichnend für diese Gebiete ist, dass sich die französische neben der englischen Sprache behaupten konnte und heute noch eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben spielt.
Anders als die vier französischen DOM wurden die von den Briten kolonialisierten Gebiete in den 1960er und 1970er Jahren zu unabhängigen Staaten. Hier entwickelten sich neben französisch basierten auch englische Kreolsprachen.
- Die fünfte Gruppe umfasst zwei Gebiete, die nie französisch besetzt waren, wo sich jedoch französisch basierte Kreolsprachen entwickeln konnten: zum einen der karibische Inselstaat Trinidad und Tobago, zum anderen Saint Thomas, nicht inkorporiertes Außengebiet der Vereinigten Staaten auf den Amerikanischen Jungferninseln in der Karibik.

3.3.4 Linguistische Charakteristika französischer Kreolsprachen

Sprachimmanente Charakteristika französischer Kreolsprachen sind (vgl. Reidl in *Quo vadis, Romania?*, 1998/99, S. 17-20):

- die Reduktion der Vokale gegenüber dem Standardfranzösischen, d.h. das Fehlen der gerundeten Palatalvokale und die Reduktion des fallenden Diphthongs im Wortauslaut zum Monophthong in den Kreolsprachen;
- die Übernahme der Konsonanten und eines Großteils des Wortschatzes des Französischen;
- die Veränderungen auf morphologischer Ebene, beispielsweise werden in den Kreolsprachen Morphemketten wie Artikel oder Pronomen an die Wörter angehängt, sind daher agglutinierende Sprachen; Verben kennen keine Endungs-Morphologie und Person, Tempus, Modus und Aspekt werden in den Kreolsprachen durch vorgestellte Partikel angegeben.

3.3.5 *Kréyol martinik*

Das Kreolische auf Martinique, *le kréyol martinik*, entwickelte sich infolge des Zusammentreffens französischer Kolonialsiedler und afrikanischer Sklaven aufgrund der Notwendigkeit einer gemeinsamen Kommunikationssprache.

Betrachtet man die Siedler aus Frankreich genauer muss man erkennen, dass sie keineswegs ein Standardfranzösisch vergleichbar mit dem heutigen verwendeten. Der Großteil der in die Neue Welt ausgewanderten Europäer stammte aus sozial niedrigeren Schichten und war dem Französischen des Königshauses bzw. der Gerichtsbarkeit nicht mächtig. Die ersten Siedler auf den Antillen kamen aus nordwestlichen Regionen Frankreichs, verwendeten daher unterschiedliche Varietäten der dortigen Regionalsprachen (meist Bretonisch), die abwertend als *patois* bezeichnet wurden.

So kommt es, dass das Kreolische auf Martinique eine relativ große Unabhängigkeit gegenüber dem Französischen aufweist, besonders in den Bereichen der Phonetik, Phonologie, Morphologie und Syntax. Auf lexikaler Ebene sind die Zusammenhänge schon ersichtlicher, ein Großteil des Wortschatzes kommt aus dem maritimen Kolonialfranzösisch des 17. und 18. Jahrhunderts.

3.4 Dekreolisierung und Hyperkreolisierung

Weiterführend kennt man in der Sprachwissenschaft zwei aus der Kreolisierung resultierende Prozesse: Dekreolisierung und Hyperkreolisierung.

Die Sprecher von Kreolsprachen stehen wegen des geringen sozialen Ansehens oft unter dem Druck, sich an die Standardsprache zu assimilieren, d.h. ihre eigene Sprechweise hin zur Normsprache abzuändern – dieser Prozess wird als Dekreolisierung in der Forschungsliteratur beschrieben.

Als zweite Reaktion auf die Tatsache des schwachen Sprachprestiges von Kreolsprachen kennt man den Prozess der Hyperkreolisierung; es ist die Suche nach einer möglichst „reinen“ Form des Kreol, um auf die Souveränität der Kreolsprache und die ethnische Identität der zugehörigen Gemeinschaft aufmerksam zu machen.

Häufig genanntes Beispiel in der Forschungsliteratur für die Prozesse der Kreolisierung, Dekreolisierung und Hyperkreolisierung ist die Entwicklung des *Black English* in den Vereinigten Staaten.

3.5 Aspekte der Mehrsprachigkeit: Diglossie und Sprachkonflikt

Der Terminus der Diglossie (griechisch für „Zweisprachigkeit“, die lateinische Entsprechung ist Bilinguismus) findet seinen Eingang in die Sprachwissenschaft mit dem Griechen Jean Psichari, der 1928 in einem Artikel im *Mercure de France* die Sprachensituation Griechenlands darstellt. Psichari verstand darunter die in unterschiedlichen Funktionen gebrauchten Varietäten des Griechischen, zum einen die gelehrte Schriftsprache (*katharévoussa*), zum anderen die muttersprachlich erworbene Volkssprache (*dhimotiki*), und verwies als Beispiel auf das literarische und das vulgäre Arabisch.

Der amerikanische Soziolinguist Charles Albert Ferguson nahm den Begriff in seinem Aufsatz *Diglossia* von 1959 wieder auf und erweiterte die von Psichari beschriebenen Sprachensituationen Griechenlands und der arabischen Welt um die Diglossie der deutschsprachigen Schweiz (Standarddeutsch vs. Schwyzerdütsch) und Haitis (Französisch und Kreolisch, *le Haïtien*).

Ferguson verstand Diglossie als:

„a relatively stable language situation in which, in addition to the primary dialects of the language (which may include a standard or regional standards), there is a very divergent, highly codified (often grammatically more complex) superposed variety, the vehicle of a large and respected body of written literature, either of an earlier period or in another speech community, which is learned largely by formal education and is used for most written and formal spoken purposes but is not used by any sector of the community for ordinary conversation.“
(Ferguson zitiert in Stein, 1984, 104)

Anwendung findet seine Definition auf diejenigen Sprachsituationen, *„in denen zwei genetisch verwandte Sprachen in einer komplementären Verteilung stehen, die ein unterschiedliches Prestige der beiden Sprachen (high- und low variety) impliziert. Ferner zeichnet sich eine Diglossiesituation nach Ferguson durch Stabilität und weitgehende Harmonie aus.“* (Reutner, 2005, 45).

Da Diglossie im Allgemeinen an gesellschaftliche Verhältnisse gebunden ist, denen in der Regel kein statischer Charakter zugeschrieben werden kann, sind diglossische Situationen meist mit Konflikten verbunden, sowohl linguistischer und soziokultureller als auch politischer Natur.

In diese Richtung tendiert auch eine Neuinterpretation des Diglossiebegriffs von einer Gruppe katalanischer Soziolinguisten Ende der Sechziger Jahre, die von einem Sprachkonflikt ausgingen und die soziale Komponente des Sprachgebrauchs betonten:

« Il y a un conflit linguistique quand deux langues clairement différenciées s'affrontent, l'une politiquement dominante (emploi officiel, emploi publique) et l'autre politiquement dominée. Les formes de la domination vont de celles qui sont clairement répressives (telles que l'Etat espagnol les a pratiquées sous le franquisme) jusqu'à celles qui sont tolérantes sur le plan politique et dont la force répressive est essentiellement idéologique (comme celles que pratiquent les Etats français et italien).
Un conflit linguistique peut être latent ou aigu, selon les conditions sociales, culturelles et politiques de la société dans laquelle il se présente. Ainsi, dans une situation préindustrielle, avec une situation stabilisée de diglossie, le conflit linguistique est habituellement latent. [...] Mais dans une société industrialisée, dans laquelle l'idéologie diglossique se voit avant tout alimentée par les classes et les secteurs sociaux qui en empêchent le développement socioéconomique et culturel, le conflit apparaît d'habitude sous sa forme aiguë. »
(*Congrès de Cultura Catalana* zitiert in Kremnitz, 1983, 71)

Um eine Diglossiesituation diesem Konzept entsprechend aufzulösen, muss entweder eine Substitution (allmählicher Ersatz der beherrschten Sprache, geht mit dem Prozess der Akkulturation/Assimilation einher) oder eine Normalisierung (Durchsetzung der beherrschten Sprache, die völlige Verdrängung der ehemals herrschenden Sprache führt zur Verlagerung der Machtpositionen) eintreten.

„Gerade in der neueren Geschichte tendierten die meisten Diglossie-Situationen zur Substitution, d.h. zur Übernahme der prestigereicheren Sprache durch Sprecher der dominierten Sprache und damit häufig zur Ablehnung der eigenen Identität, wofür der Katalane Rafael Ninyoles den Ausdruck *Selbsthass* (*auto-odi*) verwendet. Eben diese Substitution ermögliche aber erst den sozialen Aufstieg von ausreichend vielen Vertretern der beherrschten Sprachgruppe, der wiederum die Grundvoraussetzung für eine Überwindung der Akkulturation durch die Etablierung sprachlicher und gesellschaftlicher Gegenmodelle und damit die Basis für einen erfolgreichen Normalisierungsprozess darstellt.“ (Reutner, 2005, 46)

In der weiteren Sprachforschung stellte sich nun die Frage, ob jede Diglossie auch notwendigerweise einen Sprachkonflikt beinhalten müsse; das Lösungsmodell der katalanischen Soziolinguisten zur Überwindung der Zweisprachigkeit durch Substitution bzw. Normalisierung sei wenig zufriedenstellend, da die Realität viel komplexer und widersprüchlicher sei, in der Praxis gebe es vielmehr die „*Situation der sozialen und funktionalen Mehrsprachigkeit*“ (Höller/Krametter in *Quo vadis, Romania?*, 1998/99, 33). Zwei prominente Vertreter der Kreolistik, Jean Bernabé und Lambert-Félix Prudent, teilen diese Auffassung des konfliktfreien Nebeneinanders zweier koexistierender Sprachen einer Gesellschaft.

Im Jahr 1983 erstellte Bernabé auch ein eigenes bipolares Modell der antillanischen Diglossiesituation, das zwischen den beiden Polen des Standardfranzösisch sowie des basilektalen (ursprünglichen) Kreolisch auch ein kreolisiertes Französisch sowie ein akrolektales (französiertes) Kreolisch (als Folge qualitativer Dekreolisierung) kennt. Zwischen dem Pariser Französisch und dem kreolisierten Französisch einerseits, wie auch zwischen dem basilektalen und dem akrolektalen Kreolisch andererseits besteht ein Kontinuum, beide Kontinuen sind jedoch durch ein Diskontinuum getrennt (vgl. Reutner, 2005, 47f.).

Graphisch dargestellt sieht das wie folgt aus (vgl. Bildstein, 2008, 21):

français standard
français créolisé
----- rupture
créole francisé
créole basilectal

Aufbauend auf Bernabés Kontinuum-Diskontinuum-Modell erarbeitete Marie-Christine Hazaël-Massieux, Universitätsprofessorin in Aix-en-Provence mit Forschungsschwerpunkt Kreolistik, ein Modell mit zwei parallel verlaufenden Kontinuen, zwischen denen gewechselt werden kann. Gemäß den verschiedenen Registern, die jeder einzelne Sprecher zur Verfügung hat, kann zwischen *français soutenu* und *français populaire* sowie zwischen *créole soutenu* und *gros créole* unterschieden werden (vgl. Reutner, 2005, 48).

Die Mehrheit der Soziolinguisten vertritt die These, dass es in zweisprachigen Gesellschaften, wo der Sprachgebrauch mit unterschiedlichen Funktionen besetzt ist, im Falle unausgewogener sozialer Strukturen sehr wohl zu einer Hierarchisierung im sprachlichen Gebrauch kommt, d.h. zu höher oder niedriger konnotierten Varietäten.

„Diglossische Funktionsweisen, d.h. das gesellschaftliche Auftreten von zwei sprachlichen Varietäten in komplementären Funktionen, sind Indikatoren von gesellschaftlicher Ungleichheit; dabei sind die reale Situation und das Empfinden der Betroffenen wichtiger als eine institutionelle Festlegung, vor allem dann, wenn diese nicht in die Wirklichkeit umgesetzt wird.“

(Kremnitz, 1990, 39)

Das Konfliktpotential in diglossischen Gesellschaften kann einerseits durch eine besonders liberale Sprachpolitik, andererseits durch den gleichen Status und Kooffizialität der koexistierenden Sprachen vermindert werden. Die Lösung liege in einer annähernden Gleichwertigkeit von Sprachen in einer mehrsprachigen Gesellschaft (vgl. Höller/Krametter in *Quo vadis, Romania?*, 1998/99, 36).

4 Historischer Kontext als Ausgangspunkt

4.1 Eroberung von Martinique und Beginn der Kolonialisierung⁶

**« La société martiniquaise ne préexiste pas à l'acte colonial ;
elle en est littéralement la création. »**

(Edouard Glissant in Kremnitz, 1983, 9)

4.1.1 Besiedelung der Blumeninsel

Zur Inselgruppe der Kleinen Antillen gehörend wurde Martinique im 3. Jahrhundert n. Chr. vom indigenen Volk der Arawak (*les Arawaks*, ursprünglich entlang der Nordküste Südamerikas beheimatet) besiedelt. Die friedfertigen Arawak wurden jedoch Schätzungen zufolge im 10. Jahrhundert von den kriegerischen Kariben der Insel verwiesen. Die Kariben (*les Caraïbes*) waren ebenfalls ein autochthones Volk in weiten Gebieten Mittel- und Südamerikas und wurden aufgrund ihrer Brutalität und Grausamkeiten des Kannibalismus bezichtigt. Das Volk der Kariben eroberte zwischen dem 8. und dem 15. Jahrhundert weite Teile Mittelamerikas und gab dieser Region ihren Namen: die Karibik.

Die moderne Geschichtsschreibung der Insel Martinique beginnt mit dem italienischen Seefahrer Christoph Kolumbus (geboren 1451 in Genua, gestorben 1506 in Valladolid), der – im Bestreben, auf dem westlichen Seeweg von Europa nach Ostasien zu gelangen – im Herbst des Jahres 1492 die dem amerikanischen Kontinent vorgelagerten Karibischen Inseln erreichte. Im Zuge seiner insgesamt vier Entdeckungsreisen in die Neue Welt landete er auf seiner zweiten Eroberungsfahrt 1493 mit seiner Flotte auf der Antilleninsel Guadeloupe oder *Karukera*, von den einheimischen Arawak als „Insel der schönen Wasser“ genannt. Da Kolumbus im Dienste des spanischen Königspaars Ferdinand II. von Aragón und Isabella I. von Kastilien stand, gelangte Guadeloupe unter die spanische Krone.

⁶ Soweit nicht anders ausgewiesen wurden sämtliche Begriffsbestimmungen folgenden Werken entnommen:
Kremnitz, 1983, S.9-38
Reutner, 2005, S.5-16

Seine vierte Erkundungsfahrt brachte Kolumbus im Jahr 1502 an die Strände der Antilleninsel Martinique oder *Madinina*, eine noch heute gebräuchliche, von den Kariben stammende Bezeichnung für „Blumeninsel“. Die Spanier konnten im 16. Jahrhundert ihre Hegemonialstellung im karibischen Raum behaupten, zeigten jedoch bald ein größeres Interesse am südamerikanischen Kontinent und dessen vielfältigen Reichtümern an Bodenschätzen und Monokulturen. So gelang es anderen europäischen Kolonialmächten, den Engländern, Franzosen und Holländern, die spanischen Eroberungen in der Karibik im Laufe des 17. Jahrhunderts zu verkleinern – in Folge dieses Kräftespiels der Kolonialherren wechselten viele dieser Inseln mehrmals ihre Besitzer.

4.1.2 Von der spanischen an die französische Krone

Sowohl Guadeloupe als auch Martinique fielen im Jahr 1635 von der spanischen Krone an die Kolonialmacht Frankreich. Guadeloupe wurde von Liénart de l'Olive und *Madinina* durch Pierre Belain d'Esnambuc im Namen der von Kardinal Richelieu gegründeten *Compagnie des Îles d'Amérique* militärisch erobert und blieben seitdem – bis auf drei kurze Perioden fremder Besatzung – in französischem Besitz.

Im Jahre 1648 ging die *Compagnie des Îles d'Amérique* in Konkurs, daraufhin wurde Martinique an Jacques Dyel du Parquet, einen Neffen von d'Esnambuc, verkauft. Du Parquet wurde neuer Gouverneur, gründete Fort-Royal (heute noch das Stadtzentrum der Hauptstadt Fort-de-France) und ließ zum ersten Mal Zuckerrohr anpflanzen, was einerseits zu einem ersten wirtschaftlichen Aufschwung führte, andererseits aber zu enormen Zusammenstößen mit den Einheimischen. Anfangs teilten sich die französischen Siedler das Land noch mit den Kariben, der Versuch, Martinique mit Europäern zu besiedeln und eine Polykultur zu etablieren, scheiterte aber kläglich; das autochthone Volk, *les Caraïbes*, wurde umgebracht, auf Nachbarinseln vertrieben oder von eingeschleppten Krankheiten getötet, so dass um 1660 beinahe die gesamte eingeborene Bevölkerungsschicht ausgerottet war.

Bald schon konnten die weißen Siedler die Arbeit auf den großen Plantagen der Monokulturen, vor allem den Zuckerrohranbau, nicht mehr alleine bewältigen und man begann mit dem Import afrikanischer Sklaven (nach Vorbild der spanischen und portugiesischen Kolonien im 16. Jahrhundert).

Dies ließ den Anteil der negroiden Bevölkerung rasch anwachsen und die Zahl der Afrikaner überstieg bald die der Weißen, was von den französischen Machthabern mit einem repressiven Regierungssystem kompensiert wurde, um etwaige Revolten zu unterbinden oder Abwanderungen zu verhindern. Bereits auf den Schiffen, spätestens aber auf den Plantagen, wurden Sklaven gemeinsamer Herkunft bewusst getrennt gehalten, um die Möglichkeit von gegenseitiger Verständigung und sozialem Zusammenhalt zu vermindern. Da die meisten Sklaven noch sehr jung waren, wurden so gut wie keine afrikanischen Bräuche und Traditionen in die Kolonien „eingeschleppt“; zusätzliche Kommunikationsschwierigkeiten steigerten die Integrationsbereitschaft des afrikanischen Bevölkerungsanteils. Um nicht vollständig isoliert zu werden, war es notwendig, ein kommunikatives Bindeglied einerseits zwischen den Sklaven unterschiedlicher Herkunft selbst, andererseits zwischen Sklaven und ihren Herren zu finden – so kam es zur Entstehung der kreolischen Sprache. Nach Schätzungen lag der Prozentsatz des schwarzen Bevölkerungsanteils im Jahr 1664 bei 49%, stieg bis zum Jahr 1699 auf 69% an und erreichte vor der Französischen Revolution 1789 etwa 89% (vgl. Kremnitz, 1995, 72).

Nachfolger der *Compagnie des Îles d'Amérique* wurde die *Compagnie des Indes Occidentales Françaises*, gegründet von Jean-Baptiste Colbert, Finanzminister unter Louis XIV. Die Besitzungen Frankreichs in der Karibik wurden somit unter die direkte Verwaltung der französischen Krone gestellt und in Folge zu einem wichtigen Lieferanten für Rohrzucker, Rum, Tabak und Gewürze. Vor allem Zuckerrohr wurde auf Martinique in immer größerem Umfang angebaut, was die in der Kolonie erwirtschafteten Gewinne steigen ließ.

4.1.3 *Code Noir* von 1685

Für die Aufrechterhaltung dieser arbeitsintensiven Betriebe wurden immer mehr Sklaven vom afrikanischen Kontinent eingeschifft, was vorerst eine Rassentrennung zur Folge hatte, 1685 dann den Erlass des *Code Noir*⁷ durch die französische Zentralregierung nach sich zog. Beeinflusst durch den europäischen Merkantilismus, gab der *Code Noir* dem sich etablierenden wirtschaftlichen und sozialen System der Kolonie einen rechtlichen Rahmen.

⁷ <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/amsudant/guyanefr1685.htm>

Das Regelwerk von Colbert bestand aus 60 Paragraphen; zum einen Artikel über die Sklaverei selbst (zum Beispiel das Verbot der Versammlungsfreiheit von Sklaven unterschiedlicher Herren sowie das Verbot des Zuckerrohrverkaufs durch Sklaven, aber ebenso die juristische Gleichstellung freigelassener Sklaven jeglicher Herkunft mit französischen Untertanen in den Kolonien), zum anderen Artikel über die Rechte, aber auch Pflichten der Weißen über ihre Sklaven (zum Beispiel die Pflicht, den Sklaven das römisch-katholische Taufbekenntnis zu ermöglichen sowie den Unterhalt eines kranken Sklaven zu garantieren, das Recht, Sklaven zu fesseln und schlagen, sowie das Verbot, sie zu foltern oder töten). Ein Artikel des *Code Noir* beispielsweise untersagte dem Sklavenhalter, seinen Sklaven Lesen und Schreiben beizubringen, weshalb beinahe alle Sklaven auf der Insel Analphabeten und monolinguale Kreolischsprecher waren.

4.1.4 *Société d'habitation*

Auf soziolinguistischer Ebene wurde diese Siedlergesellschaft vom französischen Linguisten Robert Chaudenson als *société d'habitation* bezeichnet; zwischen 1636 und 1685 war der Kontakt zwischen Europäern und Afrikanern relativ eng, beide kämpften gemeinsam ums Überleben. Das Kreolische wurde zur gemeinsamen Sprache, wenngleich diese neue soziologische Konstellation der Insel auf Antagonismen wie „schwarz – weiß“, „Unterdrückte – Unterdrücker“ und „Sklave – Herr“ beruhte.

Die gemeinsame kreolische Sprache wurde zur Synthese all dieser Antagonismen und konnte sich durch ihre expressive Kapazität den Status einer voll funktionsfähigen Sprache sichern.

Demgegenüber spricht der martinikanische Schriftsteller und Linguist Jean Bernabé von einer konfliktgeladenen Solidarität der beiden sprachlich inhomogenen Bevölkerungsgruppen; die Siedler kamen aus den unterschiedlichsten Regionen und damit verbundenen Regionalsprachen bzw. Dialekten Frankreichs und waren meist von niedrigerem Sozialstatus; die Sprachenvielfalt der Sklaven ergab sich zwangsläufig aus deren verschiedensten Ethnien und Stämmen Schwarzafrikas (vgl. Reutner, 2005, 6).

Mit dem Erlass des *Code Noir* 1685 beginnt für Chaudenson die zweite Phase der Besiedelung, die *société de plantation* (vgl. Reutner, 2005, 7).

4.2 Entstehung der Plantagengesellschaft – *société de plantation*

Das gesamte 18. Jahrhundert charakterisierte sich durch die definitive Errichtung der Plantagengesellschaft auf der Antilleninsel, sowohl innenpolitisch wie sozial. Der Anbau und die Gewinnung von Zuckerrohr in riesigen Monokulturbetrieben sowie der stark wachsende Export vom Endprodukt Zucker nach Europa erforderten immer mehr Arbeitskräfte. Der Import schwarzer Sklaven aus Afrika stieg weiter an.

Das Wachstum der negroiden Population hatte eine gesellschaftliche Umstrukturierung zur Folge: innerhalb der französischen Kolonie entstand eine Sklavengesellschaft, zusammengesetzt aus zwei diametral gegensätzlichen Elementen; auf der einen Seite existierte eine kleine Zahl an freien, weißen Großgrundbesitzern, auf der anderen Seite eine große Anzahl schwarzer Sklaven.⁸

Die prozentuale Verteilung zwischen weißem und negroidem Bevölkerungsanteil auf Martinique:

- 1635: 100% Weiße (ca. 100 Einwanderer)
- 1664: bereits 51% Weiße und 49% Farbige (bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 5.400)
- 1680: 39% Weiße und 61% Farbige (Gesamtzahl von ca. 8.000)
- 1699: 31% Weiße und 69% Farbige (Gesamtzahl von ca. 20.000)
- 1742: 20% Weiße und 80% Farbige (Gesamtzahl von ca. 81.000)
- 1790: 11% Weiße und 89% Farbige (Gesamtzahl von ca. 100.900)
- 1848: 8% Weiße und 92% Farbige (Gesamtzahl von ca. 120.400)

(die Angaben zur Gesamtbevölkerung variieren je nach historischer Quelle und sind sehr unsicher; die prozentualen Angaben basieren auf den absoluten Zahlen in Kremnitz, 1983, 15)

Der deutsche Sprachwissenschaftler Georg Kremnitz beschrieb aufgrund dieser Bevölkerungszusammensetzung drei Konfliktpotentiale innerhalb der Gesellschaft, die zu mancher Zeit sogar zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen auf Martinique führten.

⁸ Zwischen diesem Gegensatz standen *les marginaux*, meist freie Farbige, die am Rande der Gesellschaft lebten, weniger Rechte als die Weißen besaßen und aufgrund ihrer Abstammung eine Art außerlegalen Status genossen.

Folgende Szenarien lassen sich darstellen (vgl. Kremnitz, 1983, 11):

- Die militärische Überlegenheit der weißen Herren über ihre schwarzen Sklaven, die sich seit Geltung des *Code Noir* nicht bewaffnen durften. Diese Vormachtstellung garantierte das Fortdauern des ausbeuterischen Regimes über zwei Jahrhunderte und stellt den typischen Konflikt aufgrund der Hautfarbe dar.
- Die Opposition freie Farbige (in der Literatur auch unter der Bezeichnung Mulatten, *les mulâtres*, zu finden) und kreolisierte Weiße ist als Konflikt zwischen Sprache und Hautfarbe zu interpretieren.
- Der Konflikt zwischen den kreolisierten Weißen und der staatlichen Hegemonialmacht Frankreich spielt sich auf linguistischer Ebene ab, führt jedoch – anders als in den spanischen Kolonien Amerikas – nie wirklich zu Unabhängigkeitsbewegungen auf Martinique.

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts erreichten die französischen Besitztümer im amerikanischen Raum ihre größte Ausdehnung und Frankreich blieb – neben England – für einige Jahrzehnte koloniale Großmacht. Man interessierte sich jedoch weniger für die weiträumigen Besitzungen auf dem Festland wie Kanada und Louisiana; im Mittelpunkt der französischen Aufmerksamkeit standen die Eroberungen im Karibikraum, in denen teure Handelsgüter angebaut, gewonnen bzw. hergestellt werden konnten.

„Vor allem mit der Produktion des „or blanc“, des Zuckers, konnten Reichtümer erworben werden, von denen man heute noch in ehrfürchtigem Tonfall spricht, und Frankreich beherrschte eine Reihe der besten Zuckerinseln: Grenada, St. Vincent, St. Lucie, Martinique, Dominica und Guadeloupe, und vor allem das westliche Drittel der Insel St. Domingue, der damals „besten“ Kolonie der Welt.“
(Fleischmann, 1986, 1)

Ab Mitte des 18. Jahrhunderts zerfiel das französische Wirtschaftsimperium. Während des Siebenjährigen Krieges verloren die Franzosen im Jahre 1759 die Insel Guadeloupe und 1762 die Insel Martinique an die Briten. Beide Antilleninseln konnten jedoch mit dem Frieden von Paris 1763 wieder gewonnen werden. Neben der nordamerikanischen Kolonie Kanada und den Besitzungen in Louisiana fielen auch die Inseln Grenada, St. Vincent und Dominica an die englische Krone.

4.3 Französische Revolution 1789 und Auswirkungen auf die Antillen

Die Forderungen der Französischen Revolution von 1789 nach *liberté, égalité* und *fraternité* erreichten mit ein wenig Zeitverzögerung auch die karibischen Kolonien, wo zu der Zeit rund 700.000 Sklaven unter den Bedingungen des *Code Noir* lebten und es zu mehreren Sklavenaufständen kam (vgl. Wildgen 2010, 27). Die Wirren der Revolution brachten erneut territoriale Verluste: 1803 ging St. Lucie endgültig in den Besitz der Engländer über, 1804 wurde aus dem von aufständischen Sklaven beherrschten Santo-Domingo der unabhängige Staat Haiti (weltweit der erste unabhängige, von ehemaligen Sklaven regierte Staat und damit Vorbild vieler Sklaven).

Im Jahre 1794 stimmte die Nationalversammlung im Sinne der Französischen Revolution für die Abschaffung der Sklaverei. Hintergrund waren in erster Linie die andauernden kriegesischen Auseinandersetzungen mit den Briten und der damit verbundenen Notwendigkeit einer Verstärkung der französischen Kolonialarmee. Nichtsdestotrotz gelang es den Engländern mit einiger Unterstützung großer Teile der weißen Bevölkerung Martiniques, die ihren sozialen Status gewahrt wissen wollte, zwischen 1794 und 1802 sowie von 1809 bis 1815 auf der Blumeninsel Fuß zu fassen. Da es auf Martinique wegen der britischen Okkupation erst gar nicht zur Abschaffung der Sklaverei gekommen war, musste sie Napoleons Armee nach dem Frieden von Amiens 1802 auch nicht wieder einführen – auf den anderen französischen Antilleninseln wie etwa auf Guadeloupe wurde die Sklaverei 1802 wieder installiert.

Im Jahre 1814 verloren die Franzosen Tobago und St. Lucie an die Briten, somit verringerten sich die französischen Besitzungen in der Karibik auf die beiden Antilleninseln Guadeloupe und Martinique – bis heute noch als DOM Teil des französischen Staatsgebietes.

Zwischen 1815 und 1848 begann eine Periode der gesellschaftlichen Umwandlung; nach der Niederlage Napoleons veränderte sich auf dem Wiener Kongress die Grenzziehung in Europa, neue Staaten wurden geschaffen, alte Regierungsformen wieder eingesetzt. In den Kolonien zeichnete sich das endgültige Ende der Sklaverei sowohl durch zahlreiche Freilassungen als auch durch Aufstände und Selbstbefreiungen ab.

4.4 Abschaffung der Sklaverei und Umstrukturierung der Kolonien

Ein markanter Wendepunkt für die weitere Entwicklung der kolonialistischen Gesellschaft war das Jahr 1848. Begünstigt durch die Revolutionserfahrungen und die beginnende wirtschaftliche Umstrukturierung durch die Konkurrenz der Rübenzuckererzeugung wurde am 4. März 1848 eine Kommission zur Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien eingesetzt. Unter der Leitung des französischen Humanisten Victor Schoelcher, der als Abgeordneter für Martinique in der Nationalversammlung saß, verabschiedete die Regierung am 27. April 1848 das *Décret d'abolition de l'esclavage du 27 avril 1848*⁹, zwei Monate später sollte es umgesetzt werden. Schoelcher erklärte die Abschaffung von Sklaverei als notwendiges Mittel zur langfristigen Friedenssicherung.

« Le peuple français, en s'émancipant devait émanciper les esclaves ; un des premiers devoirs de la France délivrée de la monarchie, était d'en finir avec les hontes de l'esclavage. [...] L'émancipation nous apparut comme la sauvegarde de la paix aux colonies. » (Reutner, 2005, 12)

Das Dekret beginnt wie folgt:

Au nom du Peuple français
Le gouvernement provisoire,

Considérant que l'esclavage est un attentat contre la dignité humaine;

Qu'en détruisant le libre arbitre de l'homme, il supprime le principe naturel du droit et du devoir;

Qu'il est une violation flagrante du dogme républicain: Liberté, Égalité, Fraternité.

Considérant que si des mesures effectives ne suivaient pas de très près la proclamation déjà faite du principe de l'abolition, il en pourrait résulter dans les colonies les plus déplorables désordres,

décète:

Article 1

L'esclavage sera entièrement aboli dans toutes les colonies et possessions françaises, deux mois après la promulgation du présent décret dans chacune d'elles. À partir de la promulgation du présent décret dans les colonies, tout châtiment corporel, toute vente de personnes non libres, seront absolument interdits.

⁹ <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/amsudant/guyane1848.htm>

Tatsächlich wurde die Sklaverei auf Martinique bereits am 22. Mai 1848¹⁰ abgeschafft, da die Entscheidung aus Paris schon vorzeitig durchsickerte und es zu ersten Sklavenaufständen kam. Somit nahmen die Farbigen selbst erheblichen Einfluss auf ihre Befreiung, was wiederum die Verdienste Schoelchers als Sklavenbefreier ein wenig relativiert. Juristisch gesehen waren ehemalige Sklaven nun freie Männer und Frauen wie alle anderen französischen Staatsbürger (inklusive Wahlrecht!), sie bekamen Familiennamen zugewiesen, jedoch verabsäumte der Staat, eine wirtschaftliche Basis für eine eigenständige Existenz zu schaffen, was viele von ihnen in eine finanzielle und damit existentielle Krise trieb. Die Abschaffung der Sklaverei bedeutete eine Veränderung des rechtlichen Status, die bestehenden Macht- und Besitzverhältnisse änderten sich vorerst jedoch nicht.

Ehemalige Sklavenbesitzer wurden für den Verlust ihrer Arbeitskräfte von der Republik finanziell entschädigt – eine Bekräftigung der materiellen Überlegenheit der weißen Gutsherren; nach einer ersten Massenflucht befreiter Sklaven von den Plantagen waren viele von ihnen mangels Landbesitz, Ausbildung und Kapital gezwungen, als „freiwillige“, unterbezahlte Lohnarbeiter in die Monokulturbetriebe zurückzukehren, um dem Hungertod zu entgehen. Sie konnten die Produktion aber nicht alleine aufrecht erhalten, deshalb musste der Mangel an Arbeitskräften durch Vertragsarbeiter aus Indien, China und abermals vom afrikanischen Kontinent ausgeglichen werden. Für die bestehende Bevölkerung Martiniques bedeutete dies die Einführung einer neuen sozialen Schicht innerhalb der Kolonialgesellschaft: der asiatische Bevölkerungsanteil schuf ein neues Spannungsverhältnis zwischen negroider, ehemals versklavter und indochinesischer Bevölkerungsgruppe, stellte er doch eine Konkurrenz am Arbeitsmarkt dar. Die Asiaten, viele südindischer Herkunft, in der Literatur unter der Bezeichnung *coolie* für Landarbeiter, standen nun anstelle der Sklaven am untersten Ende der sozialen Leiter.

Da das zentralistische Frankreich – und somit auch seine Kolonien – aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes von 1789 keinen offiziellen Rassismus kannte, wurde die abstruse Situation eines nicht-existenten Rassismus innerhalb einer rassistischen Gesellschaft geschaffen. In der heutigen Bevölkerung Martiniques macht der vorwiegend aus Indien und China stammende Anteil an Asiaten allerdings weniger als fünf Prozent aus.

¹⁰ Obwohl der offizielle Nationalfeiertag Frankreichs am 14. Juli gefeiert wird, ist der 22. Mai der „heimliche Nationalfeiertag“ auf Martinique; seit dem Jahr 1983 ein offizieller Feiertag auf Martinique soll er an die Abschaffung der Sklaverei erinnern – durch ein juristisches Dekret wurden Sklaven zu „Menschen“ im Sinne von französischen Staatsbürgern.

Die Zeit zwischen 1848 und 1946 charakterisierte sich durch eine politisch relative Autonomie der französischen Kolonien im Karibikraum: der aus Paris entsandte Gouverneur hatte eine beinahe uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit, die reelle Machtaufteilung innerhalb der Gesellschaft erfolgte zwischen weißen Großgrundbesitzern, *les békés* (eine Bezeichnung für reiche, weiße Siedler bzw. von ehemaligen Sklavenhaltern abstammende Weiße), und einer aufstrebenden farbigen Bourgeoisie, die vor allem im öffentlichen Dienst tätig war. Während die ökonomische Obrigkeit in Händen der weißen Bevölkerung blieb, wechselte die politische Macht in den Einflussbereich einer farbigen Oberschicht.

Dramatische Folgen für die weiße Bevölkerungsschicht auf Martinique hatte der Ausbruch des Vulkans *Montagne Pelée* im Jahre 1902. Weite Teile der Hauptstadt Saint-Pierre wurden zerstört und mit ihnen verringerte sich auch die Anzahl der stark überrepräsentierten Békés. Schätzungen zufolge zählte man 29.000 weiße Tote. Trotz dieser hohen Opferzahl in der weißen Bevölkerung blieben die sozialen Spannungen aufrecht, zwischen 1870 und 1935 herrschten manchmal bürgerkriegsähnlich Zustände auf der Insel (vgl. Kremnitz, 1983, 13).

Die wirtschaftliche Stagnation, der Fortschritt des Zuckerrübenanbaus in Europa und der damit verbundene Rückgang des Rohrzuckerexports aus den Kolonien verschlechterte die durch die beiden Weltkriege ohnehin schon angespannte Situation. Die Vichy-treuen französischen Antillen unterlagen im Zweiten Weltkrieg einem Handelsembargo, ein Teil der Versorgungslücke konnte durch den Import von Nahrungsmitteln aus Französisch-Guyana geschlossen werden, „ein anderer durch die Besinnung auf das eigene Potential und die Entfaltung eigenständiger Energie und Dynamik.“ (Reutner, 2005, 14)

5 Martinique im 20. Jahrhundert: eine Insel zwischen Autonomie und Assimilation

5.1 Dekolonialisierung durch Assimilation

5.1.1 Politische und verfassungsrechtliche Ebene - *Loi de départementalisation*

Mit Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung der Vierten Republik Frankreichs nach der Befreiung wurden die alten Kolonien Martinique, Guadeloupe und Französisch-Guyana in Mittel- und Südamerika sowie die Insel Réunion im Indischen Ozean mittels *Loi n° 46-451 du 19 mars 1946 tendant au classement comme départements français de la Guadeloupe, de la Martinique, de la Réunion et de la Guyane française*¹¹ in französische Überseedepartements (*Départements d'Outre-Mer*) umgewandelt. Die Bewohner der ehemaligen Kolonien wurden juristisch gesehen zu *Français à part entière*, der Gouverneur der Kolonialregierung wurde durch einen Präfekten ersetzt, der wie alle Präfekten dem französischen Innenministerium weisungsgebunden ist. Zudem wurden die Rechte des *Conseil Général* eingeschränkt.

Maßgebend am politischen Erfolg dieser Entscheidung der französischen Nationalversammlung beteiligt war der 1945 zum Abgeordneten der PCF (*Parti Communiste Français*) gewählte Aimé Césaire (geboren 1913 und gestorben 2008 auf Martinique). Einerseits war Césaire ein erfolgreicher Politiker, der nach elf Jahren bei den Kommunisten 1958 seine eigene politische Partei, die *Parti Progressiste Martiniquais* (PPM), gründete, bevor er sich 1978 den Sozialisten anschloss. Von 1945 bis 1993 war er Abgeordneter der Nationalversammlung, zugleich von 1945 bis 2001 Bürgermeister von Fort-de-France. Andererseits war Césaire Lehrer, Autor zahlreicher Gedichtbände und Essays sowie Mitbegründer der *Négritude*-Bewegung (zusammen mit Léopold Sédar Senghor und Léon Gontran Damas, siehe 8.1).

In seiner Funktion als Berichterstatter der *Commission des Territoires d'Outre-Mer* vor dem französischen Nationalkonvent (*Le rapport n° 520; 25 février 1946*)¹² sprach sich Césaire klar und deutlich für eine Politik der Assimilation der vier (zum Zeitpunkt seiner Rede) Noch-Kolonien aus; er begründete dies mit der über 300-jährigen gemeinsamen

¹¹ <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000006068018>

¹² Le rapport n° 520 (25 février 1946) fait par Aimé Césaire; zu finden auf <http://www.assemblee-nationale.fr/histoire/depts-outre-mer.asp>

Geschichte, die zumindest Martinique und Guadeloupe mit der Kolonialmacht Frankreich verbanden, der Partizipation des Schicksals der Metropole sowie den Vorteilen, die sich durch die Zivilisation des Mutterlandes ergaben. Während man in der Zeit nach Abschaffung der Sklaverei im Jahr 1848 die republikanische Doktrin der Integration verfolgte, verlor der Assimilationsprozess in der Zeit der beiden Weltkriege seinen Elan; noch vor der Implementierung sozialer Gerechtigkeit kam die Assimilation auf den Antillen zum Stillstand. Daher wäre folgendes von dringlicher Wichtigkeit:

« Mais nous répondrons que c'est ca même Montesquieu qui a écrit des pages cinglantes contre l'esclavage des noirs, et que ce dont il s'agit aujourd'hui, c'est, par une loi d'assimilation, mieux d'égalisation, de libérer près d'un million d'hommes de couleur d'une des formes modernes de l'esclavage. [...]

Et alors on se prend à répéter le mot de Diderot : « Avoir des esclaves n'est rien. C'est qui est intolérable, c'est d'avoir des esclaves en les appelant les citoyens. » »¹³

Aus diesem Grund forderte Césaire die Departementalisierung der Kolonien, in seinen Worten „Assimilierung“, unter der er die rechtliche Gleichstellung der Koloniewohner mit den Festlandfranzosen verstand:

« Que la Martinique, la Guadeloupe, la Guyane française et la Réunion entrent dans la famille française et participent au destin de la France sur le pied d'égalité avec les départements français ;

Cela veut dire :

Que la Martinique, la Guadeloupe, la Réunion et la Guyane française, tout en comprenant la nécessité qu'il peut y avoir d'adapter certaines mesures générales à des conditions géographiques ou économiques spéciales, expriment un vœu d'un rattachement plus étroit à la France et souhaitent voir admettre le principe *que l'assimilation doit être la règle et la dérogation l'exception.* »¹⁴

Mit Inkrafttreten der *Loi de départementalisation* war die Kolonialzeit offiziell beendet. Der neue rechtliche Status von Martinique bedeutete in erster Linie eine Abgabe politischer Macht an das Zentrum Paris. Im Gegenzug erhoffte man sich eine Verbesserung des während der Kolonialzeit schwach entwickelten wirtschaftlichen und sozialen Systems der Insel. Die aus westlicher Perspektive unterentwickelte Gesellschaft Martiniques, verglichen mit der modernen Konsum- und Industriegesellschaft auf dem europäischen Kontinent, erfuhr durch die Departementalisierung jedoch nicht den erwünschten Aufschwung.

¹³ Le rapport n° 520 (25 février 1946) fait par Aimé Césaire; zu finden auf <http://www.assemblee-nationale.fr/histoire/depts-outre-mer.asp>

¹⁴ *Ibid.*

Dass sich die Bewohner der ehemaligen Kolonien nicht als „ganze Franzosen“ fühlten, zeigt sich in folgendem Zitat:

„Um ein verbreitetes Wortspiel zu benutzen, fühlen viele Bewohner der Antillen und Guyanas sich noch immer als völlig abgesonderte Franzosen („**Français entièrement à part**“) anstatt als gleichberechtigte Bürger („**Français à part entière**“).“
(Kremnitz, 1995, 72)

In diesem Zusammenhang findet sich in der Forschungsliteratur auch die Bezeichnung „*le malaise antillais*“ als Situationsbeschreibung für den Zeitraum von 1946 bis zur Dezentralisierung im Jahr 1982.

5.1.2 Sprach- und kulturpolitische Ebene - „*le malaise antillais*“

Während der Fünften Republik (als semipräsidentielles Regierungssystem seit dem 5. Oktober 1958 in Frankreich installiert) durchläuft Martinique eine Phase der politischen wie kulturellen Assimilation an die Zentralmacht; Konsequenz auf linguistischer Ebene in den Überseedepartements ist die Anwendung der – zumindest seit der Französischen Revolution 1789 – obersten Maxime der französischen Sprachpolitik, nämlich das Monopol des Französischen.

Die *Loi de départementalisation* konnte die großen sozialen Spannungen zwischen antillanischer und französischer Gesellschaft nicht überwinden, der Gesetzesmantel der Metropole passte nicht auf die antillanische Gemeinschaft, deren wirtschaftliche und soziokulturelle Besonderheiten verständlicherweise nicht jenen des Hexagons entsprachen.

In den intellektuellen Kreisen wurde man sich darüber bewusst, dass die angestrebte Assimilation ein Fehlschlag war, ja von vornherein nur fehlschlagen konnte, da eine politische und rechtliche Assimilierung Hand in Hand mit einer Gleichmachung aller Werte und Eigenheiten der antillanischen Kultur und Sprache ging. Die kulturelle und sprachliche Entfremdung (*aliénation*) zeigte sich in einem verinnerlichten Minderwertigkeitskomplex der Antillenbewohner – man schämte sich seiner selbst – und einer aufkommenden Negrophobie, die interne Rivalitäten zwischen Einwohnern im Karibikraum zur Folge haben konnten. Die Propaganda Frankreichs für seine eigene Sprach- und Kulturpolitik resultierte in der Verachtung antillanischer Kultur bzw. des Kreolischen sowie der Valorisierung von allem aus dem Westen stammenden (vgl. Hasler, 2002, 42ff.).

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das Kreolische auch im familiären Gebrauch verstärkt zurückgedrängt und der Trend zur Franzisierung und Bilingualisierung setzte ein. „Im weitgehend matrifokalen Familiengerüst wurde das Kreolische oftmals seines frühen Platzes verwiesen, denn viele Mütter fanden es sinnvoller, mit ihren Kindern Französisch zu sprechen, wobei es sich keineswegs um die Standardvariante des Französischen handeln musste, da jene vielen Müttern gar nicht bekannt war.“ (Hasler, 2002, 46f.) Confiant spricht in diesem Zusammenhang vom Kreolischen als *langue de pères* (Sprache der Väter) anstelle von *langue maternelle* (Muttersprache) (vgl. Confiant in Hasler, 2002, 46). Der Rückgang des Kreolischen als Kommunikationssprache zwischen Mutter und Kind betraf aber hauptsächlich sozial und finanziell höher gestellte Familien mit einem allgemein höheren Bildungsgrad. In sozial und finanziell benachteiligten Milieus dominierte das Kreolische immer noch den Alltag und fungierte sowohl als Familien- wie auch als Primärsprache, sodass viele Kinder bei Schuleintritt keine oder geringe Französischkenntnisse hatten (vgl. Hasler, 2002, 47).

Die Epoche des „*malaise antillais*“ war der Beginn einer Massenfranzisierung; der landwirtschaftliche Sektor steckte in einer Krise, Martinique musste modernisiert werden. In Folge neuer Berufe dominierte das Französische den Arbeitsmarkt, viele Vorgesetzte kamen aus der entfernten Metropole. Französisch war die Sprache sämtlicher Bereiche des öffentlichen Lebens: in der Administration, in der Jurisprudenz, im Bildungswesen sowie in der zukunftsorientierten Berufswelt.

Monolinguale Kreolischsprecher konnten keine Karriereberufe anstreben; wollte man den sozialen Aufstieg, musste man die französische Sprache beherrschen. Somit war ein Großteil der Antillenbewohner gezwungen, sich bilingual zu sozialisieren; ausgeschlossen blieben die ältere, ausschließlich kreolophone Generation sowie jene sozialen Gesellschaftsschichten, die vom (eher bescheidenen) ökonomischen Fortschritt der Insel nicht profitieren konnten und deren finanzielle Lage ein modernes Leben nach Vorbild der okzidentalen Konsumgesellschaft nicht zu ließ (vgl. Hasler, 2002, 48f.).

Edouard Glissant analysierte im *Discours antillais* den Prozess der Franzisierung anhand seiner Wirkung auf verschiedenen Ebenen:

- Franzisierung der Sozialstrukturen: Schulwesen, Religion und Öffentlichkeit
- Franzisierung durch die Massenmedien: Zeitungen, Radio und Fernsehen sowie Bücher
- Franzisierung von Idealen: französische Staatsbürgerschaft, Entwicklung im Sinne von Fortschritt, Europa
- Franzisierung der Konsumgüter: Mode, Auto und große Warenhandelsketten
- Franzisierung durch Prestigebekundung: Festivals (musikalischer und botanischer Natur), Kongresse und Kolloquien
- Franzisierung der Sprache: Zerbröckeln des Kreolischen und Übernahme der syntaktischen Struktur des Französischen
(vgl. Glissant, 1997, 87)

Neben der wirtschaftlichen Umstrukturierung Martiniques spielten auch der sich ausbreitende neue Lebensstil sowie die moderne Weltanschauung eine erhebliche Rolle im Prozess der zunehmenden Bilingualisierung. Die Assimilation und Akkulturation der Antillenbewohner wurde durch die allmähliche Verwestlichung beschleunigt. Das Kreolische war, wenn überhaupt noch, nur mehr Kommunikationssprache im privaten Bereich, d.h. innerhalb einer Generation in der Familie (die Sprecher waren gleichaltrig) oder unter Freunden. Logische Konsequenz der Departementalisierung und Assimilierung war die Substitution des Kreolischen, das dem Druck des prestigeträchtigen Französisch nicht stand halten konnte und je nach Milieuzugehörigkeit der Sprecher seine Funktion als Erstsprache verlor.

5.2 Dezentralisierung: *Lois Defferre*

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 1981 brachten einen Erdrutschsieg der Sozialisten; François Mitterand wurde zum Staatspräsidenten gewählt und die *Parti Socialiste Français* erreichte mit 37,1% Stimmen die absolute Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung.

Die politische Umwälzung Frankreichs brachte auch eine tiefgreifende Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik unter dem Schlagwort der Dezentralisierung. Eine Stärkung der Regionen wurde von manchen Politikern schon seit den 1960er Jahren gefordert. *„In der Programmschrift der Sozialisten La France au pluriel wird die kulturelle Diversifikation nicht mehr als Bedrohung der französischen Einheit, sondern als Reichtum dargestellt. Zwar wird eingeräumt, dass in der Vergangenheit die mit der Zentralisierung verbundene Marginalisierung der Regionalsprachen ein wichtiger Faktor für die Vereinheitlichung des Landes gewesen sei, den heute anstehenden Kampf gegen zunehmenden Kulturimport aus dem anglophonen Raum könne Frankreich aber nur durch eine Stärkung seiner eigenen Identität gewinnen.“* (Reutner, 2005, 66).

Ideologisch ein hehres Ziel kam diese Kehrtwende im Bereich der Regional- und Minderheitensprachenpolitik zu einem Zeitpunkt, als es aufgrund der allgemeinen, verpflichtenden Schulbildung auf Französisch seit Ende des 19. Jahrhunderts keine primär monolingual in einer Regional- oder Minderheitensprache sozialisierten Sprecher mehr gab. Französische Realpolitik sah und sieht jedoch anders aus: eine effektive und wirkungsvolle Stärkung der Regional- und Minderheitensprachen des Hexagons lässt bis heute auf sich warten (mehr zur Sprachgesetzgebung siehe Kapitel 6 und 7).

Die administrative Neustrukturierung Frankreichs wurde mit der *Loi n°82-213 du 2 mars 1982 relative aux droits et libertés des communes, des départements et des régions*¹⁵ im Rahmen der Dezentralisierungsgesetze der Ära Mitterrand, kurz *Lois Defferre* (benannt nach dem damaligen Innenminister Gaston Defferre), eingeleitet.

Paragraph 1 dieses Gesetzes besagt:

« Les communes, les départements et les régions s'administrent librement par des conseils élus. »

In ganz Frankreich wurden die Départements im Zuge der Regionalisierung zu neuen geographischen Verwaltungseinheiten zusammengefasst, die nun lokale Angelegenheiten wie Entwicklung und Planung auf ökonomischer, sozialer und kultureller Ebene autonom regeln konnten, natürlich nicht ohne den Zentralstaat als Kontrollinstanz. So wurde auch Martinique eine von 26 Regionen Frankreichs. Die dezentralen Kammern, der *Conseil Régional* als wichtigstes Organ der Region und der *Conseil Général* als wichtigstes Organ des Départements, verfügen eigenverantwortlich über ihre Budgets, teils aus Staatszuschüssen, teils aus eigenen Steuern finanziert; damit besitzen die jeweiligen Ratspräsidenten Exekutivgewalt (vgl. Hasler, 2002, 59).

¹⁵ <http://www.assemblee-nationale.fr/histoire/decentralisation.asp>

Infolge von Uneinigkeiten der Departements im Karibikraum wurde jedes DOM auch eine eigene *Région d'outre-mer* (ROM), wodurch die Entscheidungsfreiheit ein Stück weit ausgeweitet wurde, gleichzeitig konnte der spezielle Status einer *Région monodépartementale* aber auch ein Hemmnis im schwierigen Unterfangen, die DROM politisch und wirtschaftlich voranzutreiben, darstellen. Die Kompetenzen beider Entscheidungsgremien erstrecken sich auf ein und dasselbe Gebiet, die Repräsentanten der regionalen und der departementalen Ebene können sich gegenseitig blockieren und somit ein effizientes Wirken verhindern. Die lokalen Abgeordneten auf Martinique beispielsweise verfügen dadurch über mehr Macht als ihre Amtskollegen in der Metropole (vgl. Hartl/Redl in *Quo vadis, Madinina?*, 2011, 34).

5.3 Bestandsaufnahme der Parteienlandschaft Martiniques

5.3.1 *Situation politique complexe*

In Bezug auf die Parteienlandschaft von Martinique spricht Kremnitz von einer „*situation politique complexe*“ (Kremnitz, 1983, 38), die sich nicht einfach in die traditionellen politischen Lager „links“, „rechts“ und „Mitte“ unterteilen lässt. Lange Zeit war die politische Situation Martiniques von Sektionen der in der Metropole vertretenen Parteien geprägt, Mitte der 1990er Jahre kam es aber zu einer Vervielfachung der Interessengruppierungen. Aktuell existieren ca. 30 politische Gruppierungen, die sich anhand ihrer Vorstellungen bezüglich der Beziehung zu Kontinentalfrankreich in „*départementalistes, autonomistes et indépendantistes*“ (Kremnitz, 1983, 38) klassifizieren lassen.

„Je nachdem, ob eine Partei für die Autonomie, die Unabhängigkeit oder für die völlige Anpassung Martiniques gegenüber der französischen Republik eintritt, sind also autonomistische, independentistische oder aber assimilationistische Bewegungen zu differenzieren.“
(Hartl/Redl in *Quo vadis, Madinina?*, 2011, 35)

Darüberhinaus ist die Entscheidung für oder wider eine politische Gruppierung auch immer eine Entscheidung für oder wider der ihr zugehörigen Politiker und weniger für oder wider politische Ideologien und Konzepte. Die politische Landschaft Martiniques zeichnet sich durch einen hohen Personifizierungsgrad aus, der sich auch dahingehend niederschlägt, als dass viele Politiker sich oft mehr ihrer Anhängerschaft und potentiellen Wählern verbunden fühlen als irgendeinem Programm (vgl. Kremnitz, 1983, 38f.).

Ein weiteres wichtiges Element ist die Höhe der Wahlbeteiligung der *Martiniquais*; im besten Fall beträgt die Wahlbeteiligung annähernd 60% (wie etwa im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 1974), es gab aber auch schon Abstimmungen, wo der Prozentsatz bei rund 30 Punkten lag (beispielsweise bei der Wahl des Europäischen Parlaments 1979) – die Schwankungsbreite der Nichtwähler vor allem bei regionalen, nationalen oder europäischen Wahlen ist daher enorm.

« La participation très basse aux élections européennes pourrait être un indice que beaucoup de Martiniquais ne se considèrent guère concernés par la politique française (et européenne) ou, formulation plus brutale, qu'ils pensent qu'ils ne sont pas acteurs coresponsables de cette politique, mais simple objets sans pouvoir d'intervention. » (Kremnitz, 1983, 39)

Einerseits fühlen sich viele Martiniquais bei National- und Europawahlen nicht als Subjekte, die ihr Schicksal ein Stück weit selbst mitbestimmen können, sondern eher als Objekte ohne Interventionsmacht. Andererseits lässt sich gerade bei Abstimmungen auf nationaler Ebene eine gewisse Tendenz eines „*vote dépendant*“ beobachten; man versteht darunter ein besonderes Stimmverhalten der Martiniquais, hauptsächlich jenen Politikern bzw. Parteien ihr Ja-Wort zu geben, die in den Meinungsumfragen Frankreichs die besten Siegchancen haben.

« Pendant longtemps, le vote de Martiniquais semblait être un vote dépendant, partant de l'idée que les parties les plus forts en Métropole prendraient le mieux en mains les intérêts des Martiniquais. » (Kremnitz in *Quo vadis Romania?*, 1998/99, 107)

5.3.2 Kategorisierung des politischen Feldes

Das politische Leben Martiniques siedelt sich im Wesentlichen rund um politische Gruppierungen der Insel selbst sowie lokale Ableger der großen Parteien des französischen Nationalstaates an.

Die nachstehende Klassifizierung erfolgt anhand der bereits beschriebenen Einstellungen der einzelnen Interessensvertretungen bezüglich des verfassungsrechtlichen Status Martiniques. Es gibt assimilationistische, autonomistische und independentistische Bewegungen – anhand der folgenden selektiven Darstellung¹⁶ lässt sich die Komplexität der Parteienlandschaft Martiniques gut erkennen; viele Gruppierungen aller Bewegungen und Lager sind noch sehr junge politische Akteure.

¹⁶ Soweit nicht anders angegeben wird hier vor allem aus Kremnitz, 1983, 40-45 sowie aus Hartl/Redl in *Quo vadis, Madinina?*, 2011, 36-38 und der Internetseite referriert: http://www.france-politique.fr/wiki/Cat%C3%A9gorie:Partis_politiques_Martinique

5.3.2.1 Assimilationistische Gruppierungen: Departementalisten

Theoretischer Hintergrund assimilationistischer Gruppierungen auf Martinique sind die Ideen der Philosophen der Aufklärung und der Französischen Revolution von 1789. Die Ideologie der drei Prinzipien „liberté, égalité, fraternité“ bahnt sich ihren Weg nicht nur durch ganz Frankreich, sie erreicht auch die Inseln der Antillen – wenngleich mit über 150-jähriger Verspätung durch Inkrafttreten der *Loi de départementalisation* im Jahre 1946. Wichtiger Initiator für die Verabschiedung des Gesetzes war Aimé Césaire, zu der Zeit noch Abgeordneter der Kommunistischen Partei Frankreichs, die sich – anders als heute – zur Ideologie der Assimilierung Martiniques an Frankreich bekannte.

Das Departementalisierungsgesetz markierte einen ersten Triumph der assimilationistischen Ideologie; der zweite folgte im Jahr 2010, wo sich rund 80% der Martiniquais im Rahmen einer Volksbefragung gegen einen Autonomiestatus der Insel entschieden.

Der rechte Flügel der assimilationistischen Parteien untersteht den politischen Ideologien des Wirtschaftsliberalismus und des Kapitalismus.

- *Fédération UMP de la Martinique* (gegründet 2006 und Nachfolgepartei des 1958 entstandenen gaullistischen Bündnisses Martiniques UNR)
- *Parti Régionaliste Martiniquais* (PRM, gegründet 2010)
- *Forces Martiniquaises de Progrès* (FMP, gegründet 1998)
- *Parti Osons Oser* (OO, gegründet 2000)
- *Mouvement Démocrate de la Martinique* (MoDem, gegründet 2009)

Der linke Flügel der assimilationistischen Parteien orientiert sich an den Idealen des demokratischen Sozialismus sowie am sozialen Liberalismus.

- *Fédération Socialiste de la Martinique* (FSM, in der Tradition der ersten *Fédération locale du Parti Socialiste en Martinique* von 1901)
- *Renouveau Martinique* (RM, gegründet 1982)
- *Mouvement Populaire Franciscain* (MPF, gegründet 1982)
- *Mouvement Libéral Populaire* (MLP, gegründet 1992)

5.3.2.2 Autonomistische Gruppierungen

Die Autonomisten bekräftigen – im Gegensatz zu den Assimilationisten – die eigene Geschichte, Sprache, Kultur und Identität der Martiniquais. Gründerväter der martinikanischen Autonomiebewegung sind der Philosoph René Ménil und nach seinem Ausstieg aus der Kommunistischen Partei der bereits erwähnte Aimé Césaire.

- *Parti Progressiste Martiniquais* (PPM), gegründet 1958 von Césaire;
Artikel 3 des Parteistatuts¹⁷ definiert den PPM wie folgt:
« **le PPM est un parti nationaliste, démocratique et anticolonialiste, inspiré de l'idéal socialiste**...il entend dès maintenant, préparer le peuple martiniquais à assumer la responsabilité des décisions sur le plan politique, économique et social, sur le plan culturel, axer ses efforts sur le développement de la personnalité martiniquaise ».

1967 griff Césaire erstmals die Forderung nach mehr Autonomie auf¹⁸:

« Cette indispensable conquête du pouvoir politique par le peuple martiniquais, nous, le PPM, nous pensons qu'elle ne peut se faire par **l'accession de la Martinique à l'autonomie dans l'ensemble français...tout en restant dans le cadre français**, nous entendons pouvoir prendre librement les décisions qui nous concernent au premier chef en tant que martiniquais et exécuter nous-mêmes ces décisions...par conséquent nous préconisons dès maintenant l'institution d'une assemblée délibérante martiniquaise souveraine dans un certain nombre de domaines lesquels sont à délimiter, et d'un exécutif martiniquais ».

Der PPM ist seit den Regionalwahlen von 2010 und den Kantonalwahlen 2011 stimmenstärkste politische Partei Martiniques.

- *Rassemblement Démocratique Martiniquais* (RDM, gegründet 2006)
- *Parti Communiste Martiniquais* (PCM, 1957 erfolgte die formale Trennung von der PCF, aktuell die älteste politische Partei Martiniques, marxistisch)
- *Bâtir le Pays Martinique* (BPM, gegründet 1998, post-marxistisch)

PPM und PCM fordern mehr Autonomie „*dans le cadre politique de la France, mais avec des droits adaptés à la situation géographique des Antilles et au caractère particulier du peuple martiniquais.*“ (Kremnitz in *Quo vadis Romania?*, 1998/99, 109).

¹⁷ <http://www.ppm-martinique.fr/a-propos/>

¹⁸ *Ibid.*

5.3.2.3 Independentistische Bewegungen: Separatisten

Erst in jüngster Vergangenheit der Geschichte von *Martinique* lassen sich tatsächlich Unabhängigkeitsbewegungen feststellen, die in engem Zusammenhang mit dem Dekolonisierungsprozess in Afrika stehen.

Mit der Gründung des PPM forderte Césaire eine interne Unabhängigkeit von Frankreich, betonte die kollektive Identität seiner Heimat und ließ seine Anhänger von einer eigenen Nation träumen.

Die Separatisten (in erster Linie linke und extrem linke Gruppierungen) machen einen Schritt weiter als Césaire und gehen davon aus, dass die Martiniquais ein von den Franzosen differenziertes Volk bilden. Daher müsse Martinique eine souveräne Nation mit Recht auf Selbstbestimmung werden.

Ähnliche Entwicklungen konnte man auch in den anderen ehemaligen Kolonien Guadeloupe und Französisch-Guyana beobachten. Seit den 1980er bis Anfang der 1990er Jahre gibt es in allen DROM Unabhängigkeitsbewegungen, die sich in ihrer radikalsten Form in Bombenanschlägen sowie Attentaten terroristischer Gruppierungen gegen Symbole des französischen Staates auf Martinique (wie etwa Justizpalast, Appellationsgerichtshof, Präfektur und französische Unternehmen) artikulieren und eine vollständige Trennung von Frankreich fordern. Während der letzten Jahrzehnte wurden diese Autonomiebestrebungen zu einem fixen Bestandteil des tagespolitischen Geschehens in den DROM, die Separatisten repräsentieren eine auf Martinique nicht vernachlässigbare politische Kraft, wenngleich in der Rolle der Opposition und als Partei vieler Protestwähler (der Wunsch nach vollständiger Sezession von Frankreich wurde in großen Teilen der Inselbevölkerung durch soziale und wirtschaftliche Fortschritte schwächer). Wichtige separatistische Gruppierungen sind:

- *Mouvement Indépendantiste Martiniquais* (MIM, gegründet 1978)
- *Mouvement des Démocrates et Écologistes pour une Martinique Souveraine* (MODEMAS, gegründet 1992)
- *Parti pour la Libération de la Martinique* (PALIMA, gegründet 1999)
- *Conseil National des Comités Populaires* (CNCP, gegründet 1983)

Momentan genießt Martinique aus rechtlicher Perspektive denselben vollintegrierten Status wie alle anderen Départements Frankreichs – und ist daher auch Mitglied der Europäischen Union sowie der europäischen Währungsgemeinschaft. Somit ist die Gesetzgebung den örtlichen Gegebenheiten und Differenzen der DROM, auch im kultur- und sprachpolitischen Bereich, nur in geringem Ausmaß angepasst (siehe Kapitel 7).

5.4 Jüngste Entwicklungen des rechtlichen Status Martiniques

5.4.1 Massenunruhen im Februar 2009

Aufgrund des hohen Unzufriedenheitsgrades bezüglich der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Situation (hohe Arbeitslosenrate, hohes Preisniveau und geringe Löhne) kam es im Februar 2009 zu Massenunruhen auf den französischen Antillen. Ihren Anfang nahmen die Aufstände in Guadeloupe, eine Woche später „schwappten“ sie auf Martinique über, wo der am 5. Februar 2009 begonnene Generalstreik gegen die teuren Lebensumstände auf Martinique die Öffentlichkeit und Tagespolitik dominierte. Schulen blieben geschlossen, ebenso viele Verwaltungsorgane und große Warenhandelsketten. Einkaufs- und Industriezonen sowie der Hafen der Hauptstadt Fort-de-France wurden durch LKWs blockiert und somit sämtliche wirtschaftliche Aktivitäten gelähmt.

Nachdem die dreiwöchigen Verhandlungen ohne konkrete Maßnahmen zu versanden drohten, erlebte Fort-de-France zwei Nächte voller Brutalität und gewalttätiger Ausschreitungen; etwa fünfzig Geschäfte wurden geplündert, mehrere Autos in Brand gesetzt, verummte Jugendliche lieferten sich Straßenschlachten und Schusswechsel mit der Exekutive, zwei Polizisten wurden verletzt, rund 100 Personen festgenommen und etliche Waffen sichergestellt. Um weitere gewaltvolle Ausschreitungen zu verhindern und die Massenunruhen einzudämmen, forderte man zusätzliche Exekutivbeamte aus Paris an.

Die Situation begann sich erst am 20. Tag des Generalstreiks zu entspannen; die Bewegung versammelte sich als Kollektiv unter dem Namen „*du 5 février*“ und vereinte rund vierzig Organisationen, vor allem Gewerkschaftsvertreter der Arbeiter und Angestellten sowie des Bildungsbereichs, Umweltaktivisten, Feministinnen, Künstler, Konsumentenvertreter, Transporteure, Landwirte und Handwerker. Sie erstellten drei Forderungen: die Preissenkung lebensnotwendiger Produkte (manche waren dreimal so teuer als im Hexagon), die Preissenkung diverser Serviceleistungen (z.B. im Banken- und Versicherungssektor sowie im Bereich der Telefonie und Telekommunikation) und eine Erhöhung des Monatseinkommens um 354 Euro.

Die Bewegung erfreute sich großer Popularität und konnte viele tausende Martiniquais (Schätzungen zufolge bis zu 30.000 Menschen) mobilisieren und motivieren, tagtäglich auf die Straßen von Fort-de-France zu gehen¹⁹.

¹⁹ vgl. <http://www.liberation.fr/politiques/0101354298-escalade-a-la-martinique>

Bei seinem Besuch auf den Antillen im Juni 2009 versprach der damalige Staatspräsident Nicolas Sarkozy den Martiniquais ein Referendum über mögliche Veränderungen des verfassungsrechtlichen Status der Insel²⁰.

«Je suis venu vous annoncer clairement que j'ai l'intention de consulter les Martiniquais sur l'évolution institutionnelle de leur territoire comme la Constitution m'y autorise», a-t-il déclaré.

«Les Martiniquais seront libres de choisir en leur âme et conscience le chemin qu'ils souhaitent emprunter,» a ajouté le chef de l'Etat.

«Tant que je serai président de la République la question de l'indépendance de la Martinique, c'est à dire de sa séparation d'avec la France ne sera pas posée», a-t-il toutefois dit.

«Le débat dont nous parlons n'est pas celui de l'indépendance (...) le débat qui est ouvert est celui du juste degré d'autonomie, celui de la responsabilité, celui de l'équation unité-singularité», a-t-il affirmé.

5.4.2 Zwei Referenden im Jänner 2010

Seit 1982 regelt Artikel 73 der Französischen Verfassung²¹ den rechtlichen Status Martiniques als DROM, nun sollte darüber entschieden werden, ob eine Ausdehnung der Autonomie im Sinne des Artikel 74 der Verfassung²² für die Martiniquais im Frage käme.

Article 73

Dans les départements et les régions d'outre-mer, les lois et règlements sont applicables de plein droit. Ils peuvent faire l'objet d'adaptations tenant aux caractéristiques et contraintes particulières de ces collectivités.

Ces adaptations peuvent être décidées par ces collectivités dans les matières où s'exercent leurs compétences et si elles y ont été habilitées selon le cas, par la loi ou par le règlement.

²⁰ <http://www.liberation.fr/politiques/0101576439-sarkozy-propose-un-referendum-sur-l-autonomie-en-martinique>

²¹ <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000571356&dateTexte=vig> (ausgewählte Gesetzespassage)

²² Article 74

Les collectivités d'outre-mer régies par le présent article ont un statut qui tient compte des intérêts propres de chacune d'elles au sein de la République.

Ce statut est défini par une loi organique, adoptée après avis de l'assemblée délibérante [...]

Les autres modalités de l'organisation particulière des collectivités relevant du présent article sont définies et modifiées par la loi après consultation de leur assemblée délibérante.

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000571356&dateTexte=vig> (ausgewählte Gesetzespassage)

Par dérogation au premier alinéa et pour tenir compte de leurs spécificités, les collectivités régies par le présent article peuvent être habilitées, selon le cas, par la loi ou par le règlement, à fixer elles-mêmes les règles applicables sur leur territoire, dans un nombre limité de matières pouvant relever du domaine de la loi ou du règlement.

Ces règles ne peuvent porter sur la nationalité, les droits civiques, les garanties des libertés publiques, l'état et la capacité des personnes, l'organisation de la justice, le droit pénal, la procédure pénale, la politique étrangère, la défense, la sécurité et l'ordre publics, la monnaie, le crédit et les changes, ainsi que le droit électoral. Cette énumération pourra être précisée et complétée par une loi organique.

Am 10. Jänner 2010 wurde mittels Volksabstimmung folgende Frage **«Approuvez-vous la transformation de la Martinique en une collectivité d'outremer régie par l'article 74 de la Constitution, dotée d'une organisation particulière tenant compte de ses intérêts propres au sein de la République?»** von 79,3% der Martiniquais verneint, und das bei einer Wahlbeteiligung von 55,3% der 296.800 Wahlberechtigten²³.

Trotz ihrer Unzufriedenheit mit dem Status quo sprachen sich die Martiniquais (möglicherweise aufgrund von Befürchtungen, ihre Situation könnte sich noch weiter verschlechtern) gegen eine verfassungsrechtliche Veränderung aus.

Bereits zwei Wochen später wurde erneut ein Referendum abgehalten – diesmal mit folgender Frage: **«Approuvez-vous la création d'une collectivité unique exerçant les compétences dévolues au département et à la région tout en demeurant régie par l'article 73 de la Constitution?»**²⁴.

Das Ergebnis brachte mit 68,3% (allerdings bei einer verglichen mit der vorangegangenen Abstimmung geringeren Wahlbeteiligung von 35,8%) ein klares Ja zur Schaffung eines einzigen Kollektivs im Sinne einer effizienteren Verwaltung Martiniques. Lehnte man einen Statuswandel in Richtung mehr Autonomie mit deutlicher Mehrheit ab, so stimmte man jetzt für eine institutionelle Weiterentwicklung im Rahmen des Artikel 73 der Französischen Verfassung. Konkret sollte es zur Abschaffung der beiden Gremien *Conseil Régional* und *Conseil Générale* kommen, die durch eine *Assemblée (unique) de Martinique* mit einem *Conseil exécutif* als ausführendem Organ ersetzt werden.

Der aktuelle Status einer *Région monodépartementale* sowie die *identité législative* mit der Französischen Republik werden auch nach der Zusammenlegung von regionalem und departementalen Repräsentationsorgan beibehalten und gewahrt (vgl. Hartl/Redl in *Quo vadis, Madinina?*, 2011, 34).

²³ vgl. <http://www.liberation.fr/politiques/0101615401-guyane-et-martinique-votent-sur-leur-statut>

²⁴ vgl. <http://www.liberation.fr/politiques/0101615552-guyane-et-martinique-votent-sur-leur-statut>

5.4.3 Kantonalwahlen im März 2011

Die beiden Referenden von 2010 bestimmten auch den Wahlkampf sowie den Ausgang der Kantonalwahlen vom 14. und 21. März 2011.²⁵

Serge Letchimy, Abgeordneter des autonomistischen PPM und seit 26. März 2010 Präsident des *Conseil Régional*, forderte seine Wähler bei der ersten Volksabstimmung zu einem Nein, bei der zweiten zu einem Ja auf. Mit 63,4% aller Stimmen konnte er sich bei den Kantonalwahlen 2011 gegen den Separatisten Alfred Marie-Jeanne vom MIM (29,3%) durchsetzen.

5.4.4 Zukunftsmusik im Jahr 2014 – *collectivité territoriale unique*

Im Zuge der von Sarkozy 2008 eingeleiteten Reform der kollektiven Territorien Frankreichs soll nun auch als Konsequenz des positiven Ergebnisses beim zweiten Referendum von 2010 die Fusion von regionalem und departementalem Repräsentationsorgan zu einer *collectivité territoriale unique* umgesetzt werden. Das entsprechende Gesetz dazu, *la Loi n° 2011-884 du 27 juillet 2011 relative aux collectivités territoriales de Guyane et de Martinique*, wurde bereits im Juli 2011 von der Französischen Nationalversammlung sowie dem Senat verabschiedet und sollte im März 2014 realpolitisch umgesetzt werden. Die Karibikinsel werde eine eigene *Assemblée de Martinique* mit 51 Abgeordneten (auf sechs Jahre gewählt und wiederwählbar), einen *Conseil exécutif* mit 9 Mitgliedern und einen *Conseil économique, social et environnemental* bekommen.

Im allgemeinen französischen Sprachgebrauch werden die neuen Verwaltungseinheiten nunmehr als *Collectivité d'outre-mer* (COM) bezeichnet.

²⁵ Offizielles Wahlergebnis zu finden auf der Homepage des Französischen Innenministeriums: http://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Regionales/elecresult__regionales_2010/%28path%29/regionales_2010/002/002.html

In der Tat, die Sprache der Republik ist das Französische, welches unter allen Umständen benutzt werden soll. Jedoch bereits vor dieser Verfassungsänderung von 1992 war Französisch die einzig offizielle Sprache – diese Tatsache war so evident, dass man es nicht für notwendig erachtete, dies extra in einem Gesetz zu betonen.

Auslöser für eine erneute Debatte um den Status des Französischen und Hintergrund für den Verfassungszusatz war der Erlass der *Charte européenne des langues régionales ou minoritaire*²⁸ am 29. Juni 1992 durch den Europarat. Von 47 Mitgliedstaaten des Europarats ratifizierten 25 Staaten die Charta (darunter Österreich, wo sie seit 1. Oktober 2001 in Kraft ist), 8 Staaten unterzeichneten die Charta, jedoch ohne sie zu ratifizieren – darunter auch Frankreich.

Nach langem Ringen signierte Frankreichs Präsident Jacques Chirac im Jahr 1999 die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen, ihre Ratifizierung scheiterte jedoch am Urteil des *Conseil Constitutionnel*, der die Präambel der Charta als verfassungswidrig beurteilte und die Verwendung von Regionalsprachen in der Verwaltung nicht akzeptierte, ihre Daseinsberechtigung im Bildungswesen und in den Medien aber bekräftigte.

„Hauptproblem ist der Artikel 2 der frz. Verfassung: „La langue de la République est le français“. In der Präambel der ECRM heißt es jedoch: „Le droit de pratiquer une langue régionale ou minoritaire dans la vie privée et publique constitue un droit imprescriptible“.
(Reutner, 2005, 69)

Die Diskussion um die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen blieb dennoch nicht folgenlos; eine Auswirkung war die Kompetenzerweiterung der *Délégation générale à la langue française et aux langues de France*²⁹ (kurz DGLFLF) um den Aufgabenbereich der Förderung von Mehrsprachigkeit in Frankreich.

²⁸ <http://conventions.coe.int/treaty/fr/Treaties/Html/148.htm>

²⁹ Im Jahr 1966 wurde das *Haut Comité pour la Défense et l'Expansion de la Langue Française* als sprachpflegerische Institution von Premierminister Georges Pompidou gegründet, 1984 durch zwei neue Organe, *Comité consultatif* und *Commissariat général*, die dem Ministerium für Frankophonie unterstellt waren, ersetzt, diese wiederum ihrerseits im Jahr 1989 durch den *Conseil supérieur de la langue française et la Délégation générale à la langue française* (kurz DGLF) abgelöst und 1993 dem französischen Kulturministerium zugeordnet; 2001 erfolgte die letzte Umbenennung der DGLF in *Délégation générale à la langue française et aux langues de France*, um der sprachlichen Diversität Frankreichs Anerkennung zu zollen.
Vgl. <http://www.dglf.culture.gouv.fr>

6.2 Sprach- und Kulturpolitik Frankreichs: 16. bis 19. Jahrhundert

6.2.1 Von Ablehnung zu erster Toleranz: *Ordonnance de Villers-Cotterêts* (1539)

Während sich der französische Staat bis heute weigert, seine Regional- und Minderheitensprachen offiziell in der Verfassung anzuerkennen, musste man sich im 16. Jahrhundert noch mit der starken Präsenz des Latein als Gelehrtensprache befassen; im Jahr 1539 erließ *François I* die *Ordonnance de Villers-Cotterêts* (gegenwärtige Gültigkeit!) als erste legislative Maßnahme im Rahmen der Emanzipation des Französischen gegenüber dem Latein (vgl. Reutner, 2005, 64). Bei der Eroberung der Antilleninseln 1635 durch westfranzösische Kolonialisten war die französische Sprache noch eine von vielen Varietäten im Mutterland Frankreich.

Das 1539 erlassene Edikt besagte zwar die Verwendung des Französischen für königliche Dekrete und andere juristische Akte – und verlieh ihm dadurch eine gewisse Legitimität – die Texte wurden anschließend aber immer in die entsprechenden Regionalsprachen übersetzt, d.h. deren Gebrauch wurde lediglich implizit verboten.

Mit der Gründung der *Académie française* im Jahr 1635 unter Kardinal Richelieu wollte man die soziale und kulturelle Vereinheitlichung Frankreichs vorantreiben und die Machtposition des Französischen weiterausbauen und stärken. Der normative Druck der französischen Sprachpolitik erreichte die Kolonien jenseits des Atlantiks aber nicht.

6.2.2 *Rapport du Comité de salut public sur les idiomes* (1794)

Erst die (sprach)politischen Interessen der Französischen Revolution 1789 gelangten auch auf die französischen Inseln der Antillen. Mit dem revolutionären Gedankengut wurden die *patois* (Regionalsprachen und Dialekte) explizit als Relikte des Feudalsystems des *Ancien Régime* und damit als Sprachen der Feinde der einen, unteilbaren Republik³⁰ erklärt.

³⁰ Französische Verfassung vom 3.9.1791: Article premier. Le royaume est un et indivisible ; <http://mjp.univ-perp.fr/france/co1791.htm>

Am 27. Jänner 1794 erklärte Bertrand Barère de Vieuzac als Mitglied des *Comité de salut public* in seiner Rede „*sur les idiomes*“³¹ vor dem Nationalkonvent:

« Je viens appeler aujourd'hui votre attention sur la plus belle langue de l'Europe, celle qui, la première, a consacré franchement les droits de l'homme et du citoyen, celle qui est chargée de transmettre au monde les plus sublimes pensées de la liberté et les plus grandes spéculations de la politique. [...]

Le fédéralisme et la superstition parlent bas-breton ; l'émigration et la haine de la République parlent allemand ; la contre-révolution parle l'italien, et le fanatisme parle le basque. Cassons ces instruments de dommage et d'erreur. [...]

Laisser les citoyens dans l'ignorance de la langue nationale, c'est trahir la patrie; [...]

Citoyens, la langue d'un peuple libre doit être une et la même pour tous. [...]

Donnons donc aux citoyens l'instrument de la pensée publique, l'agent le plus sûr de la révolution, le même langage. »

Zum einen wurden die *patois* als kontrarevolutionär, weil den Prinzipien der Revolution „*liberté, égalité, fraternité*“ widersprechend, eingestuft, zum anderen als monarchistisch und undemokratisch angeprangert, da nur Frankophone an der Demokratie partizipieren könnten. Darüberhinaus wurde die Aufrechterhaltung der Sprachenvielfalt sehr bald als nicht praktikabel bewertet, da die Übersetzung aller Gesetzestexte in die unterschiedlichen Regionalsprachen Frankreichs zu teuer wurde (vgl. Reutner, 2005, 64).

6.2.3 Rapport de l'Abbé Grégoire (1794)

In Folge schrieb Henri Jean-Baptiste Grégoire, besser bekannt als *l'Abbé Grégoire*, in seinem am 4. Juni 1794 veröffentlichten *Rapport sur la nécessité et les moyens d'anéantir le patois, et d'universaliser l'usage de la langue française*³² :

« On peut assurer sans exagération qu'**au moins six millions de Français, surtout dans les campagnes, ignorent la langue nationale** ; qu'un nombre égal est à peu près incapable de soutenir une conversation suivie ; qu'en dernier résultat, **le nombre de ceux qui la parlent n'excède pas trois millions**, et probablement le nombre de ceux qui l'écrivent correctement encore moindre.

Ainsi, avec trente patois différents, nous sommes encore, pour le langage, à la tour de Babel, tandis que, pour la liberté, nous formons l'avant-garde des nations. [...]

³¹ <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/francophonie/barere-rapport.htm>

³² <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/francophonie/gregoire-rapport.htm>

Mais au moins on peut **uniformer le langage d'une grande nation**, de manière que tous les citoyens qui la composent puissent sans obstacle se communiquer leurs pensées. Cette entreprise, qui ne fut pleinement exécutée chez aucun peuple, est digne du peuple français, qui centralise toutes les branches de l'organisation sociale et qui doit être jaloux de consacrer au plûtôt, **dans une République une et indivisible, l'usage unique et invariable de la langue de la liberté.** »

Bezüglich der Sprachsituation in den französischen Kolonien äußerte sich Grégoire wie folgt:

« **Enfin les nègres de nos colonies, dont vous avez fait des hommes, ont une espèce d'idiome pauvre** comme celui des Hottentots, comme la langue franque, qui, dans tous les verbes, ne connaît guère que l'infinif. »

Während die Regional- und Lokalsprachen Frankreichs pejorativ als „*patois*“ konstatiert wurden, fand man für die Sprachen der „Neger in unseren Kolonien“ nur die Bezeichnung „*espèce d'idiome pauvre*“, also eine minderwertige Form einer Mundart – keine Sprache, nicht mal ein richtiger Dialekt, denn die Verbalformen kennen nur den Infinitiv, vergleichbar mit der *lingua franca*³³.

6.2.4 Erziehungswesen in der Kolonialzeit

Mit der sich durchsetzenden zentralistischen Konzeption des französischen Staates verfolgte man auch im Bereich der Bildungspolitik das Ziel, die Regionalsprachen aus dem Schulunterricht zu verbannen und das Französische zu stärken. Die Sicherung der nationalen Identität und die Herstellung seiner sprachlichen Einheit waren oberste Maxime.

Der Schulbesuch blieb der farbigen Bevölkerung der Französischen Antillen lange Zeit verwehrt. Die Sklaven hatten nicht das Recht auf Schulbesuch, man fürchtete, dass gebildete Sklaven das System gefährden hätten können.

Erst ein Dekret vom 5. Jänner 1840 gab den Sklaven das Recht auf Primärunterricht und religiöse Unterweisung, beides sollte ab dem Alter von vier Jahren in kostenlosen Schulen abgehalten werden, wenn nötig könnte ein Lehrer aber auch auf die Plantagen

³³ Die ursprüngliche Bedeutung der *lingua franca* (Ital. - „fränkische Sprache“) bezieht sich auf eine bestimmte Pidgin-Sprache, die bis ins 19. Jahrhundert an der Süd- und Ostküste des Mittelmeers als Handels- und Verkehrssprache verwendet wurde. Sie basierte auf romanischen Sprachen, aber enthielt Elemente nichtromanischer Sprachen, hauptsächlich des Arabischen. Heutzutage wird der Begriff *lingua franca* als Bezeichnung für eine Sprache verwendet, die von Sprechern verschiedener Muttersprachen als gemeinsame Verkehrssprache genutzt wird. Englisch ist heute eine klassische *lingua franca*.
(<http://www.ikud.de/Lingua-franca.html>)

kommen, um dort zu unterrichten. Während die religiöse Unterweisung vor allem als Kontrollinstrument über die Sklaven benutzt wurde, kamen hauptsächlich befreite Farbige in den Genuss von Schulbildung (vgl. Reutner, 2005, 53).

Auch nach der Abschaffung der Sklaverei im Jahr 1848 verbesserte sich die Situation der Farbigen bezüglich des Schulunterrichts nur langsam. Die republikanische Partei vertrat die Interessen der Unter- und Mittelschicht und kämpfte für eine Assimilation an Frankreich sowie die Laisierung des Schulwesens. Sie trat gegen die vom Klerus unterstützten konservativen Kräfte, vor allem gegen Weiße und deren Anliegen einer elitären Schulbildung, auf (vgl. Reutner, 2005, 53).

Die soziale Realität ermöglichte nicht allen Kindern den Schulbesuch, im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen laut Aufzeichnungen aber immer mehr Kinder in den Genuss von Bildung. *„Manche Zeitzeugen berichten, dass die in Freiheit entlassenen Sklaven besonders eifrig die Schule besuchen.“* (Reutner, 2005, 54).

In den Jahren 1879 bis 1886 kam es in Frankreich zum Erlass diverser Schulgesetze unter dem damaligen Bildungsminister; *les Lois scolaires de Jules Ferry* lassen sich mit den drei Schlagworten „*gratuité, obligation, laïcité*“ zusammenfassen. Um die Ausbildung laizistischer Grundschullehrer zu gewährleisten, gründete Ferry die *Écoles normales primaires* (*Loi du 9 août 1879 sur l'établissement des écoles normales primaires*) und schloss die Kirche aus dem Obersten Rat für das Staatliche Bildungswesen aus (*Loi du 27 février 1880 relative au Conseil supérieur de l'instruction publique et aux conseils académiques*). Die Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs wurde im Juni 1881 mit der *Loi du 16 juin 1881 établissant la gratuité absolue de l'enseignement primaire dans les écoles publiques* verabschiedet, die Schulpflicht für Kinder beider Geschlechter zwischen 6 und 13 Jahren sowie die religiöse Neutralität des Staates im März 1882 (*Loi du 28 mars 1882 sur l'enseignement primaire obligatoire*).³⁴

Nun erreichten die Lehrpläne und Unterrichtsmethoden des Hexagons allmählich auch die französischen Kolonien in der Karibik. Ohne Berücksichtigung regionaler Besonderheiten wurden die Kinder im Sinne der jakobinischen Ideologie der Dritten Republik unterrichtet.

³⁴ Die hier zitierten Gesetzestexte finden sich auf der Homepage des Französischen Senats: <http://www.senat.fr/evenement/archives/D42/index.html>

Eine Assimilation der Kolonien an das französische System wurde nicht nur von offizieller Seite vorangetrieben, auch den ehemaligen Sklaven lag viel an einer Angleichung an die französische Sprache und Kultur, hofften sie auf Aufstiegschancen innerhalb der Inselgesellschaft (vgl. Reutner, 2005, 54).

Um eine bessere Vorstellung der damaligen Situation zu erhalten, ist folgende Beschreibung sehr passend:

« Pour une illustration de la Martinique coloniale post-esclavagiste et de la situation de l'enseignement à cette époque, nous renvoyons au film *Rue Cases Nègres*³⁵ d'après le roman du même nom de Joseph Zobel. Ce film donne surtout une bonne compréhension du rôle du *kréyol martinik* en contexte scolaire aux années 1930. Une grand-mère fait tout pour que son petit fils puisse continuer à fréquenter l'école afin de lui permettre une vie meilleure. Elle a beau ne pas maîtriser la langue française, elle interdira à son petit fils de s'adresser à elle en *kréyol martinik*. » (Bildstein, 2008, 57)

6.3 Regionalsprachgesetzgebung Frankreichs im 20. Jahrhundert mit Fokus auf dem Schulwesen

Nach dem Departementalisierungsprozess von 1946 (siehe 5.1.1) wurde das Bildungswesen in Frankreich rasch demokratisiert. Die Einschulungsquote nahm zu und damit auch die Probleme, die sich aus dem massiven Zustrom von Schülern aus sozial niedrigeren Gesellschaftsschichten ergaben.

Der GEREC-F (siehe Exkurs GEREC-F) meinte dazu 1982 folgendes:

« Un enseignement conçu dans la période précédente pour un public où les classes privilégiées étaient numériquement majoritaires est reconduit avec des retouches superficielles. Il s'ensuit une déperdition qualitative considérable. La baisse du niveau s'accuse alors que le français touche objectivement un nombre de plus en plus important d'élèves. L'école fabrique un nombre sans cesse croissant de déracinés parce qu'elle n'a pas su accomplir une mutation pédagogique à la mesure d'élargissement de la base culturelle de son public. » (Reutner, 2005, 54)

Die Aufgabe der Schule war nun in verstärktem Maße die Angleichung der ehemaligen Kolonien an die französische Kultur und die Förderung der Verbreitung der Nationalsprache.

³⁵ Die Autorin sah den Film im Rahmen der Lehrveranstaltung *Martinique: Sprache, Geschichte, Gesellschaft* bei Univ.-Prof. Dr. Georg Kremnitz im Sommersemester 2009.

Die Lehrpläne unterschieden sich nicht von denen des Hexagons, somit wurden vielen Schülern auf den Antillen fremde Unterrichtsinhalte, die an ihrer eigenen Lebenswelt völlig vorbeigehen (wie etwa die Geschichte, Geographie, Fauna und Flora sowie Wertesysteme) in einer fremden Unterrichtssprache (viele Kinder kamen ohne Französischkenntnisse in die Grundschule) beigebracht (vgl. Reutner, 2005, 54f.)

„Eine solche Abkoppelung der Curricula von den grundlegenden Alltagserfahrungen der Kinder führt dazu, dass der Schulunterricht häufig an der kulturellen Lebenswirklichkeit der Kinder vorbei geht.“
(Reutner, 2005, 55)

Exkurs: GERECE-F³⁶

Im Jahr 1975 gründete Jean Bernabé den GERECE (seit 2001 GERECE-F; *Groupe d'Études et Recherches en Espace Créolophone et Francophone*) als Forschungseinrichtung mit Schwerpunkt des Kreolischen (Sprache, Kultur und Bevölkerung) an der *Université des Antilles et de la Guyane* mit Sitz auf Martinique. Der GERECE-F ist Herausgeber der Zeitschriften *Espace Créole* und *Mofwaz*, erstellte 1982 ein Manifest mit dem Titel *Charte Culturelle Créole* und 1989 ein zweites namens *Éloge de la Créolité*. Die Gruppe publizierte ein *Dictionnaire élémentaire français-créole* (1992) und ein *Dictionnaire de proverbes créoles* (1984) sowie elf *Guides du CAPES de Créole*³⁷ (2000-2005).

Bannzil Kréyòl ist eine Vereinigung von *créolistes "natifs"*, die den jährlichen *Journée internationale du Créole* am 28. Oktober organisieren.

Weiters unterhält der GERECE-F das *Institut d'Études Créoles et Francophones* an der *l'Université de Provence et du CNRS (département des Sciences de l'Homme et de la Société)* angesiedelt in Aix-en-Provence und auf Réunion. Unter der Leitung von Marie-Christine Hazaël-Massieux befassen sich die (sozio)linguistischen Studien mit französisch basiertem Kreolisch.

³⁶ <http://www.le-creole.com/recherche-et-creole.htm> sowie
<http://www.potomitan.info/travaux/publications.htm>

³⁷ *CAPES de Créole* siehe 7.4

6.3.1 *Loi Deixonne* (1951) [außer Kraft]

Die *Loi n° 51-46 du 11 janvier 1951 relative à l'enseignement des langues et des dialectes locaux*³⁸, besser bekannt als *Loi Deixonne* (benannt nach ihrem Berichterstatter der parlamentarischen Kommission, Maurice Deixonne), war zum einen ein Sprachgesetz, zum anderen ein Schulgesetz und konstituierte eine erste rechtliche Anerkennung der Existenz von Regionalsprachen (in der Terminologie von lokalen Sprachen und Dialekten) in Frankreich.

Article 1^{er}

Le Conseil supérieur de l'Éducation nationale sera chargé dans le cadre et dès la promulgation de la présente loi, de rechercher les meilleurs moyens **de favoriser l'étude des langues et dialectes locaux dans les régions où ils sont en usage.**

Der Gesetzgeber gestattete den Grundschullehrern, lokale Sprachen und Dialekte im Unterricht zu verwenden, allerdings weniger um ihrer selbst willen als zum besseren Verständnis der Lehrinhalte sowie des Französischen.

Article 2

Des instructions pédagogiques seront adressées aux recteurs en vue **d'autoriser les maîtres à recourir aux parlers locaux dans les écoles primaires et maternelles** chaque fois qu'ils pourront en tirer profit pour leur enseignement, notamment **pour l'étude de la langue française.**

Pro Woche durfte jeder Lehrer eine Stunde für die Lektüre und Schreibweise sowie für ausgewählte Literaturstücke verwenden; der Unterricht war für die Schüler jedoch auf freiwilliger Basis.

Article 3

Tout instituteur qui en fera la demande pourra être autorisé à consacrer, **chaque semaine, une heure d'activités dirigées à l'enseignement de notions élémentaires de lecture et d'écriture du parler local** et à l'étude de morceaux choisis de la littérature correspondante.
Cet enseignement est facultatif pour les élèves.

³⁸ http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do;jsessionid=2FC26589805BFD3634A8F25CF95553B0.tpdjo09v_3?cidTexte=LEGITEXT000006068094&dateTexte=20000621

Die *Loi Deixonne* umfasste 1951 die vier Regionalsprachen Bretonisch, Baskisch, Katalanisch und Okzitanisch; 1974 wurde sie um Korsisch, 1981 um Tahitianisch und 1992 um einige melanesische Sprachen erweitert.

Article 10

Les articles 2 à 9 inclus de la présente loi seront applicables, dès la rentrée scolaire qui en suivra la promulgation, **dans les zones d'influence du breton, du basque, du catalan et de la langue occitane.**

Die Kreolsprachen blieben unerwähnt, dennoch war die *Loi Deixonne* ein erster Schritt Richtung Ausbau und Förderung von Regional- und Minderheitensprachen in Frankreich.

6.3.2 *Loi Haby* (1975) [außer Kraft]

Mitte der 1970er Jahre wurde die Schulverwaltung durch die *Loi no 75-620 du 11 juillet 1975 relative à l'éducation* ³⁹ (auch *Loi Haby*, benannt nach dem damaligen Erziehungsminister René Haby) verpflichtet, „den Unterricht auf Wunsch der Bevölkerung einzurichten, was den [...] Regionalsprachen zumindest einen bescheidenen Platz im französischen Unterrichtssystem zusichert“ (Reutner, 2005, 65).

Zudem wurde der Regionalsprachenunterricht von der Grundschule auf die gesamte Schulzeit ausgedehnt.

Article 12

Un enseignement des langues et cultures régionales peut être dispensé tout au long de la scolarité.

Ab 1975 wurde den Regionalsprachen offiziell per Gesetz, wenn auch anfangs in bescheidenem Maße, ein Platz im französischen Schulwesen zugesprochen.

³⁹ <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000334174&fastPos=1&fastReqlId=171589702&categorieLien=id&oldAction=rechTexte>

6.3.3 *Loi Bas-Lauriol* (1975) [außer Kraft]

Im selben Jahr wurde mit der *Loi n° 75-1349 du 31 décembre 1975 relative à l'emploi de la langue française* der Gebrauch von Anglizismen im Bereich der Werbung und bei Gebrauchsanweisungen eingeschränkt. Benannt nach den Abgeordneten Pierre Bas und Marc Lauriol enthielt die als Verbraucherschutzgesetz beschlossene *Loi Bas-Lauriol* zwar keine direkten Aussagen über Regional- und Minderheitensprachen, in der parlamentarischen Debatte rund um den Gesetzgebungsprozess kam es aber zu einer informellen Übereinkunft, sowohl den Unterricht als auch Radio- und Fernsehsendungen in den Regionalsprachen zu fördern.

6.3.4 *Circulaires Savary* (1982 – 1984)

Mit dem Sieg der Sozialisten bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 1981 und der daraus resultierenden Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Stichwort: Dezentralisierung siehe 5.2) kam es auch zu einer Aufwertung der Regionen und Regionalsprachen in Frankreich.

In seinem 1982 erstellten Bericht *Démocratie culturelle et droit à la différence* an den damaligen Kulturminister Jack Lang führte Henri Giordan eine Bestandsaufnahme der Situation der französischen Regionalsprachen durch und plädierte für deren Förderung, „um Fehler der Geschichte wieder gut zu machen, die Gefahr einer Radikalisierung der Minderheiten zu bannen und schließlich (das *Raisonnement* der Parti Socialiste 1981 wiederaufgreifend) um die französische Kultur gegen die Bedrohung durch die angloamerikanische zu stärken.“ (Reutner, 2005, 66). Es sollte zu einem Ausbau des Grundschulunterrichts bezüglich der einzelnen lokalen Varietäten der Regionalsprachen kommen sowie zu einer Stärkung und Verankerung im öffentlichen Leben (etwa zweisprachige Beschilderung und Ortstafeln, Verwendung im administrativen Bereich sowie im Bank- und Postwesen).

Die *Circulaires Savary* von Erziehungsminister Alain Savary, *la Circulaire n°82-261 du 21 juin 1982* « *L'enseignement des langues régionales dans le service public d'éducation nationale* » sowie *la Circulaire n°83-547 du 30 décembre 1983* « *Texte d'orientation sur l'enseignement des cultures et langues régionales* », sahen einen Entwurf eines Aktionsprogrammes des Regionalsprachenunterrichts in allen Schulstufen vor.

In der Grundschule und am *Collège* (Sekundarstufe I) könnten bis zu drei Wochenstunden für den Unterricht regionaler Sprachen und Kultur verwendet werden, am Lycée (Sekundarstufe II) könnte die Regionalsprache auch als zweite oder dritte Fremdsprache erlernt werden.

Die Philosophie hinter den *Circulaires* erklärte Savary wie folgt⁴⁰:

« La démarche à entreprendre à l'école primaire et aussi dans les autres enseignements part de la reconnaissance entière de la personnalité des régions.

Les cultures régionales doivent être des cultures pour aujourd'hui. C'est là qu'il ne peut y avoir prescription détaillée, programmation d'un projet qui pourrait être développé dans tous ses détails.

Une culture régionale contemporaine ne reniant rien de tous les acquis d'un passé est capable de porter l'enthousiasme de ceux qui bâtissent les régions d'aujourd'hui et pour une large part à édifier [...] (et) [...]

En redonnant espoir de vie et de cité aux cultures régionales, le Gouvernement ne craint nullement d'amoindrir l'appartenance à la grande nation et à sa culture.

La culture française est en réalité un tissu de toutes les cultures qui l'ont faite. »

Die Berücksichtigung von Regionalsprachen in der Schule war damit zwar in gewisser Weise von staatlicher Seite autorisiert, deren realpolitische Umsetzung hing jedoch sehr vom Ermessen des Rektors der jeweiligen Akademie sowie vom persönlichen Einsatz der Lehrer, Eltern und Schüler ab, da es an ihnen selbst lag, die Initiative zu ergreifen, entsprechende Lehrmaterialien zu suchen, Bücher ausfindig zu machen und einen Teil ihrer Freizeit für den Unterricht zu opfern. Von staatlicher Seite gab es nämlich keine offiziellen Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien, auf die die Lehrer in den Regionalsprachen zurückgreifen hätten können. Das Lehrpersonal musste also nicht nur die Schüler zu einem fakultativen Unterricht in den jeweiligen Regionalsprachen motivieren, auch Eltern und Kollegen wollten von der Sinnhaftigkeit eines Regionalsprachenunterrichts überzeugt werden (vgl. Reutner, 2005, 67).

⁴⁰ http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/france-3politik_minorites.htm

6.3.5 *Loi n°84-747 du 2 août 1984*

Kreolsprachen in den französischen Überseedepartements finden eine erste offizielle Anerkennung in der *Loi n° 84-747 du 2 août 1984 relative aux compétences des régions de Guadeloupe, de Guyane, de Martinique et de la Réunion*⁴¹, nachdem sie im *Rapport Giordan* von 1982 als zu schützende Minderheitensprachen erwähnt werden. Der jeweilige Conseil Régional wurde autorisiert, Schulunterricht regionaler Sprachen und Kultur auf freiwilliger Basis und nur zusätzlich zum Curriculum in den DROM anzubieten.

6.3.6 *Loi Toubon* (1995)

Wie der Titel bereits vermuten lässt richtet sich die *Loi n° 94-665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française*⁴², kurz genannt *Loi Toubon* nach dem damaligen *Ministre de la Culture et de la Francophonie* Jacques Toubon, in erster Linie gegen die Flut an Fremdwörtern, die vor allem aus dem angloamerikanischen Sprachraum in das Französische eindringen.

Article 1

Langue de la République en vertu de la Constitution, **la langue française est un élément fondamental de la personnalité et du patrimoine de la France.**

Elle est la langue de l'enseignement, du travail, des échanges et des services publics.

Elle est le lien privilégié des Etats constituant la communauté de la francophonie.

Nach der Verfassungsänderung von 1992, wo der Paragraph 2 um den Satz « La langue de la République est le français. » (siehe auch 6.1) erweitert wurde, findet sich nun also auch in der *Loi Toubon* eine Tendenz der Favorisierung und Vormachtstellung des Französischen. Gleichzeitig besagt sie aber, dass sich die Politik zum Schutz der Nationalsprache nicht gegen die Regionalsprachen richtet, was in gewisser Weise eine

⁴¹ http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do;jsessionid=C922027F29D7A532FEFAA72525AA1A33.tpdjo09v_3?cidTexte=JORFTEXT000000878215&dateTexte=20130125

⁴² <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000349929&fastPos=2&fastReqId=1619911934&categorieLien=cid&oldAction=rechTexte>

doch bedeutsame Toleranzpolitik den Regional- und Minderheitensprachen gegenüber darstellt.

Article 21

Les dispositions de la présente loi s'appliquent sans préjudice de la législation et de la réglementation relatives aux langues régionales de France et ne s'opposent pas à leur usage.

6.3.7 Bericht : *Les Langues de France* (1999)

Der Direktor des CNRS (Centre National de la Recherche Scientifique), Bernard Cerquiglini, wurde anlässlich der Debatte um die Ratifizierung der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen mit der Erstellung eines Berichts zur Lage der Sprachen Frankreichs⁴³ beauftragt und stellte in seinem *Les Langues de France : rapport au ministre de l'éducation nationale, de la recherche et de la technologie et à la ministre de la culture et de la communication* folgendes fest:

« Cette liste est longue : **75 langues**. Elle regroupe il est vrai des idiomes de statut sociolinguistique très divers. **Entre les créoles, langues régionales sans doute les plus vivantes, essentiellement parlées, pratiquées maternellement par plus d'un million de locuteurs, [...]**

Langues parlées par des ressortissants français sur le territoire de la République. [...]

Départements d'Outre-Mer

créoles à base lexicale française : martiniquais, guadeloupéen, guyanais, réunionnais. [...]»

Zum ersten Mal seit der Entstehung der Kreolsprachen in den DROM wurden sie in Cerquiglinis Bericht als eine von 75 Regionalsprachen mit über einer Million an aktiven Sprechern ausgewiesen.

⁴³ http://www.dgllf.culture.gouv.fr/lang-reg/rapport_cerquiglini/langues-france.html

Hier wurden nur die für die vorliegende Arbeit relevanten Passagen abgedruckt ; die vollständige Liste der 75 Sprachen Frankreichs findet sich im Anhang A.

7 Fin de millénaire : le tournant de la politique linguistique – Entwicklungen im Bildungsbereich mit Fokus auf Kreolisch

« Le créole est le moyen de communication de nos aïeux, il nous permet de replonger dans les traditions et cultures ancestrales. Je pense qu'il faudrait suivre la modernité, sans pour autant oublier nos racines. Étant donné que nous avons la chance d'apprendre cette langue et ses origines, il ne faut pas la gâcher. »

(Léna Cléry, 15 Jahre, in Reutner, 2005, 63)

7.1 Code de l'éducation (2000)

Im Jahre 2000 lancierte das französische Bildungsministerium einen *Code de l'éducation*⁴⁴, der in seinem legislativen Teil die Vielzahl der gültigen Gesetze im Bereich der Schulbildung subsumiert, seinerseits Rechtskraft besitzt und die Referenz bezüglich Gesetzesänderungen darstellt.

Der legislative Part vereint neun umfassende Themengebiete:

- Grundlegende Prinzipien der Bildung
- Administration des Schulwesens
- Organisation der Schulunterrichts
- Institutionelle Einrichtungen der Schulbildung
- Schulalltag
- Organisation des höheren Bildungswesens
- Institutionelle Einrichtungen des höheren Bildungswesens
- Universitäre Ausbildung
- Schulisches Personal

⁴⁴http://www.legifrance.gouv.fr/affichCode.do;jsessionid=CB28CF2D865C36A079CDF0C7A3A0606B.tpdjo09v_3?cidTexte=LEGITEXT000006071191&dateTexte=20130126 und <http://www.education.gouv.fr/cid2801/les-textes-officiels.html>

Der vierte Abschnitt des Regelwerks⁴⁵ befasst sich mit dem Unterricht bezüglich der Regionalsprachen und -kulturen.

Article L312-10

Un enseignement de langues et cultures régionales peut être dispensé tout au long de la scolarité selon des modalités définies par voie de convention entre l'Etat et les collectivités territoriales où ces langues sont en usage.

Le Conseil supérieur de l'éducation est consulté, conformément aux attributions qui lui sont conférées par l'article L. 231-1, sur les moyens de favoriser l'étude des langues et cultures régionales dans les régions où ces langues sont en usage.

Article L312-11

Les maîtres sont autorisés à recourir aux langues régionales dans les écoles primaires et maternelles chaque fois qu'ils peuvent en tirer profit pour leur enseignement, notamment pour l'étude de la langue française.

7.2 Loi d'Orientation pour l'outre-mer (2000)

Markanter Wendepunkt in Bezug auf die Gesetzgebung im Bereich der Regional- und Minderheitensprachen ist die *Loi n° 2000-1207 du 13 décembre 2000 d'Orientation pour l'outre-mer*⁴⁶ (kurz LOOM), die das legislative Vakuum im Hinblick auf die nationale Anerkennung der Kreolsprachen in den DOM-TOM (*Département d'outre-mer et territoire d'outre-mer*) ausfüllt.

In erster Linie handelt es sich um ein Gesetz zur Förderung der Wirtschaft in den DROM, zudem wird aber auch der Schutz und Respekt der traditionellen Kultur sowie die Aufrechterhaltung lokaler Praktiken in den Überseedepartements gesetzlich verankert (§33) (vgl. Reutner, 2005, 71).

⁴⁵ http://www.legifrance.gouv.fr/affichCode.do?sessionId=CB28CF2D865C36A079CDF0C7A3A0606B.tpdjo09v_3?idSectionTA=LEGISCTA000006182403&cidTexte=LEGITEXT000006071191&dateTexte=20130126

⁴⁶ <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000387814&fastPos=1&fastReqId=825501764&categorieLien=cid&oldAction=rechTexte>

Den Kreolsprachen wird erstmals der gesetzliche Status französischer Regionalsprachen im Sinne des linguistischen Nationalerbes (§34) zugestanden.

Article 33

L'Etat et les collectivités locales encouragent **le respect, la protection et le maintien des connaissances, innovations et pratiques des communautés autochtones et locales fondées sur leurs modes de vie traditionnels** et qui contribuent à la conservation du milieu naturel et l'usage durable de la diversité biologique.

Article 34

Les langues régionales en usage dans les départements d'outre-mer font partie du patrimoine linguistique de la Nation. Elles bénéficient du renforcement des politiques en faveur des langues régionales afin d'en faciliter l'usage. La loi n° 51-46 du 11 janvier 1951 relative à l'enseignement des langues et dialectes locaux leur est applicable.

Infolge der Anerkennung von Kreolsprachen als französische Regionalsprachen ergaben sich vor allem auf dem Sektor des Schulwesens einige wesentliche Veränderungen.

7.3 Adaption der Curricula Geschichte und Geographie

Mit dem *BO (Bulletin Officiel) n°8 du 24 février 2000*⁴⁷ wurde den lokalen Eigentümlichkeiten der DROM Rechnung getragen und die schulischen Lehrpläne der Fächer Geschichte und Geographie an die historische und geographische Realität sowie an das Umfeld der Schüler in den DROM angepasst.

« L'adaptation des programmes d'histoire et de géographie ne bouleverse pas l'architecture des textes actuellement en vigueur dont elle maintient l'essentiel des contenus. Les finalités de ces programmes, qui veulent aider les élèves à connaître et à comprendre le monde d'aujourd'hui, reposent sur des valeurs universelles, celles des Droits de l'homme, de la démocratie et de la République.

Cependant, construits en métropole, ils prennent prioritairement en compte son environnement européen. Enseigner ces programmes dans les Caraïbes ou au sud de l'océan Indien suppose que les élèves apprennent à se situer localement et régionalement et qu'ils soient conscients d'une histoire qui ne se confond pas toujours avec celle de la France.

⁴⁷ <http://www.education.gouv.fr/bo/2000/8/encart.htm>

Les principes qui ont guidé l'élaboration de ce texte sont simples. **Chaque fois que cela a paru nécessaire cette adaptation propose des développements qui, en géographie, doivent permettre aux élèves de se situer dans les territoires où ils vivent** : le département lui-même mais aussi l'espace caribéen, l'Amérique pour la Guadeloupe, la Guyane et la **Martinique** ; l'archipel des Mascareignes, l'océan Indien, l'Afrique australe pour la Réunion. **De même une étude de l'histoire et du peuplement des départements d'outre-mer doit permettre de mettre en perspective le passé. Il s'agit en somme d'aider les élèves à mieux comprendre qui ils sont et où ils vivent.** »⁴⁸

7.4 Einführung des CAPES im Jahr 2001

Während es die Durchführung eines Wettbewerbs um einen CAPES (*Certificat d'Aptitude au Professorat de l'Enseignement du Second degré*) für das Bretonische (seit 1986), das Korsische (seit 1990/91), das Okzitanische und Katalanische (seit 1992) sowie das Baskische (seit 1993) gibt, wurden die Kreolsprachen erst im Jahre 2001 aufgenommen.

Die Paragraphen 1&2 des *Arrêté du 9 février 2001 modifiant l'arrêté du 30 avril 1991 modifié fixant les sections et les modalités d'organisation des concours du certificat d'aptitude au professorat de l'enseignement du second degré*⁴⁹ nimmt Kreolisch in den Kreis der Regionalsprachen auf, in denen ein CAPES erworben werden kann.

Art. 1er. - A l'article 1er de l'arrêté du 30 avril 1991 susvisé, les termes : « Section langues régionales : basque, breton, catalan, occitan-langue d'oc » sont remplacés par les termes: « Section langues régionales : basque, breton, catalan, **créole**, occitan-langue d'oc ».

Art. 2. - L'annexe I de l'arrêté du 30 avril 1991 susvisé relative aux épreuves du **concours externe du certificat d'aptitude au professorat de l'enseignement du second degré (CAPES)** est modifiée ainsi qu'il suit en ce qui concerne la section « langues régionales : basque, breton, catalan, occitan-langue d'oc » ;

I. - L'intitulé de cette section est remplacé par l'intitulé ci-après : « Section langues régionales : basque, breton, catalan, **créole**, occitan-langue d'oc »

⁴⁸ <http://cms.ac-martinique.fr/discipline/histgeo/articles.php?lng=fr&pg=25>

⁴⁹ <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000587373&fastPos=21&astReqId=659221303&categorieLien=id&oldAction=rechTexte>

7.5 BO n°33 du 13 septembre 2001 « Langues et cultures régionales »

Der BO n°33 du 13 septembre 2001 « Langues et cultures régionales »⁵⁰ gliedert sich in folgende Abschnitte:

- Création d'un conseil académique des langues régionales
- Mise en place d'un enseignement bilingue en langues régionales soit dans les écoles, collèges et lycées "langues régionales", soit dans des sections "langues régionales" dans les écoles, collèges et lycées
- Développement de l'enseignement des langues et cultures régionales à l'école, au collège et au lycée
- Modalités de mise en œuvre de l'enseignement bilingue à parité horaire
- Mise en œuvre de l'enseignement bilingue par immersion dans les écoles et établissements "langues régionales"

Als eine weitere Konsequenz der LOOM eröffnet der Gesetzgeber die Möglichkeit, *„Regionalsprachen im Rahmen eines zweisprachigen Schulzweigs anzubieten, wodurch die Minderheitensprachen von ihrem Status als unterrichtete Sprachen zu Unterrichtssprachen aufrücken.“* (Reutner, 2005, 72).

Man verknüpfte damit folgende Hoffnungen:

„Durch den häufigen Gebrauch der Regionalsprache in der Schule sollen in erster Linie die Kenntnisse der Schüler in der jeweiligen Regionalsprache und der damit verbundenen Kultur gestärkt werden. Da viele Regionalsprachen grenzüberschreitend gesprochen werden, ginge es aber auch um eine Förderung der im Zuge eines Europas der Regionen geforderten transnationalen Verständigung. Angesichts der sprachlichen Verwandtschaft verschiedener Regionalsprachen mit Fremdsprachen könne zudem deren Erlernen erleichtert werden.“ (Reutner, 2005, 72)

Grundsätzlich eröffnete der Gesetzgeber zwei Möglichkeiten, National- und Regionalsprache in den Schulunterricht einzubinden. Bei der ersten Methode können auf beide Sprachen gleich viele Stunden entfallen (*l'enseignement bilingue à parité horaire*⁵¹), bei der zweiten Methode kann zumindest in den ersten Jahren der Unterricht in der Regionalsprache überwiegen (*l'enseignement bilingue par immersion dans les écoles et établissements "langues régionales"*⁵²). In beiden Fällen beginnt der zweisprachige Unterricht in der *école maternelle*. (vgl. Reutner, 2005, 72ff.)

⁵⁰ <http://www.education.gouv.fr/bo/2001/33/encart.htm>

⁵¹ *Ibid.*

⁵² *Ibid.*

7.6 Verfassungsänderung 2008

Die Französische Verfassung von 1958 wurde im Jahr 2008 erneut reformiert. Mit der *Loi constitutionnelle n° 2008-724 du 23 juillet 2008 de modernisation des institutions de la Ve République* (1)⁵³ wurde der *Constitution du 4 octobre 1958*⁵⁴ abermals (nach der Erweiterung des §2 im Jahr 1992; siehe 6.1) ein Paragraph hinzugefügt, der die Sprache(n) Frankreichs betraf.

Article 75-1

Les langues régionales appartiennent au patrimoine de la France.

Nachdem der französische Verfassungsgerichtshof im Juni 1999 die Unvereinbarkeit der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen feststellte (und diese somit nach Unterzeichnung immer noch nicht in Kraft getreten ist), war das Verfassungsänderungsgesetz von 2008 ein erster Schritt des Gesetzgebers in Richtung rechtlicher Anerkennung der Regionalsprachen auf französischem Staatsgebiet.

Die Hoffnungen auf rechtliche Gleichstellung der Regionalsprachen, die der Paragraph 75-1 aufkommen ließen, wurden jedoch abermals mit einer Entscheidung des französischen Verfassungsgerichtshofs zunichte gemacht; „*l'article 75-1 de la Constitution* « *n'institue pas un droit ou une liberté que la Constitution garantit.* »“⁵⁵

Hintergrund für die Entscheidung des Verfassungsgerichts war auch diesmal die restriktive Auslegung des Paragraph 2 der Verfassung (« *La langue de la République est le français.* »), die eine rechtliche Kooffizialität der Regionalsprachen verhindert. Die Regionalsprachen Frankreichs gehören zwar offiziell zum Kulturgut des französischen Staates, dieser verabsäumte bisher aber die Installierung adäquater Mittel (etwa durch die Anerkennung als offizielle Staatssprachen mittels Verfassungsgesetz) zu ihrem Schutz.

⁵³ http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do;jsessionid=C8EDCB62F0B568DCA24B3A982FF383F4.tpdjo12v_1?cidTexte=JORFTEXT000019237256&dateTexte=20130126

⁵⁴ <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000006071194>

⁵⁵ *Une politique linguistique pour la Bretagne*; Rapport d'actualisation; 2012; p.11; http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0CD0QFjAB&url=http%3A%2F%2Fwww.bretagne.fr%2Finternet%2Fjcms%2Fpreprod_144323%2Frapport-d-actualisation-de-la-politique-linguistique-pour-la-bretagne-session-du-conseil-regional-de-mars-2012&ei=KEwEUfmOOY2q0AXypoHYBQ&usq=AFQjCNEmG6v4NxxurpmeVK2YhO2Uw_ShWA&bvm=bv.41524429,d.d2k&cad=rja

In einem Bericht über die aktuelle Sprachpolitik für die Bretagne⁵⁶ findet sich auch eine Passage, die auf die Kreolsprachen und somit auf Martinique zutrifft:

« A la suite de l'adoption du nouvel article 75-1 de la Constitution reconnaissant les langues régionales comme appartenant au patrimoine de la France et compte tenu de l'annonce par la Ministre de la Culture en mars 2008 d'une loi le mettant en application, restée sans suite, le législateur a déposé plusieurs propositions de loi visant à donner un cadre juridique aux langues régionales et permettant notamment de soutenir les initiatives des collectivités pour assurer leur sauvegarde et leur développement.

Ces propositions de lois sont actuellement toutes bloquées *sine die* :

- Proposition de loi relative à l'installation de panneaux d'entrée et de sortie d'agglomération en langue régionale n°136, déposée au Sénat le 26 novembre 2010, adoptée le 16 février 2011, transmise à l'Assemblée nationale, renvoyée à la commission des affaires culturelles et de l'éducation ;
- Proposition de loi relative au développement des langues et cultures régionales n°3008, déposée le 7 décembre 2010 à l'Assemblée nationale, renvoyée à la commission des affaires culturelles et de l'éducation ;
- Proposition de loi pour la défense et la promotion des langues régionales n°3055, déposée le 20 décembre 2010 à l'Assemblée nationale, renvoyée à la commission des affaires culturelles et de l'éducation ;
- Proposition de loi relative au développement des langues et cultures régionales n°213, déposée au Sénat le 12 janvier 2011, renvoyée à la commission de la culture, de la communication et de l'éducation, un rapporteur étant nommé le 19 janvier 2011 ;
- Proposition de loi relative au développement des langues et cultures régionales n°251, déposée au Sénat le 25 janvier 2011, discutée sans suite le 30 juin 2011.

Le champ de compétences des collectivités territoriales est limité. Il est faux de prétendre que leurs seules politiques linguistiques sont à même de mettre en place les conditions d'une revitalisation des langues régionales. [...]

Plus généralement, **« *il n'existe en somme aucun statut légal des langues régionales, mais seulement une politique de tolérance, parfois empreinte de bienveillance, mais souvent aussi d'hostilité.* » »**

⁵⁶ *Ibid.*, S.11f.

7.7 Proposition de Loi n°3008 (2010)

Frankreich zählt auf seinem Staatsgebiet, in der Metropole wie in Übersee, 75 verschiedene Sprachen (siehe Anhang: Rapport Cerquiglini). Nun existiert aber kein rechtlicher Rahmen für die Implementierung der Regionalsprachen in das öffentliche Leben. Der *Code de l'éducation* (siehe 7.1) beschreibt lediglich die Möglichkeit für die jeweiligen akademischen Autoritäten, ihre Regionalsprachen in die Bildungspolitik zu integrieren, die Modalitäten dieser Eingliederung lägen in ihrem Ermessen und könnten durch einfache *Circulaires* präzisiert werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Regionalsprachen Frankreichs immer noch keine offizielle Anerkennung im Hinblick eines rechtlichen Status erfahren haben; seitens des Staates wird eine gewisse Toleranzpolitik lanciert, manchmal geprägt mit Wohlwollen, manchmal aber auch mit Feindlichkeit.

Dies sollte sich nun mit der *Proposition de Loi n°3008 relative au développement des langues et cultures régionales*⁵⁷ vom 7. Dezember 2010, eingebracht unter Initiative von Armand Jung (Abgeordneter der *Parti Socialiste* in der französischen Nationalversammlung), ändern; mit der *Loi n°3008* wollte man weniger eine Übereinstimmung der verschiedenen Gesetze bezüglich der einzelnen Regionalsprachen, vielmehr setzte man sich die Organisierung einer «*politique de protection publique*»⁵⁸ zum Ziel. Laut den Autoren dieses Gesetzesentwurfes sollte Frankreich (ähnlich wie seine Nachbarländer) an der internationalen Bewegung der Anerkennung von linguistischer Pluralität partizipieren.

Article 1^{er}

Sans préjudice des règles relatives à l'usage du français par les personnes morales de droit public et les personnes de droit privé dans l'exercice d'une mission de service public, ainsi que par les usagers dans leurs relations avec les administrations et services publics, l'État, les collectivités territoriales et leurs établissements publics reconnaissent les langues régionales pratiquées sur leur territoire comme l'expression de la richesse culturelle de la France.

⁵⁷ <http://www.assemblee-nationale.fr/13/propositions/pion3008.asp> sowie <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/franceloi-2010-prop.htm>

Aufgrund der Aktualität findet sich die Erklärung zum Gesetzesentwurf im Anhang B.

⁵⁸ <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/franceloi-2010-prop.htm>

Quoi qu'il en soit, **il n'y aura pas de loi sur les langues «régionales»**, a annoncé Éric Besson, ministre de l'Identité nationale, malgré les promesses du président Nicolas Sarkozy et de l'ancienne ministre de la Culture, Christine Albanel. Le gouvernement français a évoqué les «dangers d'un cadre légal de reconnaissance des langues régionales», en estimant que ce cadre se heurterait aux «principes d'indivisibilité de la République et d'égalité devant la loi».

Article 2

Leur utilisation est libre. Leur usage oral et écrit est protégé, garanti et promu par les pouvoirs publics dans leurs domaines de compétences respectifs, de sorte que chaque citoyen puisse en faire un instrument de communication courant dans ses activités sociales, économiques, culturelles et autres. La participation à cette politique s'impose aux services publics concernés.

Serge Letchimy, Parteilchefe des PPM, hielt im Zuge der *Rencontres Inter-régionales des langues et cultures Régionales* vom 13. Jänner 2012 eine Rede⁵⁹, wo er ebenfalls die Notwendigkeit von zukünftigen Veränderungen im Bereich der Sprachgesetzgebung im Sinne einer Aufwertung der Regionalsprachen betonte.

« Il importe aujourd'hui de replacer les langues et cultures régionales au centre de la politique nationale et régionale, dont elles permettent de repenser les équilibres par le dialogue de l'Etat, des collectivités territoriales et de la société civile. [...]

Il serait absurde et vain de considérer que seule la France échappe au plurilinguisme; il serait bien illusoire de considérer, sous prétexte que la République est légitimement pourvue d'une langue officielle, que la France elle-même est monolingue. [...]

Il s'agit d'une exigence pour répondre aux enjeux de la pluralité linguistique et à la diversité culturelle afin que la France accède enfin à la modernité, s'ouvre à la complexité, à la diversité du monde contemporain, et reconnaisse qu'elle est constituée de « pays ». [...]

A cette vision conservatrice nous opposons que la France est un pays de diversité historique, culturelle et linguistique, et d'entités singulières qui lui viennent de son histoire, dont la plénitude et la valorisation par toutes les formes possibles, font partie du rayonnement de la France en elle-même, en Europe et dans le monde ».

⁵⁹ <http://www.serge-letchimy.fr/2012/01/13/rencontres-inter-regionales-des-langues-et-cultures-regionales/> (Die Abschrift der gesamten Rede findet sich im Anhang C.)

8 Suche der eigenen Identität: *Négritude*, *Antillanité*, *Créolité*

8.1 *Négritude*

« ma négritude n'est pas une pierre, sa surdité ruée contre la clameur du jour
ma négritude n'est pas une taie d'eau morte ruée contre la clameur du jour
ma négritude n'est pas une taie d'eau morte sur l'œil mort de la terre
ma négritude n'est ni une tour ni une cathédrale

elle plonge dans la chair rouge du sol
elle plonge dans la chair ardente du ciel
elle troue l'accablement opaque de sa droite patience. »

(Césaire, 1983, 46f.)

Auf der Suche nach der eigenen Identität und der Abgrenzung der kreolischen Gesellschaft von der europäischen Zivilisation entstand infolge des Zusammentreffens von Aimé Césaire (1913-2008; *Martiniquais*), Léopold Sédar Senghor (1906-2001; *Sénégalais*) und Léon Gontran Damas (1912-1978; *Guyanais*) in Paris die Bewegung der *Négritude*.

Das Konzept der *Négritude* stellte eine Revolte in der französischen Gesellschaft der 1930er Jahre dar; vor allem in den Pariser Intellektuellenkreisen wurde „*le grand cri nègre*“, den Césaires 1939 veröffentlichtes Werk *Cahier d'un retour au pays natal* nach sich zog, deutlich wahrgenommen. Grundgedanke des literarischen Textes mit surrealistischen Zügen ist die „Auferstehung“ der Schwarzen, die sich von den Ketten der Kolonialherrschaft befreien, ihren Minderwertigkeitskomplex überwinden und ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen sollten (vgl. Condé, 1978, 34). Césaire schreibt von der Metropole als „Rabenmutter“ der vernachlässigten Kolonien, sie kümmert sich nicht um ihre „Kinder“ – im Gegenteil, sie legt ihnen ihre eigenen Sitten, Gesetze und vor allem die eigene Sprache auf, ohne die historischen und geographischen Realitäten der Kolonien zu berücksichtigen; damit verdammt sie die kolonialisierte Bevölkerung in den Zustand der Stummheit und Sterilität.

Der Begriff *nègre* hat bei Césaire drei verschiedene Bedeutungen: der Sklave, der Kolonialisierte und der Ausgebeutete; allen gemein ist ihre Definition als Antithese des Weißen, der Inkarnation der Überlegenheit.

« Le *Cahier* est donc compris comme le poème du refus de l'assimilation culturelle, de la dénonciation de la situation coloniale qui la justifie et de la prise de conscience radicale et culturelle. » (Condé, 1978, 36)

Mit der Zeitschrift *L'Étudiant noir* (1934-1940) richteten sich Césaire und seine Mitstreiter gegen die kulturelle Entfremdung und begaben sich auf die Suche nach ihrer eigenen Kultur mit afrikanischen Wurzeln. Die Rückbesinnung auf die bis dato als „primitiv“ deklassierten afrikanischen Lebensformen führte zu ihrer Aufwertung.

« Il exprime à la fois le refus des facilités de l'exotisme et des complaisance assimilationnistes, et exalte la souffrance nègre tandis qu'il valorise l'homme noir. Il invite ce faisant les Antillais à assumer leur histoire, celle de l'esclavage, comme celle de la colonisation, à cultiver la fierté d'être nègre, afin de pouvoir exprimer leur propre culture. »⁶⁰

Césaire selbst definierte *Négritude* folgendermaßen: « **La Négritude est la simple reconnaissance du fait d'être noir, et l'acceptation de ce fait, de notre destin de noir, de notre histoire et de notre culture.** »⁶¹

Césaire verstand die Bewegung der *Négritude* aber nicht nur als bloßes « *l'être-dans-le-monde du Nègre* », im *L'Étudiant noir* rief er zu einem kulturellen Kampf im Sinne der Emanzipation afrikanischer Lebensweisen auf:

« **Que veut la jeunesse noire ?... Vivre. Mais pour vivre vraiment, il faut rester soi... Les jeunes Nègres d'aujourd'hui ne veulent ni asservissement ni "assimilation", ils veulent émancipation...** »⁶²

Die *Négritude* leistete einen großen Beitrag zur Aufwertung des Selbstbewusstseins der negroiden Bevölkerung, vermag jedoch nicht, den *Antillais* eine eigenständige Identität zu vermitteln. Ein weiterer Kritikpunkt an dem Konzept von Césaire sowie an Texten anderer schwarzer Intellektueller, die im Zuge der *Négritude*-Bewegung entstanden (gilt ebenso

⁶⁰ <http://www.ina.fr/fresques/jalons/fiche-media/InaEdu04549/aime-cesaire-poete-de-la-negritude.html>

⁶¹ <http://www.assemblee-nationale.fr/histoire/aime-cesaire/negritude.asp>

⁶² *Ibid.*

für die folgend beschriebenen Konzepte der *Antillanité* und *Créolité* unter 8.2 und 8.3), ist die Verwendung des Französischen; die intellektuelle Hinwendung zu Afrika drückt sich weder in afrikanischen Sprachen noch auf Kreolisch aus,

„sondern in dem als Universalsprache geschätzten Idiom der alten Kolonialmacht. Begleitet wird diese Akzeptanz der französischen Sprache von der Übernahme westlicher Denkweisen unter umgekehrten Vorzeichen, in welchen die von Jean-Paul Sartre als „racisme antiracisme“ bezeichnete Bewegung blockiert bleiben sollte. [...] Zwar loben u.a. André Breton⁶³ und Jean-Paul Sartre die literarischen Werke der Bewegung, [...] für die Masse der Bevölkerung der Antillen bedeutet die Beschränkung der Identität auf das afrikanische Element jedoch nur eine weitere Entfremdung, so dass die Strömung auf Intellektuellenkreise beschränkt bleibt.“ (Reutner, 2005, 17f.).

8.2 *Antillanité*

Infolge der Négritude-Bewegung wird die Frage nach der Rolle Afrikas in der karibischen Kultur immer wieder aufgeworfen; die Meinungen variieren von einer strikten Ablehnung afrikanischer Wurzeln (und damit der Verneinung der direkten Nachkommenschaft aus Zeiten der Sklaverei) bis hin zur vehementen Betonung des afrikanischen Ursprungs. Für die *Antillais* wichtiger als die Auseinandersetzung bezüglich des afrikanischen Einflusses wurde allmählich „die Suche nach der eigenen Identität im konkreten Lebensumfeld und der spezifischen Geschichte der Karibik.“ (Reutner, 2005, 19).

So betrachtet ist auch das Konzept von Edouard Glissant (martinikanischer Literat, Poet und Essayist; 1928-2011) zu verstehen und interpretieren; sein Modell der *Antillanité*, die er in seinem Werk *Le Discours antillais* von 1981 darstellt, überwindet die von der *Négritude* aufgestellte Dichotomie von „schwarz“ (im Sinne von afrikanisch) und „weiß“ (im Sinne von europäisch) und begreift die karibische Kultur als Produkt des Zusammentreffens unterschiedlicher Menschen, Sprachen und Kulturen.

⁶³ *Un grand poète noir; extraits de la préface à l'édition de 1947 de Cahier d'un retour au pays natal d'Aimé Césaire* ; « ... La poésie de Césaire, comme toute grande poésie et tout grand art, vaut au plus haut point par le pouvoir de transmutation, qu'elle met en œuvre et qui consiste, à partir des matériaux les plus déconsidérés, parmi lesquels il faut compter les laideurs et les servitudes mêmes, à produire on sait assez que ce n'est plus l'or la pierre philosophale mais bien la liberté... ». siehe Link zu PDF-Datei:

http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=cahier%20d%27un%20retour%20au%20pays%20natal%20pdf&source=web&cd=4&sqi=2&ved=0CEYQFjAD&url=http%3A%2F%2Fmusiquefrancaise.asso.fr%2Fspip%2FIMG%2Fpdf%2FPreface_d_Andre_BRETON.pdf&ei=tTwFUYauHqLC0QWT6oA4&usq=AFQjCNGmaXPhSX4a75VMOxkNGSWIF4zJ3A&bvm=bv.41524429,d.d2k&cad=rja

Glissant setzt den Begriff der Globalisierung mit Kreolisierung der Welt gleich, d.h. es existiert kein Nebeneinander, sondern eine Durchdringung der Kulturen. Diese Konzeption von Kulturkontakt beruht auf seinem Geschichtsverständnis, wonach die Vergangenheit der *Antillais* als „*non-histoire*“ durch Abbruch und Dislokation der vormals afrikanischen Vergangenheit im Sinne eines brutalen Wechsels durch die Sklaverei gekennzeichnet ist (im Gegensatz zu den Autoren der *Négritude*, die ihre Vergangenheit als identitätsstiftendes Merkmal ihrer Eigenständigkeit bis nach Afrika zurückverfolgten).

« Le réel est indéniable : cultures issues du système des Plantations, civilisation insulaire [...] ; peuplement pyramidal avec une origine africaine ou hindoue à la base, européenne au sommet ; langues de compromis ; phénomène culturel général de créolisation ; vocation de la rencontre et de la synthèse, persistance du fait africain, cultures de la canne, du maïs et du piment ; lieu de combinaisons des rythmes ; peuples de l'oralité. »
(Glissant, 1997, 729)

Glissant beschäftigte sich Zeit seines Lebens mit dem Konzept der *Antillanité* bzw. in weiterer Folge der *Créolité* (Konzept der Weiterentwicklung der *Antillanité* von Jean Bernabé, Patrick Chamoiseau und Raphaël Confiant) war *Distinguished Professor* an den Universitäten von Louisiana und New York City sowie Direktor des *Courrier de l'Unesco*, wo er das Konzept der *Mondialité* als humane Seite der Globalisierung verteidigte und infolge Initiator der Bewegung *Tout-Monde*⁶⁴.

⁶⁴ L'Institut du Tout-Monde a été créé en 2006 à l'initiative d'Édouard Glissant, avec le soutien du Conseil régional de l'île de France et du Ministère de l'Outre-Mer.

Il se propose de faire avancer la connaissance des phénomènes et processus de créolisation, et de contribuer à diffuser l'extraordinaire diversité des imaginaires des peuples, que ces imaginaires expriment à travers la multiplicité des langues, la pluralité des expressions artistiques et l'inattendu des modes de vie.

L'Institut du Tout-Monde est à la fois un site d'études et de recherches, un espace d'invention et de formation, un lieu de rencontres, et un espace dédié aux mémoires des peuples et des lieux du monde

L'objectif poursuivi par Édouard Glissant est la constitution d'un vaste réseau culturel à la fois francilien, interrégional, en très étroite connexion avec les régions de l'Outre-Mer, et international.
<http://tout-monde.com/>

8.3 Créolité

« **Ni Européens, ni Africains, ni Asiatiques, nous nous proclamons Créoles.** Cela sera pour nous une attitude intérieure, mieux : une vigilance, ou mieux encore une sorte d'enveloppe mentale au mitan de laquelle se bâtira notre monde en pleine conscience du monde. »

(Bernabé/Chamoiseau/Confiant, 1993, 13)

Die drei martinikanischen Schriftsteller Jean Bernabé (geboren 1946), Patrick Chamoiseau (geboren 1953) und Raphaël Confiant (geboren 1951) riefen mit dem 1989 publizierten Manifest *Eloge de la Créolité* eine neue Bewegung ins Leben, die *Créolité*. Entstanden aus einem Gefühl der Orientierungslosigkeit versuchte man die Kreation einer neuen anthropologischen Kategorie, mit deren Hilfe Identitätsprobleme innerhalb der kreolophonen Gesellschaft gelöst werden könnten. Das Ziel der *Créolité* war die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen französischer und kreolischer Sprache.

Die ethnische Komplexität der kreolischen Gemeinschaft stellte eine der wichtigsten Komponenten des Konzepts dar; aus der Verschmelzung der unterschiedlichsten ethnischen, kulturellen und sprachlichen Elemente ergab sich das eigentlich Kreolische, ausgezeichnet durch Reichtum und Pluralität.

« **Nous nous déclarons créoles.** Nous déclarons que la Créolité est le ciment de notre culture et qu'elle doit régir les fondations de notre antillanité. **La Créolité est l'agrégat interactionnel ou transactionnel, des éléments culturels caraïbes, européens, africains, asiatiques et levantins, que le joug de l'Histoire a réunis sur le même sol.** »

(Bernabé/Chamoiseau/Confiant, 1993, 26)

Die *Créolité* suchte ihre Wurzeln in der Mündlichkeit von Kreolsprachen; die kreolische Kultur entstand im Rahmen der Plantagensgesellschaft rund um die kreolische Sprache als ihren Kern. Die *Créolité* sollte auch eine Möglichkeit darbieten, sich gemäß seiner Natur ausdrücken zu können.

« Véritable galaxie en formation autour de la langue créole comme noyau, la Créolité connaît aujourd'hui encore un mode privilégié : l'oralité. Pourvoyeuse de contes, proverbes, « titim », comptines, chansons...,etc., **l'oralité est notre intelligence, elle est notre lecture de ce monde, le tâtonnement, aveugle encore, de notre complexité.** »

(Bernabé/Chamoiseau/Confiant, 1993, 33)

Bernabé und seine Co-Autoren geben ihrem Manifest aber auch eine politische Komponente und plädieren für die Souveränität der Antillen als Zwischenschritt zu einem karibischen Staatenbund. Sie schlossen die Aufwertung der Kreolsprache in den Prozess der Identitätsfindung mit ein (ein wesentlicher Unterschied zum Konzept der Négritude) und betrachteten diese als zentralen Pfeiler der eigenen Kultur (vgl. Reutner, 2005, 22f.).

8.4 « *Tous Créoles !* »

Die Vereinigung « *Tous Créoles !* » wurde im Jahr 2007 von rund 60 Personen sämtlicher Ethnien der kreolischen Gemeinschaft auf den Antillen gegründet: Schwarze, *mûlatres*, *Békés*, Inder, Chinesen, Syrer und Libanesen, aber auch Afrikaner und *Métropolitains* übernahmen dieses neue Konzept der Kreolität als richtungsweisendes Element ihrer Gedanken- und Lebenswelt. Zum ersten Mal in der jungen Geschichte der postkolonialen Gesellschaft bildete sich ein Verein, d.h. ein freiwilliger und organisierter Zusammenschluss von Männern und Frauen, rund um ein Projekt mit gemeinsamer Ideologie, um mit einer starken Stimme für Themen einzustehen, die vorher etwa 160 Jahre lang unter dem Mantel der Verschwiegenheit ruhten.

« En finalité, l'objectif de l'association « *Tous Créoles !* » est de **permettre aux Martiniquais** et aux autres communautés créoles, au-delà de l'histoire douloureuse de leurs origines, **de se retrouver dans l'apaisement d'une personnalité partagée**.

Enfin, « *Tous Créoles !* » entend participer de façon vigilante et par tous les moyens à la défense des droits de l'Homme, à la lutte contre toute expression ou manifestation de racisme, de xénophobie ou de discrimination de tous ordres. [...]

Il s'agit de débattre de ces frontières multiples, de ces relations complexes, de ces non-dits, de cette coexistence parfois rugueuse mais pourtant attachante, de cette affection amère, de cette chaleur teintée de ressentiment qui unit et désunit quotidiennement les Antillais, tant il est vrai que **notre communauté créole est née dans l'inhumanité d'un crime qui la marquera pour longtemps**. »⁶⁵

Der Verein zählt gegenwärtig an die 240 nichtständige Mitglieder, darunter auch eine im Mai 2009 in Paris angesiedelte autonome Gruppierung, die dem Ruf die „*Créoles de métropole*“ zusammen zu bringen folgt. Anlässlich des fünften Jahrestages ihrer Gründung feierte die Vereinigung einen ersten wichtigen Schritt in der Entstehung eines solchen Kollektivs; man entwarf eine Charta für « *Tous Créoles !* » (siehe Anhang D), die einen ersten Schritt in Richtung Konsolidierung einer neuen Gesellschaft mit einem starken kreolischen Selbstbewusstsein heute und in der Zukunft darstellt.

⁶⁵ www.touscreoles.fr

9 Französisch und Kreolisch im öffentlichen Leben

9.1 Kreolisch in den schriftlichen Medien und der Literatur

Aufgrund des Status als französisches DROM ist die offizielle Amtssprache auf Martinique Französisch, juristisch verankert im Paragraph 2 der *Constitution du 4 octobre 1958* (siehe 6.1), und findet seine Anwendung im gesamten öffentlich-rechtlichen Bereich von der Gesetzgebung und Verwaltung über die Schule bis hin zu den Medien (einzige Ausnahme bildet das Radio; siehe 9.2). Das Kreolische ist durch seinen informellen und mündlichen Gebrauch geprägt. Ihre Verwendung betreffend unterscheiden sich Französisch und Kreolisch auf Martinique allein schon durch ihre Funktion (vgl. Wieser in *Quo vadis, Madinina?*, 2011, 48).

Jean Bernabé beschrieb diese Situation als sprachlichen Dimorphismus Kreolisch/Französisch, der mit einem anthropologischen Dimorphismus Mündlichkeit/Schriftlichkeit verknüpft wäre.

« La première opposition ne saurait être considérée comme recouvrant la seconde, au motif que l'opposition créole vs. français est aussi une opposition langue orale vs. langue écrite. »
(Wieser in *Quo vadis, Madinina?*, 2011, 48)

Da die schriftlichen Medien eine Domäne des formell öffentlichen Schriftgebrauchs darstellen, findet sich hier vor allem der Gebrauch der dominanten Sprache (Französisch). Im Bereich des informell öffentlichen Sprachgebrauchs wird auch das Kreolische verwendet wie etwa für Comics oder Gedichte.

Im Bereich der Zeitungen ist die Verwendung des Kreolischen in überschaubarem Maße limitiert, darüberhinaus überwiegend negativ konnotiert, da „einfache“ Mitbürger aus sozial niedrigeren Schichten angesprochen werden sollen.

Die auflagenstärkste Tageszeitung auf Martinique heißt *France-Antilles*⁶⁶; es gibt eigene Ausgaben für Guadeloupe und Martinique.

Für den Druck verantwortlich zeichnet sich die französische *Groupe Hersant Média* mit Hauptsitz in Paris; sie vereint zwar die Tagespresse in Übersee und besitzt einige regionale Fernseh- und Radiosender, zeigt jedoch sehr wenig Interesse am Gebrauch des Kreolischen; bis auf ein paar Einzelfälle sind die Beiträge in allen Rubriken durchgehend auf Französisch verfasst.

⁶⁶ Onlineausgabe der Tageszeitung auf <http://www.martinique.franceantilles.fr>

Ein Rückgriff auf das Kreolische fungiert in den schriftlichen Medien hauptsächlich als Instrument zur Steigerung der Aufmerksamkeit und dient der Sensibilisierung für bestimmte Themengebiete in der Bevölkerung. Das langsame Vordringen des Kreolischen in den französisch dominierten Mediensektor hängt auch sehr stark von den Einstellungen der Sprecher selbst sowie von den (sprach)politischen Einflüssen auf die Medien ab. Das kollektive Bewusstsein der Martiniquais ist ein maßgeblicher Faktor für die Geschwindigkeit und das Ausmaß von Veränderungen (vgl. Wieser in *Quo vadis, Madinina?*, 2011, 50).

Im Bereich der Werbung wird zu einem Großteil das Französische verwendet – es gelten die selben Determinanten wie für die Zeitungen, Zeitschriften und Journale: will man die Aufmerksamkeit der Leser bzw. im Werbesektor der potentiellen Käufer erreichen, so setzt man gezielt das Kreolische ein. Diese Trendwende setzte zu Beginn der 1990er Jahre ein; mit kreolischsprachigen Slogans kann man Werbeinhalte und bestimmte Themengebiete in den Köpfen der Bevölkerung besser verankern und auf die Effizienz eines Produktes bzw. die Brisanz einer bestimmten Thematik hinweisen.

Im Bereich der Neuen Medien Computer und Mobiltelefon entwickelten sich auch neue Formen der Kommunikation; besonders dem Internet kommt bezüglich der Verwendung des Kreolischen eine besondere Bedeutung zu.

„Eine klare Stärkung erfährt das Kreolische daher durch das Internet, in dem sich zahlreiche Netzseiten und Diskussionsgruppen in dieser Sprache finden. Auf diese Weise wird die Stärkung lokaler Traditionen und Kulturen in den DFAn [*Département Français des Antilles*; Anmerkung der Autorin] wie anderswo auch durch die Technisierung als Facette der Globalisierung vorangetrieben, was den globalen Charakter dieses Phänomens unterstreicht, der sich auch bei der Regionalisierung durch Europäisierung manifestierte und manifestiert und der ebenso bei der Rückbesinnung auf lokale Eigenarten durch die Nachfrage eines Teils der internationalen Touristen zum Tragen kommt.“ (Reutner, 2005, 28)

Homepages beispielsweise bieten einen kostengünstigen, leicht zugänglichen und dennoch weitreichenden Raum für Projekte, welche regionale Kulturtraditionen unterstützen und die kreolische Sprache fördern, wie etwa *potomitan*⁶⁷; die Menüleiste ist auf Französisch und Kreolisch eingerichtet, es finden sich sowohl französische als auch kreolische Texte und Informationen zum *CAPES créole* sowie eine umfangreiche Bibliographie kreolophoner Literatur.

⁶⁷ <http://www.potomitan.info>

„Es lässt sich hier ein Trend 'von Gutenberg zu Zuckerberg' festmachen, der im Bereich der Kommunikationsvermittlung in den letzten Jahren hervortritt. Was vor einiger Zeit durch das Drucken und Publizieren von Büchern nur erschwert oder gar nicht erst möglich war, wird durch das Internet erleichtert. Es ist nicht nur die kostengünstigere Variante, um kreolischsprachige Inhalte für eine größere Zielgruppe zugänglich zu machen, sondern ermöglicht außerdem jedem und jeder Einzelnen, sich in Foren, Blogs und anderen Plattformen über bestimmte Interessensgebiete auszutauschen und selbst Beiträge zu verfassen. Außer Frage steht natürlich der Fakt, dass im weltweiten Netz jeder alles publizieren kann, weshalb im Umgang mit entsprechenden Quellen immer Vorsicht geboten ist. Für den aktuellen Zusammenhang, den Austausch in kreolischer Sprache, ist diese Tatsache jedoch durchaus förderlich, so finden sich auf der Online-Plattform *facebook* zahlreiche auf Kreolisch verfasste Einträge ... « *parce qu'on peut écrire comme on veut et ça va plus vite, c'est plus original et plus facile en créole* ».“
(Wieser in *Quo vadis, Madinina?*, 2011, 57)

Im Bereich des Theaters und in der Dichtung (das erste überlieferte Gedicht auf Kreolisch stammt aus dem Jahr 1757) wird das Kreolische relativ oft verwendet, beides Gattungen, die eine gewisse Nähe zur gesprochenen Sprache aufweisen. Der erste moderne Roman auf Kreolisch erschien erst rund 100 Jahre später im Jahr 1885, findet allerdings kaum Verbreitung. Es sollte nochmals rund 100 Jahre dauern, bis 1957 ein Roman publiziert wurde, der eine größere Leserschaft auf den französischen Antillen erreichen konnte. Nach einer darauffolgenden starken literarischen Produktion auf Kreolisch lässt diese seit gut fünfzehn Jahren wieder nach und kreolischsprachige Werke bleiben eine Rarität auf dem Buchmarkt; nicht zuletzt aufgrund der Schwierigkeiten bei der Lektüre richten sich jene Werke aber eher an überschaubare kleine Kreise von Intellektuellen (vgl. Reutner, 2005, 24).

9.2 Kreolisch in den audiovisuellen Medien

Die gegen Ende des 20. Jahrhunderts einsetzende Rehabilitierung des Kreolischen führte neben der Verwendung der Regionalsprache in der Schule auch zu einem Vordringen des Kreolischen in die Domäne der audiovisuellen Medien wie TV und Radio. Im Hörfunk Martiniques ist das Kreolische deutlich öfter vertreten als in anderen Medien, es lässt sich aber ein großer Unterschied zwischen staatlichen und privaten Sendern feststellen. Hintergrund ist die Vielfalt in der Radiolandschaft Frankreichs (insgesamt rund 1.200 Sender, die Hälfte sind Lokalradios), deren staatliches Monopol 1982 abgeschafft wurde und die Frage der Finanzierung der einzelnen Sender.

Die Radiostationen öffentlichen Rechts werden vom Staat finanziert, Privatradios müssen profitorientiert agieren und sich durch den Verkauf von Werbezeit an Wirtschaftspartner erhalten (was sich auf die inhaltliche Gestaltung von Sendungen auswirken kann) und der freie Rundfunk (*radios associatives locales*), der sich aus staatlichen Förderprogrammen subventioniert bzw. durch Spenden, Werbeeinnahmen und ehrenamtliche Mitarbeit getragen wird (vgl. Steiner in *Quo vadis, Martinique?*, 2011, 60f.).

Auf Martinique können sowohl Radiostationen aus dem Hexagon als auch aus dem Karibikraum empfangen werden. Im staatlichen Hörfunk (z.B. RFO Martinique, *Radio France Outre-mer*) dominiert das Französische, Kreolisch wird nur in den Sendeteilen angewandt, in denen die Interaktion wie etwa in Moderationen, Gesprächsbeiträgen und Musiksendungen überwiegt. Soll ein bestimmtes Publikum angesprochen werden, kommt das Kreolische auch in Nachrichten- und Informationssendungen zum Einsatz – bleibt aber eher die Ausnahme.

Allein die Namen der einzigen freien kreolophonen Radiosender RLDM (*Radjo Lévé Doubout Matinik* – „Erhebe dich, Martinique“) und Radio APAL (nach dem kreolischen Ausspruch „*Asé pléré annou lité*“ – „*Assez pleuré, à nous lutter!*“) lassen politisch ideologische Motivationen dahinter vermuten.

RLDM ist marxistisch-leninistisch orientiert, vertritt eine separatistische Grundhaltung und setzt sich für eine Unabhängigkeit Martiniques und gegen eine Vorherrschaft durch Kontinentalfrankreich ein.

APAL sieht sich als Achse der alternativen Bildung und Vereinigung der Martiniquais, hat stets ein offenes Ohr (v.a. im Rahmen von Call-in-Sendungen) für die Anliegen der Bevölkerung und unterstützt die kreolische Kultur, was sich auch in der Musikauswahl und in der auf den näheren Karibikraum fokussierten Nachrichtengestaltung zeigt. Um sich also gegenüber dem Hexagon abzugrenzen wird im freien, politisch motivierten Rundfunk Kreolisch gesprochen, was eine Eigenwertigkeit und Eigenständigkeit Martiniques zum Ausdruck bringen soll.

Die Präsenz des Kreolischen im TV ist sehr reduziert; der Sender *Antilles TéléVision* (ATV) bringt kreolsprachige Fernsehnachrichten und -interviews, kurze Reportagen, Kabarettssendungen sowie gelegentlich auch kreolophone Filme mit französischen Untertiteln (z.B. die Verfilmung des Erfolgsromans *La Rue Cases-Nègres* von Joseph Zobel) (vgl. Reutner, 2005, 31f).

9.3 Kreolisch in der Kirche und auf dem Markt

Aus der römisch-katholischen Kirche blieb das Kreolische lange Zeit gänzlich ausgeschlossen, gemäß der globalen Tradition dieser Glaubensrichtung, in der Liturgie dem Lateinischen anstelle der Volkssprachen den Vorzug zu geben. Erst durch das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) wurde der Gebrauch der Regionalsprachen gebilligt. Das Französische bleibt auf Martinique aber vorherrschende Sprache in den Heiligen Messen, nur die Gesänge finden auch auf Kreolisch ihren Einzug in die Gottesdienste.

„Inzwischen werden immer wieder Gottesdienste offiziell auf Kreolisch zelebriert, was durch die zunehmenden Französischkenntnisse nicht mehr nur in eventuellen Verständnisschwierigkeiten der Kirchengemeinde begründet liegt, sondern auch in der Absicht der Kirche, Volksnähe zu demonstrieren, an die Gefühlsseite der Gemeinde zu appellieren und die Vergangenheit „wiedergutzumachen“.“ (Reutner, 2005, 34)

Wichtig ist der Faktor der Sprachwahl beim Einkauf: während man sich im Supermarkt besser der französischen Hochsprache bedient, kann man sich am Marktplatz durch die Verwendung des Kreolischen einen Vorteil verschaffen (vgl. Peschke in *Quo vadis, Romania?*, S.57).

10 Conclusio

In der vorliegenden Arbeit wurde der Sprachkontakt auf Martinique und die daraus resultierende Entwicklung einer Kreolsprache als Opposition zum Französischen beschrieben. Durch die Kolonialisierung der Antilleninsel sowie die Implementierung einer Plantagengesellschaft und die über 250-jährige Sklavenherrschaft der Franzosen entstand eine neue soziales Gefüge bzw. Gefälle, das auch in Kommunikationssituationen überbrückt werden musste; sowohl zwischen französischem Großgrundbesitzern und unterworfenem Sklaven, als auch zwischen den Sklaven verschiedener afrikanischer Abstammungen. Dieses Abhängigkeitsverhältnis zwischen Kolonialherren und Sklaven ergab in logischer Konsequenz auch die Überlegenheit des Französischen, das dem Kreolischen auf Martinique, dem *kréyol martinik*, als Basis zugrunde liegt.

Die rigorosen Machtansprüche der Franzosen bildeten auch die Grundlage zur Herausbildung einer eigenen *identité martiniquaise*, die sich im Laufe der beinahe 400-jährigen gemeinsamen Vergangenheit beider Entitäten als Gegenpol zur dominanten Kultur der *Grande Nation* entwickelte, jedoch erst im 20. Jahrhundert als solche wahrgenommen wurde und sich emanzipieren konnte. Spätestens mit Inkrafttreten des *Code Noir* 1685 war das schmerzhaftes Schicksal der Sklaven auch rechtlich besiegelt und sollte 160 Jahre lang bis zur Abschaffung der Sklaverei im Jahr 1848 andauern. Die Martiniquais mussten aber fast ein weiteres Jahrhundert als kolonialiserte, dem französischen Zentralstaat ergebene Unterdrückte ihr Dasein fristen.

Es scheint, dass die in den 1930er Jahren aufkommende Bewegung der *Négritude* als erstes globales Bewusstsein der Andersartigkeit der negroiden Bevölkerung, *le fait d'être noir*, sowie die Wahl von Aimé Césaire als Abgeordneten des *Parti Communiste Français* in die Französische Nationalversammlung in engem Zusammenhang mit der Departementalisierung der Überseegebiete Frankreichs steht. Erst nach den Wirren des Zweiten Weltkrieges, wo die Martiniquais an der Seite der Vichy-treuen Truppen kämpfen mussten, wurden im Jahr 1946 die vier ehemaligen Kolonien Martinique, Guadeloupe, Französisch-Guyana und Réunion in DOM umgewandelt.

In Anbetracht der Forschungsfrage lassen sich folgende Aussagen treffen:

Das Schicksal der Gesellschaft und Sprache auf Martinique unterlag gänzlich dem politischen Willen und Machtkalkül des französischen Staates. Martinique ist Schauplatz eines intensiven Sprachkontakts zweier Sprachen, bei der die eine, das Kreolische, aus der anderen, dem Französischen, resultiert bzw. erstere aus der dringlichen Notwendigkeit der Kommunikationssituation mit der zweiten entstand; die Bildung des Kreolischen war ein Muss, um einen Sprachkontakt zwischen Franzosen und afrikanischen Sklaven überhaupt zu ermöglichen. In Bezug auf diese Entstehungsgeschichte des Kreolischen ist es umso erstaunlicher, dass dieser intensive Sprachkontakt selten so konfliktlos ablief und -läuft wie auf Martinique. Es scheint, dass sich die Martiniquais ihrer Rolle als vormals Kolonialiserte durchaus bewusst sind, sie aber nicht mehr auf das Stigma der Unterdrückten reduziert werden wollen. Mit der Umwandlung der Kolonie in ein DOM wurden sie zu gleichberechtigten Bürgern Frankreichs, als vollintegrierter Teil des französischen Nationalstaates sind sie heute als *Région ultrapériphérique de l'Europe* auch Mitglied der Europäischen Union sowie der Eurozone. Von der Departementalisierung und Integration der Martiniquais in das französische Staatsgefüge erhoffte sich die *société martiniquaise* nicht nur einen wirtschaftlichen Aufschwung der schlechten ökonomischen Lage nach dem Zweiten Weltkrieg, vielmehr setzte man auch auf Reformen und Modernisierungen im Sozialbereich und versprach sich Aufstieg und Fortschritt.

Es scheint, als ob die Martiniquais mit dem Überstülpen des Bürgertums auch ihre Vergangenheit als geschundene Sklaven und unterdrückte Koloniebewohner vergessen wollten; mitunter ein Grund für geringe Autonomiebestrebungen in den letzten Jahrzehnten auf der Insel. Es lassen sich gegenwärtig keine ernsthaften separatistischen Bewegungen erkennen, deren Forderungen nach Unabhängigkeit sich beispielsweise durch politisch motivierten Terrorismus manifestieren würden.

Damit verbunden war auch immer der Status der Sprachen in der Gesellschaft: die Annahme des Französischen im öffentlichen Bereich, wohl vor allem durch das Schulwesen, wurde selten hinterfragt; das Kreolische war von seinen Ursprüngen an eine Sprache der Mündlichkeit und blieb bis heute fast ausschließlich auf diesen Funktionsbereich reduziert. Mit sozialem Aufstieg verband man gute Kenntnisse des prestigeträchtigen Französisch, das einem vor allem heute auch die Kommunikation im internationalen Kontext ermöglicht.

Maßnahmen zur Förderung des Kreolischen als Regionalsprache seitens des Zentralstaates wurden in der antillanischen Gesellschaft stets begrüßt, jedoch nie wirklich von dieser selbst eingefordert. Diese Abfindung mit der gegebenen Situation der Diglossie innerhalb der *société martiniquaise*, für den öffentlichen Bereich das Französische und für den privaten Bereich das Kreolische zu verwenden, zeigt sich durchaus auch in den dargestellten Konzepten zur Suche einer neuen, eigenständigen kreolischen Identität. Selbst ein Autor wie Raphaël Confiant, Mitbegründer der *Créolité*, musste sich eingestehen, dass sein Versuch, das Kreolische als Literatursprache zu etablieren, als vorerst gescheitert betrachtet werden muss, da seine kreolischsprachigen Werke einem kommerziellen Misserfolg unterlagen und erst mit der Übersetzung ins Französische reüssierten. Reutner verwendete folgende treffende Metapher: Confiant zog „*das Auto der französischen Sprache dem Fahrrad der kreolischen Sprache vor*“ (Reutner, 2005, 23).

Trotz der inzwischen verfassungsrechtlichen Anerkennung des Kreolischen als *patrimoine de la France* änderten die zahlreichen Sprachgesetze sehr wenig am Status der Kreolischen als vorwiegende Sprache der Mündlichkeit. Gleichzeitig stellt das Kreolische aber einen wichtigen Eckpunkt der kulturellen Identität der Martiniquais dar; im internationalen Trend in Richtung multikultureller Gesellschaft und plurilingualen Entitäten lässt sich auch für das Kreolische ein Aufschwung erkennen. Aus den Ergebnissen der Forschungsarbeit geht hervor, dass sich in den letzten Jahren ein kulturelles Selbstverständnis der Martiniquais bildete, das sich sowohl auf das Kreolische als identitätsstiftendes Merkmal wie auch auf die Existenz französischer Elemente rekurriert. Es scheint, als ob sich viele Martiniquais als Franzosen mit kreolischer Identität definieren. In diesem Zusammenhang erscheint auch die komplexe Beziehung zwischen *créole* und *français* stringent; in Zukunft gilt es das Paradoxon zwischen der Bereicherung des Kreolischen durch das Französische einerseits und der fortwährenden Dominanz des Französischen andererseits aufzulösen.

Um mit den Worten von Jean Bernabé abzuschließen: « Beaucoup de gens trouvent normal que le créole se francise : Pour eux, il s'enrichit. L'ennui est que le phénomène se produit à sens unique. Le français n'a guerre besoin du créole pour s'enrichir ! » (Martschini in QVM, 2011, 73).

Résumé en français

Ce mémoire décrit le contact des langues au niveau collectif suite à la colonisation de la Martinique par l'État français lors de la conquête des Antilles au 16^{ième} siècle, la mise en œuvre d'une société de plantation, et l'import des esclaves du continent Africain. Cette situation de contact linguistique sur la Martinique comporta le développement d'une nouvelle langue, le *kréyol martinik*, entre les colons blancs et les esclaves africains ; cette langue créole basant sur le français fut au cours de près de 400 années d'histoire commune soumise aux décisions de politique linguistique du gouvernement central français.

Portant sur cette problématique, la question de recherche est la suivante :

Comment et dans quelle mesure influença la France les évolutions sociolinguistiques sur la Martinique?

Les points suivants constituent les objectifs de recherche du travail sous-jacent, qui seront expliqués et analysés plus en détail dans les chapitres suivants ; le contexte historique du début de la colonisation et de la décolonisation et la départementalisation à l'unification des autorités régionales en collectivité territoriale ; l'histoire des lois linguistiques françaises à l'égard de ses langues régionales et minoritaires, en tenant compte des conséquences de la politique linguistique dans les (anciens) colonies ; les concepts d'identité d'une société martiniquaise et l'utilisation du *kréyol martinik* en public.

Bases théorétiques de la linguistique

En adressant scientifiquement la sociolinguistique, il faut d'abord définir les termes de base. Cependant, ce domaine de recherche est encore dans les limbes. Ce n'est que depuis les années soixante que la créolistique a pris de l'ampleur, d'une part grâce à une réorientation de la linguistique, d'autre part due à l'intérêt croissant aux cultures afro-américaines et l'émancipation culturelle de certaines de ces cultures aux Caraïbes.

En général, il peut être constaté que les langues pidgins et créoles représentent des systèmes de communication entre des hommes devant entrer en échange mais manquant de langue commune. Dans la littérature, elles sont couramment décrites comme langues véhiculaires, autonomes contrairement aux dialectes ou jargons, et caractérisées par leur vocabulaires simplifiés et structures grammaticales de base ; néanmoins, des définitions uniques n'existent pas.

Le processus de pidginisation est un développement sociolinguistique complexe : la réduction des moyens linguistiques, la simplification des structures grammaticales et du

vocabulaire en général, et sa restriction sur certaines situations de communication comme apparaissant, par exemple, entre les partenaires commerciaux. La colonisation du 15^{ème} siècle par les colonialistes Européens et l'esclavage résultant expliquent la raison pour laquelle la plupart des pidgins se base sur des langues Européennes (notamment anglaise, française, espagnole, portugaise et néerlandaise). La société colonialiste et sa structure prédétermina le préjugé d'une langue inférieure et arriérée comparé aux langues d'origine des colonialistes ; peu surprenant, elles ne furent qu'utilisées si absolument nécessaire, ainsi leur pauvre prestige. Comme déjà mentionné, les pidgins peuvent s'expirer à la fin de la situation de contact si elles ne seront pas standardisés ou bien deviendront des langues maternelles de certains de leurs locuteurs.

La créolisation est un processus socio-ethnique identique de la pidginisation : ce terme dénomme le développement des créoles, donc des pidgins ayant devenus la langue maternelle d'une nouvelle génération de la minorité ethnique (souvent les descendants des esclaves). Au contraire du processus de pidginisation, la créolisation ne réduit pas mais enrichit le vocabulaire de la langue et mène à une complexité accrue. Les créoles seront enrichis par un lexique plus adapté à la vie quotidienne et au fonctionnement des communautés que les pidgins.

La décréolisation dénomme le phénomène de l'assimilation à la langue standard par les locuteurs des langues créoles à cause de leur pauvre réputation.

La créolistique se forma comme nouvelle discipline dans la linguistique, recherchant les racines et le développement des langues créoles dès le 20^{ème} siècle. A cause de leur multitude et ambiguïté dans la définition, respectivement le manque d'une définition universellement valable, des théories diverses sur leur formation existent.

Issu de la rencontre des colonialistes français et des esclavages africains, le *kréyol martinik* s'établit sur l'île comme langue auxiliaire afin de permettre la communication entre eux. Le français des colonialistes même ne fut pas de français de standard ; assez souvent, les colons descendirent des basses couches sociales ou bien parlèrent des parlers régionales, péjorativement vus comme « patois ». C'est la raison pour laquelle le créole martiniquais démontre des divergences par rapport au français, notamment en ce qui concerne la phonétique, la phonologie, la morphologie et la syntaxe. Le vocabulaire cependant fut issu du français colonial maritime du 17/18^{ème} siècle.

Le terme du « bilinguisme » (grec : *diglossie*) fut introduit à la linguistique au début du 20^{ème} siècle ; en 1959 Ferguson définit la diglossie comme la situation où deux langues coexistent sur un territoire ; outre les parlers (régionales), une langue divergente, plus

complexe, représentée comme supérieure, existe – souvent pour des motifs historiques. Cette deuxième langue est apprise formellement et figure comme langue formelle sans être utilisée par la communauté dans sa vie quotidienne. Cette situation contient un conflit linguistique, parce que ces « deux langues clairement différenciées s'affrontent, l'une politiquement dominante (emploi officiel, emploi publique) et l'autre politiquement dominée ». Ce conflit emporte des conséquences étendues concernant le développement socioéconomique et culturel. La résolution de cette situation de diglossie d'après ce concept s'effectue soit par la substitution de la langue dominée, donc l'assimilation à la langue de la norme (= langue dominante), soit par la normalisation de la langue dominée et ainsi l'élimination de la langue dominante jusqu'à présent. On constata la tendance à la substitution, à savoir, l'absorption de la langue dominante, voire plus prestigieuse, résultant à un certain ressentiment à l'égard de soi-même. Seulement cette solution permettrait la réussite sociale et ainsi les bases d'un processus de normalisation de la situation.

Le contexte historique

En 1635, le Guadeloupe et la Martinique revinrent à la puissance coloniale française. Si au début on essaya d'établir une société polyculturelle en colonisant le territoire par des Français, bientôt le peuple autochtone, *les Caraïbes*, furent exterminés. D'ici peu les colonialistes eurent besoin des main-d'œuvres et désormais on commença l'import des esclaves africains suivant l'exemple des colonies espagnoles et portugais du 16^{ième} siècle. Rapidement la part de la population négroïde dépassa celle de la population colonialiste blanche. Pour supprimer toute communication ou sentiment de solidarité (en craignant des révoltes), les esclaves d'origine commune furent séparés déjà sur les bateaux. Alors afin d'établir un outil de communication entre les colonialistes et les esclaves d'origines différentes, les langues créoles émergèrent.

En 1685, le *Code Noir* fut établi de Colbert pour régler le système économique et social dans les colonies. Cette loi non seulement imposa les obligations, il accorda également des droits aux esclaves (p.ex. devoir des colonialistes de soigner les esclaves malades, prohibition de la torture). Un article expliqua de ne pas enseigner la lecture et l'écriture aux esclaves, ce qui explique l'analphabétisme et le monolinguisme créole parmi les esclaves sur l'île. Le *Code Noir* commença la deuxième phase de la colonisation de l'île, la société de plantation. Cultiver la canne à sucre dans les monocultures demanda de plus en plus d'esclaves, ce qui résulta en 92% de population négroïde en 1848. Sans doute cette situation porta des conflits potentiels entre les deux communautés.

Les efforts de la révolution française de 1789 arrivèrent aux îles Caraïbes quelques ans plus tard, où ils menèrent à des révoltes des esclaves. La révolution causa également la perte de quelques colonies, comme St. Lucie aux Anglais en 1803, ou l'île Santo-Domingo, qui en 1804 devint l'État indépendant Haïti. Premièrement pour pouvoir ajouter à leur armée coloniale, l'Assemblée Nationale en 1794 vota l'abolition de l'esclavage, deux occupations Britanniques par contre empêchèrent cela. Différemment aux autres îles Caraïbes comme le Guadeloupe, esclavage ne fut jamais aboli sur la Martinique.

Les changements politiques en Europe et particulièrement la restructuration économique (démarrée par la concurrence de la production de sucre des betteraves) favorisèrent un tournant pour les colonies : en avril 1848, le gouvernement français sous l'humaniste français Victor Schoelcher, député de la Martinique dans l'Assemblée nationale, adopta le *Décret d'abolition de l'esclavage du 27 avril 1848*, pour « sauvegarder la paix aux colonies ». Devant entrer en force deux mois après, l'esclavage fut réellement aboli sur la Martinique déjà le 22 mai 1848 par des esclaves révoltés. Légalement, les anciens esclaves étaient maintenant des hommes et des femmes libres comme tous citoyens français, même possédant le droit de voter, mais l'État rata de créer une base économique pour leur existence indépendante, les menant dans une crise financière et existentielle. L'abolition de l'esclavage signifia un changement du statut juridique, pas du pouvoir et de la propriété pour l'instant. Maint se vit comme main-d'œuvre sous-payé.

Jusqu'à 1946, les colonies Caraïbes furent relativement autonomes, gérés par des gouverneurs de Paris, le partage de pouvoir réel entre « blancs et noirs » comme précédemment, caractérisé parfois par des révoltes occasionnelles. Les deux guerres mondiales aggravèrent la situation (économique) précaire encore de plus.

Le 20^{ième} siècle : entre autonomie et assimilation

La fin de la seconde guerre mondiale amena la fondation de la Quatrième République et ensuite la *Loi n° 46-451 du 19 mars 1946 tendant au classement comme départements français de la Guadeloupe, de la Martinique, de la Réunion et de la Guyane française* (les DOM, Départements d'outre-mer). Juridiquement, les résidents des anciennes colonies devinrent des *Français à part entière*, l'ancien gouverneur fut remplacé par un préfet emmené par le ministère intérieure ; en outre, les droits du conseil général furent limités.

Le député du Parti Communiste Français (PCF) Aimé Césaire (né en 1913 et mort en 2008 à la Martinique) fut partie du succès politique de cette décision par l'Assemblée nationale. Césaire, homme politique qui fonda en 1958 son propre parti politique, le Parti Progressiste Martiniquais, fut également poète ainsi que co-fondateur du mouvement de la négritude (avec Léopold Sédar Senghor et Léon Gontran Damas).

Se basant sur les 300 ans d'histoire commune qui lient au moins la Martinique et le Guadeloupe à la France, et la participation au destin ainsi que les avantages de ce lien avec l'Hexagone au présent, il se prononça pour une politique d'assimilation des quatre anciens colonies aux Caraïbes à la France métropolitaine. La *Loi de départementalisation* de 1946 finira officiellement le temps de colonies.

Le nouveau statut juridique de la Martinique signifia plus de pouvoir politique centralisé à Paris ; à son tour, on espéra l'amélioration du système économique et social sous-développé de l'île. Malgré cela, la reprise ne fut pas la souhaitée, et beaucoup d'habitants se sentirent plutôt « Français entièrement à part » que du même titre.

Le *malaise antillais* décrit cette période jusqu'à la décentralisation en 1982. Ne pas arrivant à surmonter les tensions sociales, en outre, sur le plan linguistique, le français obtient le monopole. La politique d'assimilation et acculturation française eut pour conséquence une assimilation de la culture antillaise, résultant en *aliénation* et complexes d'infériorité des habitants antillais. Le français supplanta le créole comme langue maternelle dans les familles ; Confiant en parle de la « langue de pères ». Les couches sociales les plus basses restèrent exclues de cette évolution, beaucoup d'enfants ne parlèrent guère le français en commençant l'école primaire. Cependant le français fut la langue de la vie publique, de l'administration, de la jurisprudence, de l'éducation et du monde du travail prospectif ; ainsi, seulement la maîtrise du français permettra la réussite sociale.

E 1981, la victoire du Parti Socialiste Français sous Mitterrand amena aux réformes de la politique économique et sociale. La *Loi n°82-213 du 2 mars 1982 relative aux droits et libertés des communes, des départements et des régions* (Lois Defferre) installa les DOM des Caraïbes également comme *Région d'outre-mer* (ROM), leur donnant plus de pouvoir autonome sur les questions locales telle que sur le plan économique, social et culturel. Le Conseil Régional en tant qu'organe principal de la région et le Conseil Général, l'organe principal du département, assumèrent la responsabilité de leurs propres budgets ; ainsi, ils disposèrent de la propre puissance exécutive.

La situation politique sur la Martinique peut être décrite comme une situation complexe ; actuellement, environ 30 partis politiques existent. On différencie selon les positions d'autonomie, d'indépendance ou d'adaptation complète de la Martinique à la République Française des mouvements autonomes, indépendantistes ou assimilationnistes. Un autre élément important est le taux de participation aux élections des Martiniquais, qui, dans le meilleur des cas, s'élève à près de 60%. La participation est très faible, notamment aux élections européennes.

Ci-suivant, une présentation des mouvements politiques Martiniquais les plus importants d'après le classement mentionné au-dessus :

Groupements assimilationnistes : Initiateur important pour l'adoption de la *Loi de départementalisation* en 1946 fut Aimé Césaire, à l'époque encore député du PCF, qui - contrairement à aujourd'hui - représenta l'idéologie de l'assimilation à la France. Cette loi marqua un premier triomphe d'idéologie assimilationniste, le second suivit en 2010, où environ 80% des Martiniquais se prononcèrent par référendum contre un statut d'autonomie de l'île.

Groupements autonomistes : Les autonomistes réaffirment - à la différence des assimilationnistes - leur propre histoire, la langue, la culture et l'identité des Martiniquais. Les pères fondateurs du mouvement d'autonomie Martiniquais sont le philosophe René Ménil et le précédemment mentionné Aimé Césaire, qui en 1958 fonda le Parti Progressiste Martiniquais (PPM) comme un parti nationaliste, démocratique et anticolonialiste pour préparer le peuple martiniquais à assumer la responsabilité des décisions sur le plan politique, économique, social et culturel, et pour axer ses efforts sur le développement de la personnalité martiniquaise. Le PPM devint le plus grand parti Martiniquais aux élections régionales de 2010 et élections cantonales de 2011.

Groupements indépendantistes : Les séparatistes (surtout des groupes de gauche et d'extrême gauche) vont plus loin que Césaire et supposent que les Martiniquais forment un peuple différencié des Français. Par conséquent, la Martinique doit être une nation souveraine avec le droit à l'autodétermination. Depuis les années 1980 jusqu'au début des années 1990, les mouvements d'indépendance DROM prennent leur forme la plus radicale (des attentats contre les symboles de l'Etat français). Aujourd'hui, les séparatistes représentent une force politique pas négligeable, mais plutôt dans le rôle de l'opposition, comme l'île avance et fait du progrès social et économique.

Actuellement, la Martinique d'un point de vue juridique a le même statut intégré comme tous les autres départements de la France - et est donc également un membre de l'Union européenne, sans grands adaptations aux conditions locales.

En raison des mauvaises conditions économiques et sociales (taux de chômage élevés, prix élevés et bas salaires), en février 2009 eurent lieu des émeutes sur les Antilles françaises. Le début eut sur Guadeloupe ; une semaine plus tard, une grève générale contre les conditions de vie coûteuses sur Martinique domina les affaires publiques locales. Le mouvement connut une grande popularité chez les Martiniquais et mobilisa de milliers de personnes à protester et prendre les rues de Fort-de-France. Lors de sa visite aux Antilles en Juin 2009, le président de la république Nicolas Sarkozy annonça un référendum sur des changements possibles du statut constitutionnel de l'île.

Le 10 Janvier 2010, la question référendaire «*Approuvez-vous la transformation de la Martinique en une collectivité d'outremer régie par l'article 74 de la Constitution, dotée d'une organisation particulière tenant compte de ses intérêts propres au sein de la République?*» fut refusée par 79,3% des Martiniquais avec un taux de participation de 55,3% des 296.800 ayant le droit de vote. Deux semaines plus tard, les Martiniquais approuvèrent la création d'un seul collectif pour une gestion plus efficace de la Martinique. Ce développement institutionnel dans le cadre de l'article 73 de la Constitution française aboutit à l'abolition des deux organes, le *Conseil Régional* et le *Conseil Générale*, qui sera remplacé par une *Assemblée (unique) de Martinique* avec un *Conseil exécutif* en tant qu'organe exécutif.

Dans le cadre de la réforme que Sarkozy lança en 2008, les territoires collectifs de la France désormais aussi en raison du résultat positif lors du deuxième référendum de 2010, devront fusionner les organes régionales et départementales pour une mise en œuvre d'une *collectivité territoriale unique*. Le droit applicable (*la Loi n ° 2011-884 du 27 juillet 2011 relative aux collectivités territoriales de Guyane et de Martinique*), fut adopté en juillet 2011 par l'Assemblée nationale et le Sénat, et il devrait être mis en œuvre en réalité en mars 2014. L'île obtiendra une propre *Assemblée de Martinique* avec 51 députés, un *Conseil exécutif* de 9 membres et un *Conseil économique, social et environnemental*.

La politique linguistique et culturelle en France du 16^{ième} siècle

La France continua tout au long des siècles de défendre et maintenir sa culture, notamment la langue française, par des mesures rigoureuses. En 1992, le paragraphe 2 de la Constitution française de 1958 fut élargi par la phrase suivante de *la Loi constitutionnelle n ° 92-554 du 25 juin 1992* : La langue de la République est le français. Élément déclencheur d'un nouveau débat sur le statut de la langue française (et raison de l'amendement constitutionnel) fut l'introduction de la *Charte européenne des langues régionales ou minoritaires* du juin 1992 par le Conseil de l'Europe. Parmi les 47 États membres du Conseil, 25 pays ratifièrent la Charte, dont l'Autriche, où elle est en vigueur depuis le 1er Octobre 2001. La France se trouva parmi les 8 pays ayant signé mais pas ratifié la Charte. Seulement en 1999, le président français Jacques Chirac signa la Charte, cependant la ratification échoua en raison de l'arrêt du Conseil Constitutionnel qui évalua le Préambule de la Charte comme contraire à la Constitution. L'utilisation des langues régionales dans l'administration ne fut pas acceptée, mais jusqu'à aujourd'hui, leur existence dans l'éducation et dans les médias est tolérée.

En 1539, François I délivra l'ordonnance encore en vigueur de *Villers-Cotterêts* comme première mesure législative pour émanciper le français du latin. Pendant le temps des colonialistes, le français fut un de plusieurs langues de la France métropolitaine. Étant utilisé pour les décrets royaux, il eut une certaine légitimité, mais les lois furent traduites dans les langues régionales. La création de l'*Académie française* en 1635 sous le cardinal Richelieu devrait promouvoir l'unification sociale et culturelle de la France et renforcer la position de la langue française. Les colonies n'en furent guère touchées.

Les mouvements de la révolution française déclarèrent ennemi les *patois* (langues régionales et dialectes). Bertrand Barère de Vieuzac, membre du *Comité de salut public* dans son discours « *sur les idiomes* » à la *Convention nationale* : « Citoyens, la langue d'un peuple libre doit être une et la même pour tous. [...] ». En outre, le maintien de la diversité linguistique fut évaluée peu pratique, puisque la traduction de textes juridiques dans les différentes langues régionales de France devint trop cher.

En conséquence, Henri Jean-Baptiste Grégoire publia en juin 1794 son *Rapport sur la nécessité et les moyens d'anéantir le patois, et d'universaliser l'usage de la langue française*. La langue des « nègres de nos colonies » ne fut que classé comme « espèce d'idiome pauvre », même pas une langue ou dialecte.

Si les langues régionales furent bannées du système éducatif, longtemps on refusa l'éducation scolaire aux esclaves Antillais. On craignit les esclaves cultivés mettre en danger le système. Seulement un décret du 5 Janvier 1840 donna aux esclaves le droit à l'enseignement primaire et l'enseignement religieux ; à la fois, elle se tiendra à partir de l'âge de quatre ans dans les écoles libres.

L'abolition de l'esclavage rendit petit à petit mieux la situation des personnes de couleur. Dans les années 1879 à 1886, la France adopta des lois sur l'enseignement sous le ministre de l'éducation, Jules Ferry, des lois scolaires qui peuvent être résumé en trois mots : « *gratuité, obligation, laïcité* ». Maintenant, les cursus et les méthodes d'enseignement de l'Hexagone arrivèrent aux colonies françaises des Caraïbes. Sans tenir compte des spécificités régionales, les enfants furent enseignés dans le sens de l'idéologie jacobine de la Troisième République. Une assimilation des colonies au système français fut avancée non seulement officiellement, mais aussi par les anciens esclaves qui espérèrent des meilleures possibilités au sein de la société de l'île.

Après le processus de départementalisation de 1946, l'enseignement en France fut rapidement démocratisé. Le taux de scolarisation augmenta, et donc les problèmes résultant de l'afflux massif d'étudiants issus des couches sociales plus défavorisées de la société. La tâche de l'école est désormais le rapprochement des anciennes colonies à la

culture française et de favoriser la diffusion de la langue nationale. Les cursus ne diffèrent pas de ceux de l'Hexagone, ainsi les étudiants sur les Antilles furent enseignés dans des contenus passant complètement leur propre vie (comme l'histoire, la géographie, la flore et la faune et les systèmes de valeurs), souvent dans une langue étrangère comme ils ne parlèrent guère français.

La *Loi n° 51-46 du 11 janvier 1951 relative à l'enseignement des langues et des dialectes locaux*, mieux connu comme *Loi Deixonne* (abrogée), fut d'abord une loi linguistique, une loi d'école et constitua une première reconnaissance juridique de l'existence des langues régionales en France. Le législateur autorisa les enseignants des écoles primaires d'utiliser les langues locales et dialectes, mais plutôt pour une meilleure compréhension du contenu ainsi que le français. Chaque semaine, l'enseignant put utiliser une heure pour la lecture et l'orthographe, mais cet enseignement fut sur une base volontaire pour les étudiants. La *Loi Deixonne* 1951 comprit les quatre langues régionales du breton, du basque, du catalan et de l'occitan, d'autres y furent ajoutées plus tard. Les langues créoles n'y figurèrent pas.

En 1975, Jean Bernabé fonda le GERECE (de 2001 : GERECE-F; *Groupe d'Études et Recherches en Espace Créolophone et Francophone*) comme institut de recherche se spécialisant sur le créole (langue, culture et population) à l'*Université des Antilles et de la Guyane* qui a son siège sur la Martinique.

Avec la victoire des socialistes aux élections présidentielles en 1981 et la réforme de la politique économique et sociale résultante vint une appréciation des régions et des langues régionales en France. Les *Circulaires Savary* du ministre de l'éducation Alain Savary, la *Circulaire n°82-261 du 21 juin 1982 « L'enseignement des langues régionales dans le service public d'éducation nationale »* et la *Circulaire n°83-547 du 30 décembre 1983 « Texte d'orientation sur l'enseignement des cultures et langues régionales »*, élaborèrent un programme d'action de l'enseignement de la langue régionale à tous les niveaux scolaires. À l'école primaire et au collège cela pourraient être jusqu'à trois heures par semaine, au lycée, la langue régionale pourrait être apprise comme deuxième ou troisième langue.

Il s'y agit d'une certaine « autorisation » des langues régionales par le gouvernement, mais son vrai mise en œuvre dépendit cependant beaucoup de chaque académie et de l'engagement personnel des enseignants, des parents et des élèves, car il fut sur eux-mêmes de prendre l'initiative, de trouver du matériel pédagogique approprié et de sacrifier une partie de leur temps libre pour les leçons.

La première reconnaissance des langues créoles dans les DOM français eut lieu en 1984 dans la *Loi n° 84-747 du 2 août 1984 relative aux compétences des régions de Guadeloupe, de Guyane, de Martinique et de la Réunion*. Le Conseil régional concerné eut autorisé d'offrir un enseignement de langues et cultures régionales sur une base volontaire et uniquement en complément du cursus.

Suivant au débat de la ratification de la *Charte européenne des langues régionales ou minoritaires* du juin 1992, Bernard Cerquiglini, le directeur du *Centre National de la Recherche Scientifique* (CNRS) établit un rapport sur les langues de la France. Il trouva 75 langues régionales ; parmi les créoles à base lexicale française le martiniquais.

La *Loi Toubon* de 1995 assura la suprématie du français ; en même temps, elle spécifia dans son article 21 que « Les dispositions de la présente loi s'appliquent sans préjudice de la législation et de la réglementation relatives aux langues régionales de France et ne s'opposent pas à leur usage ».

Le tournant du siècle comme tournant du politique linguistique

En 2000, le ministère de l'éducation lança un *Code de l'éducation* à force de loi, subsumant les nombreuses lois dans le domaine de l'éducation et représentant la référence par rapport à des changements dans la loi. Y compris sont 9 sujets qui rangent des principes de l'éducation jusqu'à son organisation et la vie scolaire.

Les articles *L312-10* et *L312-11* de sa quatrième partie notamment règlent l'enseignement des langues et cultures régionales.

Dans la *Loi n° 2000-1207 du 13 décembre 2000 d'Orientation pour l'outre-mer*, la protection et le respect de la culture traditionnelle, ainsi que le maintien des pratiques locales dans les DOM-TOM furent inscrit dans la loi (§ 33).

Article 34 pour la première fois accorda le statut juridique « langues régionales françaises » aux langues créoles au sens du patrimoine linguistique national. Cela eut pour conséquence l'accommodation des programmes d'histoire et de géographie.

Le CAPES (*Certificat d'Aptitude au Professorat de l'Enseignement du Second degré*) exista déjà pour le breton, le corse, l'occitan, le catalan et le basque; les langues créoles y furent ajoutées en 2001.

En 2008, la Constitution de 1958 fut de nouveau élargie : à la *Loi constitutionnelle n° 2008-724 du 23 juillet 2008 de modernisation des institutions de la Ve République* fut ajouté le paragraphe suivant : « Les langues régionales appartiennent au patrimoine de la France. »

Serge Letchimy, chef du PPM, stressa dans son discours *Rencontres Inter-régionales des langues et cultures Régionales* du janvier 2012 également la nécessité de la France d'accepter et de valoriser son plurilinguisme.

La recherche de son identité : *Négritude, Antillanité, Créolité*

En quête de l'identité et de la définition de la société créole naquit de la rencontre d'Aimé Césaire (1913-2008; Martiniquais), Léopold Sédar Senghor (1906-2001; Sénégalais) et Léon Gontran Damas (1912-1978, Guyanais) au Paris des années 1930 le mouvement de la *Négritude*. Leur journal *L'Étudiant noir* lutta contre l'aliénation culturelle et chercha « les racines africaines de la propre culture », ce qui amena une valorisation de la culture africaine.

Césaire définit la *Négritude* de la façon suivante : « La Négritude est la simple reconnaissance du fait d'être noir, et l'acceptation de ce fait, de notre destin de noir, de notre histoire et de notre culture. »

Si la *Négritude* contribua à la valorisation de la conscience de soi de la population négride, elle ne put pas transmettre aux Antillais une notion de leur propre identité. Un autre point de critique fort fut l'utilisation du français pour expliquer les concepts de la *Négritude*, de l'*Antillanité* et de la *Créolité* par les membres de ce mouvement, ce qui démontrait le consentement avec la langue des colonialistes et la mentalité Européenne.

Néanmoins, pour les Antillais, à la longue la quête d'identité dans leur propre cadre de vie et d'histoire des Caraïbes devint plus importante que la question des racines africaines. Dans ce contexte s'inscrit le concept de l'*Antillanité* que décrit Edouard Glissant (écrivain, poète et essayiste Martiniquais, 1928-2011) dans son œuvre *Le Discours antillais* de 1981. Il surmonta la dichotomie établie par la négritude de « noir » (au sens d'africain) et « blanc » (sens européen) et vit la culture des Caraïbes en tant que produit de la rencontre entre des peuples, des langues et des cultures différents.

Ce concept de Glissant fut évolué par les trois écrivains Martiniquais Jean Bernabé (né 1946), Patrick Chamoiseau (né 1953) et Raphaël Confiant (né 1951) : leur manifestation de 1989, *Eloge de la Créolité*, fit naître le mouvement de la *Créolité*. Cette nouvelle catégorie anthropologique inclut la valorisation de la langue créole au processus de l'enquête d'identité, la différence la plus importante par rapport au concept de la *Négritude*. L'oralité fonda les langues créoles ; la culture créole s'établit sur les plantations autour de ce noyau.

Français et créole dans la vie publique de Martinique

Étant un DROM français, la langue officielle sur la Martinique est le français, ancré juridiquement comme mentionné ci-dessus au paragraphe 2 de la Constitution de 1958, et se trouve appliqué partout dans la vie publique (de la législation et de l'administration aux médias, la seule exception étant celle de la radio). Le créole est caractérisé par son utilisation informelle et orale, donc les deux langues diffèrent déjà en fonction de leur emploi. Jean Bernabé parla d'un dimorphisme linguistique créole/ français, allant de pair avec un dimorphisme anthropologique oralité/écriture.

Puisque les médias écrits représentent un domaine d'utilisation officielle et publique de l'écriture, la langue dominante s'utilise (le français). Dans le domaine informel et public le créole est de même utilisé. En général, le recours au créole s'instrumentalise pour augmenter l'attention et vise à la sensibilisation du public de certains sujets.

La conscience collective des Martiniquais est un facteur qui contribue à la vitesse et à l'ampleur des changements de l'emploi de la langue créole.

L'usage de la langue change également grâce aux médias nouveaux comme Internet. Particulièrement les sites web offrent d'une manière abordable et facilement accessible, pourtant d'une grande portée, de réaliser des projets qui soutiennent les traditions culturelles et de promouvoir la langue créole. Potomitan en serait un exemple actuel. Aussi sur Facebook, le créole jouit d'une grande popularité car il s'écrit plus facilement et plus vite.

La réhabilitation du créole qui s'établit vers la fin du 20^{ième} siècle eut pour conséquence son utilisation dans les médias audiovisuels comme la télé ou bien la radio. Sur la radio Martiniquais le créole est fréquemment représenté, beaucoup plus que dans d'autres médias. Une grande différence entre les stations publiques et privées se montre.

La radio d'État (p.ex., RFO Martinique, Radio France Outre-mer) est dominée par le français, si on souhaite adresser un public particulier, le créole s'utilise aussi dans les informations et les programmes d'actualité, mais cela reste plutôt une exception.

Ils existent deux stations créoles indépendantes dont leurs noms montrent déjà leur motivation politique : Radio RLDM (*Radyo Lévé Doubout Matinik*) et Radio APAL (après le mot créole « *Asé pléré annou lité* » – « *Assez pleuré, à nous lutter!* »).

Donc, pour se distinguer de l'Hexagone, la radiodiffusion libre et politiquement motivé parle créole, ce qui devrait exprimer la valeur unique et l'autonomie Martiniquais.

La présence du créole à la télévision est très réduite; *Antilles TéléVision* (ATV) émet des nouvelles et des interviews, des histoires courtes, des spectacles de cabaret et de temps en temps des films sous-titrés au français en langue régionale.

Compte tenu de la question de recherche, les constats suivants peuvent être faits :

Le sort de la société et de la langue sur la Martinique succomba entièrement à la volonté politique et les calculs de puissance de l'État français. La Martinique est la scène du contact linguistique intensive entre deux langues, dont l'un, le créole, est le résultat de l'autre, le français. Issu de l'urgence de la situation de communication, la formation du créole fut nécessaire pour permettre l'échange entre les esclaves africains et les français. En ce qui concerne cette histoire de la langue créole, il est même plus surprenant de constater que ce contact intensif de langue se déroule rarement si sans conflit comme sur la Martinique. Il semble que les Martiniquais sont conscients de leur rôle en tant qu'anciens colonisés, mais ils ne veulent pas être réduits à la stigmatisation des opprimés. En transformant la colonie dans un DOM, les Martiniquais sont devenus des citoyens égaux de la France qui purent croire à la modernisation. Apparemment, ils voulurent oublier le passé en tant qu'esclaves opprimés et réprimés des colonies ; il y a des très faibles mouvements autonomistes ces dernières décennies sur l'île. On peut actuellement voir aucun mouvement séparatiste sérieux.

Le statut de la langue dans la société s'y inscrit: l'adoption de la langue française dans le secteur public, notamment à travers le système scolaire, a été rarement remis en question, le créole était depuis ses origines une langue orale et le resta jusqu'à aujourd'hui. Mesures visant à promouvoir le créole comme langue régionale de la part du gouvernement central se trouvèrent toujours les bienvenus dans la société antillaise, mais ils ne furent jamais vraiment demandés par eux-mêmes. Cette situation de diglossie dans la société martiniquaise (le français pour le secteur public et l'utilisation du créole pour le secteur privé) se retrouve également dans les concepts présentés à la recherche d'une nouvelle identité créole indépendante. Malgré la reconnaissance constitutionnelle du créole comme patrimoine de la France, désormais les nombreuses lois linguistiques changèrent très peu sur le statut de la langue créole comme langue de l'oralité. Au même temps le créole représente un élément important de l'identité culturelle des Martiniquais. Les résultats de la recherche montrent que ces dernières années, le recours à la fois au créole ainsi que l'existence d'éléments français formèrent l'identité culturelle des Martiniquais. Beaucoup se définissent comme Français à identité créole. Dans ce contexte, la relation complexe entre créole et français et le paradoxe entre l'enrichissement du créole par le français d'une part et la prédominance continuée du français d'autre part restent à dissoudre à l'avenir.

Abkürzungsverzeichnis

APAL	„Asé pléré annou lité“ – „Assez pleuré, à nous lutter!“
ATV	Antilles TéléVision
BPM	Bâtir le Pays Martinique
BO	Bulletin Officiel
CAPES	Certificat d’Aptitude au Professorat de l’Enseignement du Second degré
CNCP	Conseil National des Comités Populaires
CNRS	Centre National de la Recherche Scientifique
COM	Collectivité d’outre-mer
DFA	Département Français d’Amérique
DFAn	Département Français Antilles
DGLFLF	Délégation Générale à la Langue Française et aux Langues de France
DOM	Département d’outre-mer
DOM-TOM	Départements et territoires d’outre-mer
DROM	Département et région d’outre-mer
FKS	Französische Kreolsprachen
FMP	Forces Martiniquaises de Progrès
FSM	Fédération Socialiste de la Martinique
GEREC-F	Groupe d’Études et Recherches en Espace Créolophone et Francophone
LOOM	Loi d’Orientation pour l’outre-mer
MIM	Mouvement Indépendantiste Martiniquais
MLP	Mouvement Libéral Populaire
MoDem	Mouvement Démocrate de la Martinique
MODEMAS	Mouvement des Démocrates et Écologistes pour une Martinique Souveraine
MPF	Mouvement Populaire Franciscain
OO	Osons Oser
PALIMA	Parti pour la Libération de la Martinique
PCF	Parti Communiste Français
PCM	Parti Communiste Martiniquais
PPM	Parti Progressiste Martiniquais
PRM	Parti Régionaliste Martiniquais
RDM	Rassemblement Démocratique Martiniquaise
RFO	Radio France Outre-mer
RLDM	Radio Lévê Dubout Matinik
RM	Renouveau Martinique
ROM	Région d’outre-mer
UAG	Université des Antilles et de la Guyane
UMP	Union pour un Mouvement Populaire
UNR	Union pour une Nouvelle République

Bibliographie

- BERNABÉ Jean/ CHAMOISEAU Patrick/ CONFIANT Raphaël (1993): Éloge de la créolité. In Praise of Creoleness. Paris: Gallimard [zweisprachige Ausgabe, engl. Übersetzung von M.B. Taleb-Khyar]
- BILDSTEIN Martina (2008): *La question du créole dans le système éducatif en Martinique*. Wien, Universität, Diplomarbeit
- CÉSAIRE Aimé (1983): *Le Cahier d'un retour au oays natal*. Paris et al.: Éds. Présence Africaine
- CICHON Peter (1998/99): „Témoignages sur la situation sociolinguistique à la Martinique en 1998“. In: *Quo vadis, Romania?* 12/13, S.70-91
- CONDÉ Maryse (1978): *Cahier d'un retour au pays natal: analyse critique*. Paris: Hatier
- FISHMAN Joshua Aaron (1971): *Sociolinguistics: a brief introduction*. Rowley/Mass.: Newbury House Publications
- FISHMAN Joshua Aaron (1989): *Language and ethnicity in minority sociolinguistic perspective*. Clevedon: Multilingual Matters
- GLISSANT Edouard (1997): *Le discours antillais*. Paris: Éd. Gallimard
- HARTL Gertraud/ REDL Klaus (2011): „Die politische Landschaft Martiniques – zwischen Autonomie und Assimilation“. In: CICHON Peter: *Quo vadis, Madinina? Eindrücke einer soziolinguistischen Forschungsreise nach Martinique* (27.Februar – 13.März 2011), Wien, S.33-40
- HASLER Petra (2002): *Zwischen Französisch und Kreolisch: eine Untersuchung zum sprachlichen Bewusstsein von Sprecherinnen und Sprecher in Le Gosier (Guadeloupe)*. Wien, Universität, Diplomarbeit
- HAZAËL-MASSIEUX Marie-Christine [Hrsg.] (1997): *Contacts de langues, contacts de cultures, créolisation : mélanges offerts à Robert Chaudenson à l'occasion de son soixantième anniversaire*. URA 1041 du CNRS Centre National de la Recherche Scientifique, Paris, Unité Associée Cultures Empiriques et Identités Culturelles à la Réunion Paris: L'Harmattan
- HÖLLER Antonia/ KRAMETTER Gudrun (1998/99): „Französisch und Kreolisch auf den Antillen: Von einer antagonistischen zu einer komplementären Interpretation“. In: *Quo vadis, Romania?* 12/13, S.29-50
- KREMnitz Georg (1983): *Français et créole - ce qu'en pensent les enseignants : le conflit linguistique à la Martinique*. Hamburg: Buske
- KREMnitz Georg (1986): „Le créole aux Antilles française. Son emploi administratif et public“. In: *Französisch heute* 1986-1 (März), S.215-230

- KREMnitz Georg (1990): *Gesellschaftliche Mehrsprachigkeit : institutionelle, gesellschaftliche und individuelle Aspekte; ein einführender Überblick*. Wien: Braumüller
- KREMnitz Georg (1995): *Sprachen in Gesellschaften. Annäherung an eine dialektische Sprachwissenschaft*. Wien: Braumüller
- KREMnitz Georg (1998/99): „Madinina, trente années d'observation. Entre négritude, assimilation et créolité. Quelques fragments“. In: *Quo vadis, Romania?* 12/13, S.103-116
- Le Petit Futé Martinique*, 2007-2008, XII^e édition, Nouvelle édition de l'université, Paris
- LEINER Jacqueline (1980): *Imaginaire, langage, identité culturelle, négritude: Afrique, France, Guyana, Haïti, Maghreb, Martinique*. Tübingen: Narr
- MARTSCHINI Dagmar (2011): „Kritische Stimmen zur Zukunft des Kreolischen auf Martinique.“ In: CICHON Peter: *Quo vadis, Madinina? Eindrücke einer soziolinguistischen Forschungsreise nach Martinique* (27.Februar – 13.März 2011), Wien, S.72-74
- PESCHKE Elisabeth (1998/99): „Zur Sozialgeschichte des Sprechens auf Martinique.“ In: *Quo vadis, Romania?* 12/13, S.52-69
- REIDL Petra (1998/99): „Zu grundlegenden Begrifflichkeiten: Pidginisierung, Pidgin, Kreolisierung, Kreol“. In: *Quo vadis, Romania?* 12/13, S.8-28
- REUTNER Ursula (2005): *Sprache und Identität einer postkolonialen Gesellschaft im Zeitalter der Globalisierung: eine Studie zu den Französischen Antillen Guadeloupe und Martinique*. Hamburg: Buske
- SEILER Falk (2012): *Normen im Sprachbewusstsein: eine soziolinguistische Studie zur Sprachreflexion auf Martinique*. Wien: Praesens-Verlag
- STEIN Peter (1984): *Kreolisch und Französisch*. Tübingen: Niemeyer (Romanistische Arbeitshefte 25)
- STEINER Johanna (2011): „Einen Gegenüberstellung der Bedeutung der kreolischen Sprache im staatlichen und im freien Radio Martiniques“. In: CICHON Peter: *Quo vadis, Madinina? Eindrücke einer soziolinguistischen Forschungsreise nach Martinique* (27.Februar – 13.März 2011), Wien, S.60-65
- TODD Loreto (1990): *Pidgins and Creoles*. London et al.: Routledge
- WIESER Corinna (2011): „Kreolisch und Französisch in schriftlichen Medien auf Martinique“. In: CICHON Peter: *Quo vadis, Madinina? Eindrücke einer soziolinguistischen Forschungsreise nach Martinique* (27.Februar – 13.März 2011), Wien, S.48-59
- WILDGEN Quirin (2010): *Aimé Césaire zwischen Poesie und Politik: Identität und Gesellschaft auf Martinique*. Frankfurt am Main, Wien et al.: Lang

Internetquellen

Homepage der *Université Laval, Québec*:

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/amsudant/martinique.htm> (letzter Zugriff am 27.01.2013)

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/amsudant/guyanefr1685.htm> (letzter Zugriff am 20.01.2013)

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/amsudant/guyanefr1848.htm> (letzter Zugriff am 20.01.2013)

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/francophonie/barere-rapport.htm>
(letzter Zugriff am 20.01.2013)

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/francophonie/gregoire-rapport.htm>
(letzter Zugriff am 20.01.2013)

http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/france-3politik_minorites.htm
(letzter Zugriff am 23.01.2013)

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/franceloi-2010-prop.htm>
(letzter Zugriff am 27.01.2013)

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/franceloi-2010-prop.htm>
(letzter Zugriff am 27.01.2013)

Homepage des *Conseil Constitutionnelle* :

<http://www.conseil-Lnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/la-constitution/la-constitution-du-4-octobre-1958/texte-integral-de-la-constitution-de-1958.5074.html#preamble>
(letzter Zugriff am 20.01.2013)

Homepage des Französischen Innenministeriums:

http://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Regionales/elecresult__regionales_2010/%28path%29/regionales_2010/002/002.html (letzter Zugriff am 23.01.2013)

Homepage des Französischen Bildungsministeriums:

<http://www.education.gouv.fr/cid2801/les-textes-officiels.html>
(letzter Zugriff am 25.01.2013)

<http://www.education.gouv.fr/bo/2000/8/encart.htm> (letzter Zugriff am 25.01.2013)

<http://www.education.gouv.fr/bo/2001/33/encart.htm> (letzter Zugriff am 25.01.2013)

Homepage der Europäischen Union:

<http://conventions.coe.int/treaty/fr/Treaties/Html/148.htm> (letzter Zugriff am 20.01.2013)

Homepage des Französischen Senats:

<http://www.senat.fr/evenement/archives/D42/index.html> (letzter Zugriff am 20.01.2013)

Homepage des *Service public de l'accès du droit*:

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000006068018>

(letzter Zugriff am 20.01.2013)

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000571356&dateTexte=vig> (letzter Zugriff am 20.01.2013)

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000571356&dateTexte=vig> (letzter Zugriff am 20.01.2013)

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000723466>
(letzter Zugriff am 20.01.2013)

http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do;jsessionid=2FC26589805BFD3634A8F25CF95553B0.tpdjo09v_3?cidTexte=LEGITEXT000006068094&dateTexte=20000621
(letzter Zugriff am 23.01.2013)

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000334174&fastPos=1&fastReqId=171589702&categorieLien=id&oldAction=rechTexte>
(letzter Zugriff am 23.01.2013)

http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do;jsessionid=C922027F29D7A532FEFAA72525AA1A33.tpdjo09v_3?cidTexte=JORFTEXT000000878215&dateTexte=20130125
(letzter Zugriff am 23.01.2013)

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000349929&fastPos=2&fastReqId=1619911934&categorieLien=cid&oldAction=rechTexte>
(letzter Zugriff am 23.01.2013)

http://www.legifrance.gouv.fr/affichCode.do;jsessionid=CB28CF2D865C36A079CDF0C7A3A0606B.tpdjo09v_3?cidTexte=LEGITEXT000006071191&dateTexte=20130126
(letzter Zugriff am 25.01.2013)

http://www.legifrance.gouv.fr/affichCode.do;jsessionid=CB28CF2D865C36A079CDF0C7A3A0606B.tpdjo09v_3?idSectionTA=LEGISCTA000006182403&cidTexte=LEGITEXT000006071191&dateTexte=20130126 (letzter Zugriff am 25.01.2013)

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000387814&fastPos=1&fastReqId=825501764&categorieLien=cid&oldAction=rechTexte>
(letzter Zugriff am 23.01.2013)

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000587373&fastPos=21&fastReqId=659221303&categorieLien=id&oldAction=rechTexte>
(letzter Zugriff am 25.01.2013)

http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do;jsessionid=C8EDCB62F0B568DCA24B3A982FF383F4.tpdjo12v_1?cidTexte=JORFTEXT000019237256&dateTexte=20130126
(letzter Zugriff am 25.01.2013)

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000006071194>
(letzter Zugriff am 25.01.2013)

Homepage der Nationalversammlung:

<http://www.assemblee-nationale.fr/histoire/depts-oultre-mer.asp>
(letzter Zugriff am 20.01.2013)

<http://www.assemblee-nationale.fr/histoire/decentralisation.asp>
(letzter Zugriff am 20.01.2013)

<http://www.assemblee-nationale.fr/13/propositions/pion3008.asp>
(letzter Zugriff am 27.01.2013)

<http://www.assemblee-nationale.fr/histoire/aime-cesaire/negritude.asp>
(letzter Zugriff am 27.01.2013)

Homepage über offizielle Informationen der französischen Politik:

http://www.france-politique.fr/wiki/Cat%C3%A9gorie:Partis_politiques_Martinique
(letzter Zugriff am 23.01.2013)

Homepage des *Parti Progressiste Martiniquais*:

<http://www.ppm-martinique.fr/a-propos/> (letzter Zugriff am 23.01.2013)

Homepage der Zeitung *Liberation*:

<http://www.liberation.fr/politiques/0101354298-escalade-a-la-martinique>
(letzter Zugriff am 23.01.2013)

<http://www.liberation.fr/politiques/0101576439-sarkozy-propose-un-referendum-sur-l-autonomie-en-martinique> (letzter Zugriff am 23.01.2013)

<http://www.liberation.fr/politiques/0101615401-guyane-et-martinique-votent-sur-leur-statut>
(letzter Zugriff am 23.01.2013)

<http://www.liberation.fr/politiques/0101615552-guyane-et-martinique-votent-sur-leur-statut>
(letzter Zugriff am 23.01.2013)

Homepage des DGLF:

<http://www.dglf.culture.gouv.fr> (letzter Zugriff am 20.01.2013)

http://www.dglf.culture.gouv.fr/lang-reg/rapport_cerquiglini/langues-france.html (letzter Zugriff am 25.01.2013)

Homepage der *Université de Perpignan*:

<http://mjp.univ-perp.fr/france/co1791.htm> (letzter Zugriff am 20.01.2013)

Homepage des Instituts für Interkulturelle Kompetenz und Didaktik:

<http://www.ikud.de/Lingua-franca.html> (letzter Zugriff am 20.01.2013)

Homepage über Basisinformationen zum Kreolischen:

<http://www.le-creole.com/recherche-et-creole.htm> (letzter Zugriff am 25.01.2013)

Homepage der *Promotion des cultures et des langues créoles*:
<http://www.potomitan.info> (letzter Zugriff am 27.01.2013)

<http://www.potomitan.info/travaux/publications.htm> (letzter Zugriff am 25.01.2013)

Homepage der *Académie de la Martinique*:
<http://cms.ac-martinique.fr/discipline/histgeo/articles.php?lng=fr&pg=25>
(letzter Zugriff am 25.01.2013)

Homepage von Serge Letchimy:
<http://www.serge-letchimy.fr/2012/01/13/rencontres-inter-regionales-des-langues-et-cultures-regionales/> (letzter Zugriff am 27.01.2013)

Homepage des *Institut national de l'audiovisuel*:
<http://www.ina.fr/fresques/jalons/fiche-media/InaEdu04549/aime-cesaire-poete-de-la-negritude.html> (letzter Zugriff am 27.01.2013)

Homepage des *Institut du Tout Monde*:
<http://tout-monde.com/> (letzter Zugriff am 27.01.2013)

Homepage des Vereins « *Tous Créoles !* »
www.touscreoles.fr (letzter Zugriff am 28.01.2013)

<http://www.touscreoles.fr/2012/05/21/la-charte-de-tous-creoles/>
(letzter Zugriff am 28.01.2013)

Onlineausgabe der Tageszeitung *France Antilles*:
<http://www.martinique.franceantilles.fr> (letzter Zugriff am 27.01.2013)

Link zu PDF-Datei: *Une politique linguistique pour la Bretagne*; Rapport d'actualisation; 2012; p.11;
http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0CD0QFjAB&url=http%3A%2F%2Fwww.bretagne.fr%2Finternet%2Fjcms%2Fpreprod_144323%2Frapport-d-actualisation-de-la-politique-linguistique-pour-la-bretagne-session-du-conseil-regional-de-mars-2012&ei=KEwEUfmOOY2q0AXypoHYBQ&usg=AFQjCNEmG6v4NxxurpmeVK2YhO2Uw_ShWA&bvm=bv.41524429,d.d2k&cad=rja (letzter Zugriff am 27.01.2013)

Link zu PDF-Datei: *Un grand poète noir; extraits de la préface à l'édition de 1947 de Cahier d'un retour au pays natal d'Aimé Césaire*
http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=cahier%20d%27un%20retour%20au%20pays%20natal%20pdf&source=web&cd=4&sqi=2&ved=0CEYQFjAD&url=http%3A%2F%2Fmusiquefrancaise.asso.fr%2Fspip%2FIMG%2Fpdf%2FPreface_d_Andre_BRETON.pdf&ei=tTwFUYauHqLC0QWT6oA4&usg=AFQjCNGmaXPhSX4a75VMOxkNGSWIF4zJ3A&bvm=bv.41524429,d.d2k&cad=rja (letzter Zugriff am 27.01.2013)

Appendix

Anhang A

Bernard Cerquiglini : *Les Langues de France : rapport au ministre de l'éducation nationale, de la recherche et de la technologie et à la ministre de la culture et de la communication* (1999)

Langues parlées par des ressortissants français sur le territoire de la République.

France métropolitaine

- * dialecte allemand d'Alsace et de Moselle
- * basque
- * breton
- * catalan
- * corse
- * flamand occidental
- * francoprovençal
- * occitan (gascon, languedocien, provençal, auvergnat-limousin, alpin-dauphinois)
- * langues d'oïl : franc-comtois, wallon, picard, normand, gallo, poitevin-saintongeais, bourguignon-morvandiau, lorrain.
- * berbère
- * arabe dialectal
- * yiddish
- * romani chib
- * arménien occidental

Départements d'Outre Mer

- * créoles à base lexicale française : martiniquais, guadeloupéen, guyanais, réunionnais.
- * créoles bushinenge (à base lexicale anglo-portugaise) de Guyane : saramaca, aluku, njuka, paramaca
- * langues amérindiennes de Guyane : galibi (ou kalina), wayana, palikur, arawak proprement dit (ou lokono), wayampi, émerillon.
- * hmong

Territoires d'Outre Mer

Nouvelle Calédonie

- * 28 langues kanak:

Grande Terre : nyelâyu, kumak, caac, yuaga, jawe, nemi, fwâi, pije, pwaamei, pwapwâ, dialectes de la région de Voh-Koné, cèmuhi, paicî, ajië, arhâ, arhö, ôrôwe, neku, sîchë, tîrî, xârâcùù, xârâgùrè, drubéa, numèè.

Iles Loyauté : nengone, drehu, iaai, fagauvea.

Territoires français de Polynésie :

- * tahitien
- * marquisien
- * langue des Tuamotu
- * langue mangaréviennne
- * langue de Ruturu (Iles Australes)
- * langue de Ra'ivavae (Iles Australes)
- * langue de Rapa (Iles Australes)
- * walissien
- * futunien

Mayotte :

- * shimaoré
- * shibushi

N.B. A notre connaissance, il n'existe pas de langue spécifique à la Collectivité territoriale de Saint-Pierre-et-Miquelon.

Anhang B

N° 3008 (rectifié)

ASSEMBLÉE NATIONALE

CONSTITUTION DU 4 OCTOBRE 1958

TREIZIÈME LÉGISLATURE

Enregistré à la Présidence de l'Assemblée nationale le 7 décembre 2010.

PROPOSITION DE LOI relative au développement des langues et cultures régionales,
(Renvoyée à la commission des affaires culturelles et de l'éducation, à défaut de constitution
d'une commission spéciale dans les délais prévus par les articles 30 et 31 du Règlement.)

présentée par Mesdames et Messieurs

Armand JUNG, Gisèle BIEMOURET, Daniel BOISSERIE, Danielle BOUSQUET, Martine CARRILLON-COUVREUR, Pascal DEGUILHEM, Jean-Pierre DUFAU, Jean-Louis DUMONT, Jean-Paul DUPRÉ, Corinne ERHEL, Martine FAURE, Claude GATIGNOL, Jean GAUBERT, Paul GIACOBBI, Joël GIRAUD, Pascale GOT, Maxime GREMETZ, Anne GROMMERCH, Francis HILLMEYER, Monique IBORRA, Jean-Louis IDIART, Françoise IMBERT, Denis JACQUAT, Éric JALTON, Yvan LACHAUD, Colette LANGLADE, Jean LAUNAY, Marylise LEBRANCHU, Gilbert LE BRIS, Annick LE LOCH, Catherine LEMORTON, Jacques LE NAY, Serge LETCHIMY, Michel LIEBGOTT, Martine LIGNIÈRES-CASSOU, Victorin LUREL, Jean-René MARSAC, Martine MARTINEL, Frédérique MASSAT, Kléber MESQUIDA, Jean-Marie MORISSET, Henri NAYROU, Marie-Renée OGET, Françoise OLIVIER-COUCPEAU, Germinal PEIRO, Simon RENUCCI, Marcel ROGEMONT, François de RUGY, Christiane TAUBIRA, Pascal TERRASSE, Philippe TOURTELIER, Jean-Jacques URVOAS, André VÉZINHET, Jean-Michel VILLAUMÉ et Philippe VITEL,

députés.

EXPOSÉ DES MOTIFS

Ce texte est issu des travaux consensuels réalisés par le groupe d'études sur les langues régionales, que j'ai l'honneur de présider actuellement. Les membres du groupe d'études sur les langues régionales représentent toutes les tendances politiques.

À de nombreuses reprises déjà, le Parlement a été saisi de propositions de loi en faveur des langues régionales de France. Elles ne sont jamais venues en discussion, à l'exception de celle, aux ambitions fort modestes, qui allait être adoptée le 11 janvier 1951 sous le nom de loi « Deixonne ».

Désormais, la reconnaissance constitutionnelle des langues régionales implique de leur donner un cadre législatif et de créer les outils juridiques nécessaires à leur sauvegarde. Par le nouvel article 75-1, le Constituant a en effet reconnu que leur préservation n'était pas seulement l'affaire de leurs locuteurs, mais concernait la collectivité nationale dans son ensemble car ces langues constituent un bien commun à l'ensemble de la France.

Il n'existe aujourd'hui aucun cadre législatif consistant sur l'usage des langues régionales. Le code de l'éducation comporte seulement une faculté pour les autorités académiques de les inclure dans l'enseignement, les modalités de cette insertion étant laissées à leur appréciation et précisées par de simples circulaires.

Pour le reste, les règles légales qui ont été dégagées sont surtout restrictives. Par exemple, la loi du 4 août 1994 sur l'emploi de la langue française a été interprétée par le Conseil d'État dans un

sens restrictif pour ce qui touche à l'utilisation de la méthode immersive (affaire Diwan). Les refus de prendre en compte les langues régionales dans le fonctionnement de la Poste ont été jugés légaux. Leur usage est exclu dans l'administration et la justice – sauf sous forme de traduction de textes français.

Il n'existe en somme aucun statut légal des langues régionales, mais seulement une politique de tolérance, parfois empreinte de bienveillance, mais souvent aussi d'hostilité.

Si donc le législateur veut tirer les conséquences de la reconnaissance des langues régionales comme éléments du patrimoine de la République, il est indispensable de leur octroyer un soutien juridique.

C'est d'autant plus vrai que ces langues sont aujourd'hui affaiblies et ne bénéficient plus guère de modalités naturelles de transmission. Si le législateur a jugé opportun d'adopter un cadre juridique protecteur pour la langue française et de développer une politique de soutien à cette langue, une telle nécessité apparaît encore plus impérieuse pour les langues régionales.

Sans doute celles-ci ont-elles besoin d'un dispositif de protection différent de celui prévu pour la langue française, puisqu'à l'évidence leur situation n'est pas la même. Comme cela a été relevé dans beaucoup d'autres pays pour des langues comparables, il ne suffit pas d'en autoriser l'usage ou de supprimer les discriminations dont elles font l'objet. Il est nécessaire de construire une véritable politique de soutien à ces langues, qui combine les outils juridiques, institutionnels, financiers et autres. Il s'agit de sauver ce patrimoine commun.

Dans ce contexte, les locuteurs de ces langues doivent moins être les bénéficiaires de mesures que les agents d'une stratégie publique.

Quiconque le souhaite peut participer à cette entreprise de sauvetage.

La présente proposition de loi ne vise donc pas à accorder des droits particuliers à des groupes, mais à organiser une politique de protection publique.

Cette politique est indispensable à plus d'un titre.

D'abord parce qu'elle est portée par un élémentaire idéal de justice. La disparition d'une langue, quelle qu'elle soit, est un facteur d'appauvrissement pour l'humanité tout entière. La défense de la biodiversité et celle de la pluralité linguistique relèvent au fond d'une même logique, et il appartient à chaque État, sur son territoire, de prendre toute mesure utile afin d'en enrayer le déclin.

La France a la chance de compter sur son sol, en métropole et outre-mer, soixante-quinze langues différentes. Toutes ont leur histoire, ont généré une culture spécifique et une littérature parfois brillante, ont servi de vecteur à une pensée, à des sentiments, à des croyances précieux dans leur singularité.

Les pouvoirs publics de notre pays sont redevables devant les générations futures de leur préservation et de leur pérennisation. Car elles contribuent à la richesse de notre Nation, et nul n'a le droit, par indifférence ou hostilité, de laisser se perdre tout ou partie de ce patrimoine inestimable.

Il en va aussi du rayonnement européen et international de la France.

Nos prises de position, éminemment courageuses, en faveur de la défense de la diversité linguistique et culturelle dans le monde ne pourront que s'en trouver confortées et légitimées si nous sommes en mesure d'appliquer avec autant d'audace et de détermination ce même principe dans notre propre pays.

Nos voisins de l'Union, qui pour la plupart ont initié depuis déjà longtemps des politiques extrêmement généreuses en vue de promouvoir leurs propres langues régionales, attendent de nous un geste fort en la matière. La France se doit de participer à ce mouvement international de

reconnaissance de la pluralité linguistique, en soi salutare, parce qu'il est l'un des truchements par lesquels sa voix est appelée à gagner encore en influence.

Tels sont, Mesdames, Messieurs, les considérations qui nous ont conduits à déposer la présente proposition de loi.

Les articles 1er et 2 posent le principe d'une mission des pouvoirs publics en matière de sauvegarde des langues régionales. Une telle mission résulte de l'article 75-1 de la Constitution qui reconnaît ces langues comme constitutives du patrimoine de la France. Elle incombe dans leurs domaines de compétence respectifs à l'État, aux collectivités territoriales ainsi qu'aux

établissements publics qui en relèvent. Ces dispositions ne procèdent donc

à aucune attribution de compétence spécifique concernant les langues régionales. Leur sauvegarde doit être intégrée dans les actions des collectivités publiques dans les champs de compétences inhérents à chacune.

L'article 3 offre la faculté aux collectivités territoriales concernées, dans le respect des principes établis par la Constitution, d'attribuer un statut protégé aux langues régionales pratiquées sur leur territoire.

L'article 4 vise à étendre les mesures de protection anti-discrimination aux actes de dénigrement, d'empêchement, d'hostilité à l'encontre de l'usage et de la promotion des langues régionales. La HALDE et les associations de défense de ces langues pourront engager des actions pénales contre de tels comportements discriminatoires.

L'article 5 précise le rôle des collectivités territoriales en matière de promotion des langues régionales. Les régions sont pourvues d'une mission de conception et de coordination en ce domaine. Toutefois, elles pourront déléguer cette compétence à un département ou à une structure intercommunale si la langue est pratiquée sur un territoire restreint.

A contrario, si l'aire d'usage d'une langue donnée s'étend sur plusieurs régions, celles-ci pourront exercer la mission en question dans le cadre d'une entente interrégionale.

Pour la mise en œuvre de cette compétence, il peut être créé un organisme de droit public associant les services de l'État, les collectivités territoriales et les organisations de promotion de la langue régionale concernée. Cet organisme a principalement pour objectif de préparer un bilan périodique de la situation de la langue régionale, de faire des propositions pour développer son apprentissage et son utilisation et d'élaborer un rapport annuel sur les mesures mises en œuvre. Ces travaux permettront à la région ou à la collectivité substituée d'établir un plan pluriannuel de soutien à la langue concernée. Celui-ci sera notamment mis en œuvre dans le cadre d'une convention entre l'État, la région et les collectivités territoriales impliquées, ainsi que de programmes d'action développés par les différents services publics.

Les articles 6 à 22 posent d'abord le principe d'une obligation, pour les autorités administratives, de fournir une offre suffisante d'enseignement de ces langues et dans ces langues. Le principe consacré est donc celui que l'école garantit un enseignement de la langue régionale ou dans la langue régionale aux enfants des familles intéressées. Pour mettre en œuvre ce principe, l'offre d'enseignement de langue régionale ou en langue régionale devra être progressivement généralisée dans les aires géographiques où elle est en usage, avec comme seule restriction une opposition dûment signalée des parents.

En tout état de cause, lorsqu'il existe une demande de la part de ceux-ci, elle doit être satisfaite de manière appropriée, c'est-à-dire dans le respect des principes de proximité – l'accès à ce service doit pouvoir être garanti à une distance raisonnable du domicile –, et de continuité – il convient de constituer des filières cohérentes.

Le texte précise que si les familles ne peuvent bénéficier de cet enseignement dans leur commune de résidence, les enfants doivent être accueillis dans une commune voisine.

Il s'attache par ailleurs à reconnaître la mission spécifique des écoles associatives et des établissements privés développant une pédagogie axée spécifiquement sur l'enseignement des langues régionales, notamment sous la forme d'une pédagogie immersive. Pour ces structures d'enseignement, il est prévu des modalités spécifiques de financement public qui se distinguent des contrats simples ou des contrats d'association existant pour l'enseignement privé habituel.

Dans l'enseignement public comme dans l'enseignement privé, la pédagogie immersive, laquelle apparaît comme particulièrement efficace, est reconnue comme légale dès lors que la maîtrise de la langue française est garantie à un niveau équivalent à celui des filières traditionnelles d'enseignement.

L'enseignement des langues régionales et en langues régionales doit être assuré tout au long de la scolarité. Il doit donc pouvoir être initié de manière précoce dès la maternelle, cette précocité étant particulièrement importante, et se prolonger au niveau secondaire et à l'université.

L'enseignement des langues régionales ou en langues régionales doit également concerner l'enseignement technique et agricole.

Par ailleurs, l'enseignement de la littérature, de l'histoire-géographie et de l'économie régionales doit être intégré dans les programmes officiels aux différents niveaux scolaires.

Afin de mettre en oeuvre ces principes, des modalités particulières de recrutement d'enseignants spécialisés dans l'enseignement des langues régionales doivent être organisées. Des concours spécifiques garantissant la maîtrise des langues concernées doivent être créés, et des filières appropriées de formation initiale et continue mises en place.

Les articles 23 à 37 posent le principe qu'il revient au service public de l'audiovisuel de garantir l'expression en langue régionale. À cette fin, la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication est modifiée. Le Conseil supérieur de l'audiovisuel, en concertation avec la collectivité territoriale compétente ou, le cas échéant, avec l'organisme de droit public prévu à l'article 5 du présent texte de loi, est chargé de veiller à ce que les services de communication audiovisuelle attribuent une place significative aux langues régionales. À cette fin, il garantit dans les territoires concernés l'attribution de fréquences à des candidats proposant la diffusion de services de radio en langue régionale.

Des services de radio ou de télévision diffusant principalement dans une langue régionale pourront être créés par les collectivités territoriales.

Dans ce cas, l'État devra contribuer financièrement à ces initiatives, et le service public national de radio et de télévision devra y apporter son concours.

Une part de la redevance audiovisuelle et du produit provenant des ressources publicitaires prélevées sur les chaînes de télévision privées doit être consacrée au financement d'émissions en langue régionale. Cette part est fixée par la loi de finances et ne peut être inférieure à 10 %.

L'article 38 précise que la presse écrite en langue régionale bénéficie des mêmes aides financières et fiscales que celles octroyées à la presse écrite de langue française.

Les articles 39 à 43 visent à encourager l'usage des langues régionales dans la vie culturelle et artistique. Sont ici concernés tant la création littéraire que l'édition, la production cinématographique que le spectacle vivant ou la chanson. L'État et les collectivités territoriales devront s'investir dans le domaine de la formation aux métiers de la communication et de la création dans ces langues, et le premier, dans le cadre de sa politique culturelle à l'étranger, leur accorder une place appropriée ainsi qu'à la culture dont elles sont l'expression.

Les articles 44 à 49 concernent la place et l'usage des langues régionales dans la vie publique. Ils prévoient notamment que leur maîtrise peut être prise en compte à l'occasion des nominations, mutations ou détachements des fonctionnaires, la généralisation de la signalétique bilingue ou plurilingue dans l'ensemble des services publics des territoires concernés, ou la diffusion de textes administratifs dans des versions français – langues régionales.

Les articles 50 à 58 ont pour objectif de promouvoir la pratique des langues régionales dans la vie économique et sociale ainsi que dans les activités de loisir et de jeunesse et les actions destinées à la petite enfance.

L'un des buts essentiels ici recherché consiste à développer une politique d'offre en matière d'apprentissage et de perfectionnement en ces langues dans le cadre des dispositifs de formation professionnelle tout au long de la vie. Il s'agit aussi de garantir le libre recours aux langues régionales dans la correspondance postale ou pour la rédaction de chèques, certaines entraves perçues de manière légitime comme arbitraires et vexatoires étant régulièrement relevées dans ce domaine. Enfin, il est rappelé que le fait pour une offre d'emploi de réclamer la connaissance d'une telle langue ne saurait être interprété comme une mesure de discrimination.

Les articles 59 à 61 touchent au respect des langues régionales dans l'onomastique et la toponymie. Ils disposent que tout individu a le droit d'utiliser la forme normative de ses noms et prénoms dans ces langues, et que l'État et les collectivités territoriales sont garants de la sauvegarde des dénominations traditionnelles des voies et chemins exprimées en celles-ci.

Les articles 62 à 65 prennent en compte la situation particulière des langues régionales dans certaines régions. Ils confirment qu'en Alsace-Lorraine, la langue régionale comprend l'allemand standard ainsi que les dialectes alémaniques et franciques, et que l'enseignement du premier fait partie des programmes généraux de l'école primaire.

Ils prévoient des dispositions particulières pour la région parisienne, celle-ci constituant un territoire de migration pour de nombreuses familles souhaitant bénéficier d'un enseignement de ou en langue régionale.

Ils comprennent des dispositions destinées à organiser la coopération interrégionale pour ce qui concerne la langue occitane.

Ils précisent enfin qu'au sens du présent texte, la Bretagne renvoie au territoire « historique » composé des cinq départements des Côtes-d'Armor, du Finistère, de l'Ille-et-Vilaine, de la Loire-Atlantique et du Morbihan.

Les articles 66 à 69 disposent notamment qu'aucune mesure de la loi du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française ne saurait être interprétée comme faisant obstacle à la pratique et à la promotion des langues régionales. Par ailleurs, celles-ci ne doivent pas voir leur emploi restreint par quelque disposition législative que ce soit portant sur l'usage ou l'enseignement des langues étrangères.

Ils indiquent enfin que la coopération transfrontalière entre collectivités où une même langue régionale est pratiquée doit être promue, et qu'il revient à l'INSEE, dans les territoires concernés, d'intégrer dans ses enquêtes de recensement les données relatives à la pratique ou à la compréhension des langues régionales par les personnes interrogées.

Anhang C

Rencontres Inter-régionales des langues et cultures Régionales

13 janvier 2012

XXIèmes Rencontres Inter-régionales des langues et cultures Régionales et Minoritaires de France

Discours de Serge Letchimy

Monsieur Le préfet
Madame la présidente du conseil général
Monsieur le Président du CCEE,
Monsieur le Recteur
Mesdames et Messieurs les élus
Mesdames et Messieurs
Mwen kontan wè zot,
zot ici a la Kay zot.

Je suis heureux de vous accueillir aujourd'hui en Martinique, au Conseil régional, pour ces Rencontres Interrégionales des Langues et Cultures Régionales.

Nous sommes ici d'abord

- pour célébrer la polyphonie longtemps restée méconnue des langues des territoires de la France ;
- pour affirmer vigoureusement leur éminente valeur humaine
- mais surtout pour discuter ensemble du rôle qui doit être le leur dans nos sociétés, pour traiter de leur développement et de leur avenir, notamment du thème que vous avez choisi : « Média et Langues et Cultures régionales »

Partout dans le monde la diversité des langues est aujourd'hui reconnue comme un ressort essentiel de la création culturelle et du développement global des sociétés.

En quelques années, les dispositions prises en France dans les domaines de la culture, de l'enseignement, des médias ont permis des avancées considérables, en réponse à une exigence de diversité qui gagne toujours en force et en audience.

Il importe aujourd'hui de replacer les langues et cultures régionales au centre de la politique nationale et régionale, dont elles permettent de repenser les équilibres par le dialogue de l'Etat, des collectivités territoriales et de la société civile.

En effet, les pouvoirs publics ont un rôle décisif à jouer dans la préservation et la pratique sociale de ces langues, qui constituent une richesse du patrimoine national en particulier dans nos sociétés post-coloniales où les rapports diglossiques sont encore dominants.

L'enseignement y contribue largement.

Au fil des années, grâce à l'action militante de plusieurs pionniers et associations, cet enseignement a vu ses positions se renforcer au sein de l'Éducation Nationale, pour parvenir au même niveau de dignité et d'exigence que les autres disciplines:

- enseignement de langues et en langues, dans le cadre de filières bilingues, qui connaissent un succès croissant,
- prise en compte au baccalauréat,
- création de concours de recrutements spécifiques, CAPES et examen spécial de professeur des écoles,
- mise en place des Conseils académiques des langues régionales.

L'évolution est manifeste. Cela prouve que les langues sont désormais regardées comme des éléments essentiels de la vie culturelle et sociale ; elles ne relèvent pas d'un secteur particulier de l'expérience humaine, mais de tous à la fois

Il ne saurait y avoir, dans la promotion des autres langues, d'opposition avec le français. La tendance, en Europe et dans le Monde, est un encouragement au plurilinguisme. Le cerveau est conçu pour maîtriser plusieurs langues ; le passage de l'une à l'autre est le lot quotidien de la plus grande partie de l'humanité: les pays francophones, auxquels nous appartenons, nous le rappellent tout particulièrement. La diversité linguistique est une forme première de la diversité humaine.

Le développement durable de la planète passe par le respect de la diversité des cultures et des langues, tout aussi menacée que la diversité des espèces animales ou végétales. Il serait absurde et vain de considérer que seule la France échappe au plurilinguisme; il serait bien illusoire de considérer, sous prétexte que la République est légitimement pourvue d'une langue officielle, que la France elle-même est monolingue.

Le monolinguisme de fiction a trop longtemps été sacralisé.

Cependant, la France accuse un retard gigantesque comparé aux autres États de l'Union européenne dans la défense de la diversité linguistique et culturelle. En effet la France n'a pas ratifié la Charte Européenne des langues régionales ou minoritaires, mis en signature le 05 novembre 1992, même si elle en retient le 07 mai 1999 trente neuf engagements.

Depuis plusieurs années, notamment depuis que je suis parlementaire, je me suis totalement impliqué dans une démarche de valorisation et de développement de la pratique et de l'enseignement de la langue créole.

Plusieurs exemples

1) En intervenant le 6 avril 2009 lors du débat sur le développement économique des outre mers j'ai présenté un amendement cosigné par M. Victorin Lurel et Mme Jeanny Marc sous le numéro 416 et qui se présente comme suit :

Article additionnel après l'article 32, insérer l'article suivant :
« Les langues créoles font partie du patrimoine national. »

Les langues créoles ont montré leur vivacité et leur place dans la culture nationale. Elles ont acquis un statut universitaire et font l'objet d'une qualification sanctionnée par le CAPES créole.

La Constitution affirme en son article 75-1 que « les langues régionales appartiennent au patrimoine national ». Il convient de reconnaître que les langues créoles font partie des langues de la République et donc d'en tirer les conséquences sur le plan législatif. Cet amendement du 22 mai 2008 (date symbolique) semble lever un des obstacles majeurs exposés dans la décision du conseil constitutionnel du 15 juin 1999, à savoir la modification préalable de la constitution.

2) Dans la proposition de loi N° 3008 relative au développement des langues et cultures régionales écrite par Armand Jung que j'ai cosignée, les articles 1er et 2 posent le principe d'une mission des pouvoirs publics en matière de sauvegarde des langues régionales.

Une telle mission résulte de l'article 75-1 de la Constitution qui reconnaît ces langues comme constitutives du patrimoine de la France. Elle incombe dans leurs domaines de compétence respectifs à l'État, aux collectivités territoriales ainsi qu'aux établissements publics qui en relèvent.

Ces dispositions ne procèdent donc à aucune attribution de compétence spécifique concernant les langues régionales.

Leur sauvegarde doit être intégrée dans les actions des collectivités publiques dans les champs de compétences propres à chacune.

L'article 3 offre la faculté aux collectivités territoriales concernées, dans le respect des principes établis par la Constitution, d'attribuer un statut protégé aux langues régionales pratiquées...

3) Une convention consacrée à l'enseignement du créole a été signée ici même et traduite en créole entre l'État, représenté par Monsieur Luc CHATEL, ministre de l'éducation, de la jeunesse et de la vie associative et la Région Martinique, représentée par moi-même le mardi 22 février 2011.

Cette convention stipule entre autres dans son préambule : « La langue créole est parlée dans la totalité du territoire de la Martinique, les Martiniquais sont bilingues. La richesse de la culture exprimée par cette langue régionale est mondialement reconnue. »

Il reste l'essentiel, la ratification de la charte qui pourrait permettre de donner une vraie place à la langue créole, et dans cette perspective, favoriser son audience sur les ondes et les fréquences, et mieux l'intégrer dans l'éducation et les programmes scolaires.

Il s'agit d'une exigence pour répondre aux enjeux de la pluralité linguistique et à la diversité culturelle afin que la France accède enfin à la modernité, s'ouvre à la complexité, à la diversité du monde contemporain, et reconnaisse qu'elle est constituée de « pays ».

Les vicissitudes de l'histoire font que notre langue créole soit intégrée à ce qu'il est convenu d'appeler les « langues régionales ». C'est certainement une perception qui relève d'une centralisation poussiéreuse, et qui, surtout, méconnaît l'idée que, dans le monde actuel, une grande nation est composée de « pays », c'est-à-dire d'espaces culturels et linguistiques variés dont la vitalité et la présence positivées dans le concert des cultures et des langues du monde, est ce qui constitue sa vitalité globale la plus essentielle, tant sociale, que culturelle, et finalement économique, les fondements de l'émancipation de l'Homme.

A cette vision conservatrice nous opposons que la France est un pays de diversité historique, culturelle et linguistique, et d'entités singulières qui lui viennent de son histoire, dont la plénitude et la valorisation par toutes les formes possibles, font partie du rayonnement de la France en elle-même, en Europe et dans le monde ».

La Constitution française inscrit désormais les langues régionales au titre du « Patrimoine de la France » tout comme la convention sur la protection et la promotion de la diversité des expressions culturelles de l'UNESCO, adoptée à l'unanimité le 20 octobre 2005, entrée en vigueur le 18 mars 2007, stipule que la diversité culturelle doit être considérée comme un « patrimoine commun de l'humanité » et sa « défense comme un impératif éthique, inséparable du respect de la dignité de la personne humaine ». La transmission de ces langues est prise en compte par l'Education nationale. Au terme de la réglementation en vigueur, le créole est enseigné dans le premier et dans le second degré du service public d'Education nationale.

La Région et le Rectorat affirment leur intention d'établir un partenariat dans le but de développer l'enseignement de et en langue créole, dans le cadre des dispositions de l'article L 312-10 du code de l'éducation qui prévoit qu'un « enseignement de langues et de cultures régionales peut être dispensé tout au long de la scolarité selon les modalités définies par voie de convention entre l'Etat et les collectivités territoriales où cette langue est en usage ».

Ils considèrent que l'enseignement des langues régionales a toute sa place dans le cadre de l'école de la République, dans le but de préserver et de transmettre un élément de la richesse du patrimoine national qui participe de l'originalité linguistique et culturelle de notre région ».

Aujourd'hui, il s'agit d'aller plus loin et de repenser la répartition des tâches entre l'Etat et les collectivités. Dans ce vaste mouvement de réorganisation, il importe que les questions culturelles soient au centre du débat, que les citoyens et leurs élus y participent activement.

Dès lors, c'est en quelque sorte par nature que les langues régionales sont présentes dans la réflexion pour mettre en place une véritable politique linguistique concertée en faveur des langues et cultures régionales dans un cadre juridique protecteur.

Tout autant que dans la réflexion sur l'Europe, il y a donc dans le mouvement de décentralisation une occasion de repenser notre rapport à la diversité : les langues dites régionales sont une occasion d'approfondir la pensée décentralisatrice.

En ce domaine, il n'y a pas de « transfert » : les compétences respectives de l'Etat et de ses partenaires sont à construire ; elles doivent faire l'objet d'une réflexion collective et autonome, ouverte à l'expérimentation, à l'imagination, à l'invention.

Des initiatives avaient été prises jadis autour des « Humanités créoles ». Ce programme d'enseignement avait la l'ambition d'inclure la langue dans un univers culturel global pour optimiser un apprentissage ouvert sur les cultures du monde en permettant un ancrage fort à partir de nos fondamentaux.

Il convient d'être force de proposition et d'énoncer des orientations concrètes qui seront relayées auprès des instances. L'immersion dans le bain linguistique passe autant par l'école que par les médias. C'est l'objet de vos travaux futurs. Je sais qu'ils seront fructueux.

Merci.

Anhang D

Charte de l'association « Tous Créoles ! »

Association Loi 1901, déclarée à la Préfecture de la Martinique sous le N°W9M1000975

« Faire de nos différences une œuvre collective »

Notre créolité trouve sa source dans la pluralité de nos origines, issues principalement de la Grande Rencontre outremer entre l'Afrique et l'Europe, que des apports de la Caraïbe, de l'Inde, de la Chine et du Levant ont contribué à enrichir au long des siècles.

Cette créolité ne constitue nullement une identité figée, mais le fruit d'échanges et de mélanges constants ; c'est un sentiment d'appartenance ; c'est une façon de penser, de parler, de voir, de vivre, de percevoir l'Autre ; c'est une histoire et un patrimoine ; c'est une personnalité et une émotion collectives rompant définitivement avec une structuration identitaire immuable : notre créolité d'aujourd'hui diffère de celle des siècles précédents, comme de celle qui sera dans les temps à venir.

Notre créolité est une novation qui préfigure certainement l'individu de demain, elle entremêle l'Homme, le met en contact avec d'autres cultures, qu'elle lui permet d'assimiler.

On peut être créole de naissance ou de cœur, de culture, ou encore créole d'adoption. Le rester est un effet de l'âme ou de la volonté. Où qu'il vive, l'Homme créole, membre d'une humanité aux personnalités ethniques diverses, porte en lui la créolité.

Le Créole est, dans tous les cas, l'agrégat dynamique de cultures devenues au fil du temps, par les secousses de l'histoire et la grâce de la nature, un être remarquable rassemblant les diversités, tout en laissant leur place aux particularités.

La mission que se donne l'association « Tous Créoles ! » est de contribuer à la consolidation d'un monde créole solidaire, apaisé et affranchi de tout sectarisme ; de lutter contre le racisme, le communautarisme et l'exclusion ; de servir autrui, de promouvoir avec probité des normes d'honnêteté intellectuelle ; de faire progresser la connaissance et les échanges entre les peuples et les cultures en réunissant des femmes et des hommes de bonne volonté.

Considérant que notre créolité est une communauté de dialogue, d'échange et de partage des ancestralités, il convient de l'accompagner d'une volonté de vivre ensemble.

Cette mission, tant collective qu'individuelle, doit s'accomplir dans un esprit de sincérité et de respect de l'Autre. Elle doit se conduire avec un véritable sens de l'amitié, de l'égalité, et dans l'acceptation de l'Histoire dans toute sa complexité.

Être membre de l'association « Tous Créoles ! », c'est :

- ▶ affirmer avec fierté sa personnalité créole, car elle correspond à un choix assumé ;
- ▶ rejeter définitivement la perception de l'Autre au travers de sa seule apparence ;
- ▶ partager une vision ouverte de notre société et du Monde ;
- ▶ être intimement convaincu que notre créolité n'est pas un attribut identitaire, mais bien un processus constant de partage, de projet et de progrès ;
- ▶ maintenir une étroite liaison entre les besoins de l'individu et les exigences collectives ;
- ▶ adopter une approche centrée sur la reconnaissance et la valorisation des différences et des caractéristiques personnelles comme éléments de richesse ;
- ▶ lutter avec obstination pour le respect de la dignité humaine, contre toute forme de racisme, de discrimination, d'ostracisme ou de xénophobie à l'encontre de quiconque ou de toute minorité ;
- ▶ considérer comme progrès essentiel la démarche d'une société qui accueille et fait sienne la richesse de toutes ses composantes ;
- ▶ faire œuvre de mémoire utile, afin que le passé soit le tremplin d'un futur commun et partagé ;
- ▶ faire preuve de tolérance, avoir le courage de penser différemment, l'audace de croire que l'on peut changer les choses, et la volonté d'y parvenir ;
- ▶ transmettre à son entourage les valeurs évoquées dans la présente charte pour construire une société plus harmonieuse.

Agir pour « Tous Créoles ! », c'est :

- ▶ se fédérer pour s'enrichir des valeurs des uns et des autres ;
- ▶ dynamiser ses réseaux d'influence pour la promotion de notre créolité ;
- ▶ porter la défense et la mise en valeur des langues créoles ;
- ▶ utiliser son autorité morale personnelle pour condamner et dénoncer sans honte ni faiblesse tout propos injurieux, discriminatoire ou raciste à l'égard de quiconque ou de toute minorité ;
- ▶ pratiquer dans sa vie quotidienne l'idéal de partage, d'amitié et d'équité ;
- ▶ œuvrer chaque jour pour permettre à celles et ceux qui composent la communauté créole d'apprendre à mieux se connaître et à se respecter, dans leurs différentes singularités ;
- ▶ faire progresser l'entente entre les peuples, en cultivant des relations de paix et d'amitié entre les individus ;
- ▶ agir autant que possible dans tous les domaines de la société (éducation, santé, entreprise, arts, sports, loisirs, culture), dans le respect de l'environnement et de la dignité de toute personne humaine ;
- ▶ promouvoir l'idée que ce qui rassemble les hommes est plus important que ce qui les divise, qu'être différent est une richesse et non un danger.

Toute personne adhérant à cette charte s'engage pour la consolidation d'une société nouvelle, forte de notre créolité d'aujourd'hui et de demain.

Kréyol sé an bel chans !

Martinique, le 22 mai 2012

<http://www.touscreoles.fr/2012/05/21/la-charte-de-tous-creoles/>

Eva Johanna Hanschitz

Nationalität	Österreich
Familienstand	verheiratet, 2 Kinder
Wohnadresse	Tannengasse 17/3/24 A-1150 Wien
E-Mail	evajohanna.hanschitz@gmail.com

Bildung

Juli 2008	Internationale Sommerakademie Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösungen (ÖSFK)
Juli 2005	Sommerhochschule - University of Vienna European Studies
Seit Oktober 2002	Diplomstudium Romanistik Französisch Universität Wien
Seit Oktober 2002	Diplomstudium Politikwissenschaft Universität Wien
Seit Oktober 2000	Diplomstudium Rechtswissenschaften Universität Wien
Juli-September 2000 1992-2000	Au-pair-Aufenthalt in Brüssel UNESCO-Bundesrealgymnasium Krems Abschluss: Reifeprüfung

Berufserfahrung

2006-2009	Freelance-Mitarbeit bei Porsche Salzburg
2004-2009	Freelance-Mitarbeiterin bei Liberty Incentives & Congresses Vienna
Juli-September 2003	Heinemann Travel Value & Duty Free Flughafen Wien
Juli-August 2002	NÖ Landesregierung, Abteilung für Staatsbürgerschaft und Wahlen
Juli-August 2001	Austrian Airlines Ground Staff Flughafen Wien
Juli-August 1999	Allianz Elementar Versicherungs AG

Sprachkompetenzen

Deutsch	Muttersprache
Englisch	fließend in Wort und Schrift
Französisch	fließend in Wort und Schrift
Italienisch	Grundkenntnisse
Spanisch	Grundkenntnisse